

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **1**
 Tätigkeitsbereich **Antidiskriminierungsstelle**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in Antidiskriminierungsstelle	B 2	104.800 €	104.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Leiter/in Antidiskriminierungsstelle	B 2	104.800 €	0 €	104.800 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung (Deckung durch NüSt bis 16.11.2011 vorgesehen); Fristvermerk F 11.17;
 Stellenvermerk ku**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Der politische Auftrag zum Abbau von Diskriminierung, niedergelegt in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, den EU-Gleichbehandlungsrichtlinien, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG), etc. erfordert eine aktive Antidiskriminierungskultur. Ein unabdingbarer Bestandteil ist eine niederschwellige Anlaufstelle für Betroffene im Sinne einer Beschwerde- und Beratungseinrichtung in Diskriminierungsfragen. Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte steht Nürnberg hier in einer besonderen Verpflichtung, Vorreiter und beispielgebend für andere Kommunen zu sein.**

Mit einer Reihe von Beschlüssen hat sich der Stadtrat zu Nürnberg als einer „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ bekannt.

-18.07.2001: „Leitbild der Stadt Nürnberg“; die Stadt verpflichtet sich zur aktiven Verwirklichung der Menschenrechte auf kommunaler Ebene.

-20.10.2004: „Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt; normative Grundlage für die städtische Menschen-rechtsarbeit.

-24.11.2004: „Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg“; Umsetzung der Menschenrechte im Alltag, v.a. im Hinblick auf Integration, Gleichbehandlung und Antidiskriminierung.

-10.12.2004: Unterzeichnung des „Zehn-Punkte-Aktionsplans“ der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus durch Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly; Konkretisierung des Prinzips der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung durch Handlungsvorschläge.

Mit seinen zahlreichen Aktivitäten hat sich Nürnberg zwischenzeitlich hohes Ansehen auf nationaler und internationaler Ebene erworben.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Alle Menschen, die in Nürnberg leben, sollen eine Anlaufstelle haben, wenn sie eine diskriminierende Erfahrung gemacht haben. Deren Hauptaufgabe ist es, von Diskriminierung subjektiv oder objektiv Betroffene im Erkennen und Wahrnehmen ihrer Rechte – auch im Sinne von individuellem Empowerment – zu fördern und zu stärken. Damit sollen alle bisherigen Angebote nicht ersetzt, aber kanalisiert werden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Anzahl der Einzelfallberatungen
 Anzahl der Interventionen
 Inanspruchnahme des Netzwerkes „interkulturelle Mediation“
 Ergebnisse Monitoring aller Beratungsstellen**

Stellungnahme: **Die Aufgaben einer Antidiskriminierungsstelle sollen künftig durch den bisherigen zweiten Werkleiter des Nürnberg-Stift wahrgenommen werden. Die Schaffung der Stelle wird unter Anbringung eines Fristvermerks F 11.17 und eines ku-Vermerkes begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **2**
 Tätigkeitsbereich **Geschäftsstelle des Integrationsrates**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 11	27.250 €	0 €	27.250 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes:

Am 22.07.2009 hat der Nürnberger Stadtrat die neue Satzung und Wahlordnung des Integrationsrates beschlossen sowie die Eckpunkte des neu einzurichtenden Gremiums begutachtet. Obwohl mit der Wahl des Integrationsrates 2010 das Aufgabengebiet des ehemaligen Ausländerbeirates wie des Aussiedlerbeirates übernommen und der Kreis der Wahlteilnehmer auch um die Eingebürgerten erweitert wurde, blieb das Personal des Integrationsrates auf dem gleichen Stand wie beim ehemaligen Ausländerbeirat (2 ½ feste Stellen; in 2008 war dort allerdings eine halbe Stelle eingezogen worden). Die Zuständigkeit des ehemaligen Aussiedlerbeauftragten beim Sozialreferat fiel ab 2009 weg. Laut der letzten Statistik des Einwohnermeldeamtes leben zur Zeit in Nürnberg ca. 86.000 Ausländer, ca. 15.000 Eingebürgerte und ca. 65.000 Aussiedler. Der neue Integrationsrat hat jetzt andere Strukturen und auch einen neuen Arbeitsrhythmus. In der Geschäftsstelle sprechen nun mehr Menschen mit Migrationshintergrund vor, welche die unterschiedlichsten Probleme vortragen. Die Anfragen betreffen sowohl „ausländerrechtliche Angelegenheiten“ als auch Integrationsangelegenheiten wie z.B. Fragen zu Einbürgerung, Bildung, Ausbildung, Sprachkurse, Suche nach Kindergartenplätzen oder soziale Probleme. Soweit möglich, werden die Ratsuchenden an die zuständigen Stellen weitervermittelt. Die Geschäftsstelle übernimmt hier eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund und der Verwaltung. Die verschiedenen Gremien des Integrationsrates tagen inzwischen öfter, sodass die Mitarbeiter/innen entsprechend organisatorisch mehr eingebunden sind. Die Anzahl der Arbeitsausschüsse des neuen Gremiums und somit der zu behandelnden Themen hat sich verdoppelt. Mit Beschluss vom 12.04.2011 hat der Integrationsrat die Schaffung einer halben Stelle gefordert.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

Die Stadt Nürnberg wurde von der Bundesregierung als Modellstadt für Integration ausgewählt, wo u.a. die neue Integrationsvereinbarung erprobt wird. Der Integrationsrat wirkt u.a. mit, Lebensverhältnisse von Zuwanderern zu verbessern und das friedliche Zusammenleben in der Stadt zu fördern, damit bleibt er eine wichtige Schnittstelle zwischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund und der Stadtverwaltung. Das Gremium setzt sich aktiv für die Chancenverbesserung von Kindern mit Migrationshintergrund in der Schule sowie bei der beruflichen Qualifizierung ein.

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Zahl der durchgeführten Veranstaltungen, Zahl der Veröffentlichungen, Zahl und Qualität der Beratungen und der Information
 Evaluationen, Verbesserung der Zusammenarbeit der städtischen Dienststellen im Integrationsbereich

Stellungnahme:

Die Geschäftsstelle des Integrationsbeirates umfasst stellenplanmäßig 2,61 Vollkräfte. Über das Projekt BLEIB sind befristet und gegen Kostendeckung zusätzlich Personalressourcen im Umfang einer Vollkraftstelle eingesetzt.

Die von der Geschäftsstelle des Integrationsrates geschilderten Aufgaben erscheinen zwar wünschenswert. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung zusätzlicher Kapazität ohne Deckung jedoch leider nicht erfolgen.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **3**
 Tätigkeitsbereich **Geschäftsstelle des Integrationsrates**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	VI b	21.650 €	2.000 €	19.650 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 10.13 (Verwaltungspauschale in Höhe von 2000 € aus dem Projekt BLEIB)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **siehe Schaffungsantrag Geschäftsstelle Integrationsrat (0,5 VK, Sozialpädagoge/in)**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **siehe Schaffungsantrag Geschäftsstelle Integrationsrat (0,5 VK, Sozialpädagoge/in)**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Zahl der Niederschriften**
Zahl der durchgeführten Veranstaltungen
Zahl der Erstberatungen
Zahl der Bewilligungsbescheide

Stellungnahme:

Die Geschäftsstelle des Integrationsbeirates umfasst stellenplanmäßig 2,61 Vollkräfte. Über das Projekt BLEIB sind befristet und gegen Kostendeckung zusätzlich Personalressourcen im Umfang einer Vollkraftstelle eingesetzt.

Die von der Geschäftsstelle des Integrationsrates geschilderten Aufgaben erscheinen zwar wünschenswert. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung zusätzlicher Kapazität aufgrund der geringen Deckungsmittel jedoch leider nicht erfolgen.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Rechnungsprüfungsamt**
 lfd. Nr. **4**
 Tätigkeitsbereich **Zentrale Anlaufstelle für Korruptionsprävention der Stadt Nürnberg**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Rechnungsprüfer/in	IV a/III	32.400 €	0 €	32.400 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Korruptionsprävention und -bekämpfung hat sich in den letzten Jahren de facto zu einer gesetzlichen Aufgabe nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in großen Behörden wie der Stadt Nürnberg entwickelt. Beim Bund und Freistaat sehen die jeweiligen Anti-Korr.-Richtlinien entsprechende Stellen vor. Der Bay. Städtetag empfiehlt im Grundsatz analoge Anwendung. Jede deutsche Großstadt hält Beauftragte vor. Der POA hat zuletzt am 07.12.2010 die Stärkung der örtl. Prävention beschlossen. Bislang sind keine Ressourcen dafür im Rpr - Stellenplan, bereits Anfang 2001 ist dies dem Amt „zunächst zusätzlich übertragen worden“ (POA 12.12.2000, S.5). Rpr hat mittlerweile nur noch 26,5 VK Stellen. Auf dieser dünnen Basis (etwa Augsburg entsprechend) kann Korr.-Präv. nicht mehr länger „zusätzlich“ geleistet werden. Insgesamt beträgt der Stellenaufwand im Rpr für Korr.-Präv. rd. 0,8 VK. Der Stellenantrag über 0,5 VK ist insoweit ein Kompromiss aus Sicht Rpr.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Erhalt bzw. Verstetigung und weitere Verbesserung der Maßnahmen der Zentralen Anlaufstelle für Korruptionsprävention der Stadt Nürnberg. Erkenntnisse aus den zurückliegenden Jahren, auch aus anderen Großstädten, belegen die dringende Notwendigkeit hier ein schlagkräftiges Instrument vorzuhalten und nach Möglichkeit noch wirksamer werden zu lassen.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Quantitative und qualitative Bearbeitung der Hinweise (u.a. ausführlichere Dokumentation, Verkürzung Bearbeitungszeit). Regelmäßige, wiederkehrende Dst.-Schulungen (zuk. generell alle 2 Jahre). Aktualisierung der Schwachstellenanalysen.**

Stellungnahme: **Stellenplanmäßig sind derzeit 0,5 VK eines/r Rechnungsprüfers/in und 0,25 VK eines/einer Sachbearbeiters/in, Prüfkraft für Korruptionsfälle und -prävention vorgesehen. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung der beantragten Stellenschaffung zum Haushalt 2012 leider nicht erfolgen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Presse- und Informationsamt**
 lfd. Nr. **5**
 Tätigkeitsbereich **Online-Redakteur/in**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Online-Redakteur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes:

Seit einigen Jahren nimmt die gesellschaftliche Bedeutung von Social Media Angeboten wie Facebook, Twitter, YouTube, Xing, u.a. stetig zu. Immer mehr Bürger und Gäste der Stadt bewegen sich in den Web 2.0 Angeboten und erwarten dort auch die Präsenz der Stadt Nürnberg. Die Stadt Nürnberg hat mit dem Beschluss einer Social-Media-Richtlinie im Januar 2011 auf diese Entwicklung mit ersten Rahmenbedingungen reagiert. Inzwischen ist eine Vielzahl dezentraler Redakteure in der Stadt Nürnberg mit der Betreuung von Social-Media-Auftritten beschäftigt. Für diese Mitarbeiter werden ein kompetenter Support und zentrale Schulungs- und Hilfsmittel benötigt. Zur Nutzung aller sinnvollen Möglichkeiten, aber auch zur Absicherung gegen mögliche Gefahren aus dem Social Web müssen in der Stadtverwaltung Konzepte für die inhaltlichen Ziele, Lösungen für ein Krisen-PR, aber auch Möglichkeiten zum Monitoring städtischer Themen im Web 2.0 entwickelt werden. Die derzeitigen redaktionellen Stellen im Online-Büro können neben der Betreuung der immer weiter wachsenden „klassischen“ städtischen Inter- und Intranet-Angebote diesen Themenbereich nicht zusätzlich übernehmen. Im POA am 14.9.2010 wurde im Beschluss „Bürgerfreundliche Verwaltung-Serviceoffensive 2010“ auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, Internet-Angebote der Stadt Nürnberg weiter auszubauen. Im POA am 10.3.2009 hatte Pr in der Stellungnahme „Internetaufttritt nuernberg.de“ bereits auf die mangelnde personelle Ausstattung hingewiesen, die sich 2011 noch deutlich verstärkt hat. Aus Sicht des Presse- und Informationsamtes ist dies mit dem seit 2002 unveränderten Personalschlüssel auf Dauer jedoch nicht mehr gewährleistet.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

Konzeptionelle Nutzung der Social-Web-Angebote durch die Stadt Nürnberg
Bessere Qualität städtischer Social-Media-Angebote und bessere Erreichbarkeit der Bürgerinnen und Bürger, die traditionelle Medien nicht nutzen. Dabei steigt die Nutzung der Internetkommunikation. Bereitstellung eines kompetenten Supports für dezentrale städtische Mitarbeiter zum Thema „Social Media“. Know-how-Aufbau für Krisen- und Notfälle im Social Web und Einstieg ins Monitoring von Social Media Angeboten

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Anzahl Beschwerden der Mitarbeiter über mangelnden Support, Zahl der erreichten Bürger (Follower, Fans, usw.) und deren Dialogbereitschaft (Retweets, Kommentare, usw.)

Stellungnahme:

Das Presse- und Informationsamt verfügt stellenplanmäßig über 19,35 Vollkräfte. Für den Redaktionsdienst stehen Personalressourcen im Umfang von 4,78 Vollkräften zur Verfügung; das Online-Büro selbst ist mit 5,5 Vollkräften ausgestattet. Insgesamt werden für redaktionelle Leistungen und deren Bereitstellung mehr als 10 Vollkräfte eingesetzt. Weil angesichts der angespannten Haushaltssituation eine Begutachtung ohne Deckung leider nicht erfolgen kann, wird vorgeschlagen, zu prüfen, ob durch Priorisierung von Aufgaben und Ausgleich von Kapazitäten die Betreuung von Social-Media-Auftritten zusätzlich bewältigt werden kann. Insbesondere sollte auch untersucht werden, ob durch Standardisierung redaktioneller Inhalte mehrerer Medien parallel bedient werden könnten.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Presse- und Informationsamt**
 lfd. Nr. **6**
 Tätigkeitsbereich **Mediengestalter/in**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Mediengestalter/in	V c	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Mediengestalter/in	V c	47.300 €	0 €	47.300 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Das Volumen an Drucksachen und Kommunikationsmedien in der gesamten Stadtverwaltung ist seit Jahren erheblich gewachsen. Vieles wird aus Kapazitätsmangel in der Stadtgrafik - seit Jahren nur mit zwei Grafik-Designern besetzt - an Agenturen und externe Dienstleister vergeben. Dadurch geht ein einheitliches Erscheinungsbild verloren, die Kontrollfunktion fehlt, das Markenkapital verwässert. Insbesondere könnten durch die beantragte Stellenschaffung eine fachlich saubere und sachgemäße Erweiterung der Bausteine des neuen CDs, der deutlich gestiegene Aufwand an Beratung und Hilfe, die Überwachung und Kontrolle der Druckerzeugnisse und die Abwicklung zusätzlicher Aufträge besser bewerkstelligt werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Einheitliches visuelles Erscheinungsbild der Stadt Nürnberg.
 Schnellere und damit effizientere Beratung der Dienststellen.
 Mehr Aufträge können direkt bei der Stadtgrafik bearbeitet werden; damit gesamtstädtische Kostenreduzierung durch weniger Fremdvergabe.
 Bessere Durchsetzung und Wahrnehmung des CDs durch Qualitätssicherung.
 Möglichkeit einer Kompensierung eines Ausfalles wegen Urlaub oder Krankheit der beiden Grafiker.
 Schnellere Reaktionszeiten.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Zahl der im neuen Corporate Design (CD) geschaffenen Kommunikationsmittel.
 Kostensenkung durch Reduzierung externer Vergaben in den Dienststellen.
 Mehr zentrale Steuerung der Publikationstätigkeit in der Stadt.**

Stellungnahme: **Das Presse- und Informationsamt umfasst 19,35 Vollkraftstellen. In der Stadtgrafik stehen Personalressourcen im Umfang von zwei Vollkräften (Grafik-Designer/innen) zur Verfügung. Durch die Schaffung der beantragten Kapazität kann die Kontrollfunktion für ein einheitliches Erscheinungsbild wahrgenommen werden. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk für die Dauer von zwei Jahren zur Einführung des neuen CD (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Presse- und Informationsamt**
 lfd. Nr. **7**
 Tätigkeitsbereich **Sachbearbeiter/in Content-Management System (CMS)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	CMS-Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	0,50	CMS-Sachbearbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	0 €	27.350 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13; Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Seit der Einführung des CMS Imperia im Jahr 2005 ist die Entwicklung und Betreuung der CMS internen Workflow-Abläufe an eine Mitarbeiterin gebunden. Ausfallsicherheit ist nicht gegeben. Die Vergleichszahlen aus den Jahren 2006 und 2010 zeigen einen quantitativen und qualitativen Anstieg im Aufgabenbereich:
 Steigende Anzahl von städtischen Internetangeboten im CMS :Dez 2006: 2 CMS-Miniwebs Internet / 30 CMS-Miniwebs Intranet, Dez 2010: 76 CMS-Miniwebs Internet / 42 CMS-Miniwebs Intranet.
 Steigende Anzahl dezentraler CMS-Redakteure : Dez 2006: 175 CMS-Redakteure, Dez 2010: 354 CMS-Redakteure, stetig wachsende Update- und Migrationszeiten durch komplexere Softwareanforderungen und größere Datenmengen und wachsende Zahl der unterschiedlichen Informationsausgabe-Geräte: 5-10 Browser, Desktop, Tablet, Smartphone, unterschiedlichste Plugins und Erweiterungen.
 Wunsch nach neuen Medienkanälen (RSS-Feeds, Videos, Social Media) erfordern Anpassungen der technischen Abläufe.
 Frühere dezentrale Struktur der Miniwebs (bis 2006) im technisch, grafischen und redaktionellen Bereich wurde im Bereich der Technik stärker zentralisiert. Zur Aufrechterhaltung der Qualität in städtischen Internetangeboten ist zentral ein großer Aufwand an Support, Consulting und auch Qualitätskontrolle notwendig sowie die Sicherstellung der Aktualität.
 Optimierung spezieller standardisierter Workflow-Abläufe zur Verringerung der dezentralen Arbeitsaufwände (z.B. Veröffentlichung:
 Stellenanzeigen, Pressemitteilungen, Amtsblatt, Mitteilungen, AdOs).

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Verbesserung der Ausfallsicherheit für städtische Inter- und Intranetangebote.
 Beschleunigung von technischen Projektumsetzungen (Verringerung von Wartezeiten für die Dienststellen).
 Verbesserung der Qualität (stetige Mehrung der Arbeitsbelastung wurde durch Verringerung der Qualität aufgefangen, keine Qualitätskontrollen, usw.).
 Schnellere Antwortzeiten im technischen Support.
 Aktuelle Information der Bürgerinnen und Bürger.

Kennzahlen für Zielerreichung:

Ausfallzeiten, Messung der durchschnittlichen Wartezeiten zur Projektrealisierung (projektabhängig), Anzahl Beschwerden der Mitarbeiter über mangelnden Support

Stellungnahme:

Unter der Zielvorgabe eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Stadt Nürnberg in den Online-Medien Intranet und Internet sowie eines effektiveren Einsatzes von Sachmitteln und Personal wurde bei der Stadt Nürnberg 2003 ein Content-Management-System (CMS) eingeführt. Diese Softwarelösung ermöglicht zum einen Mehrfachverwendungen von Inhalten und somit eine effektivere Datenpflege, zum anderen ist sie anwenderfreundlich aufgebaut, wodurch die Nutzung von Intranet und Internet wesentlich erleichtert wird. Wie das Zahlenmaterial aus den Jahren 2006 und 2010 zeigt, werden die Online-Medien immer intensiver genutzt.
 Im Hinblick auf den geplanten Relaunch im Jahr 2012 wird zusätzliche Kapazität im Umfang von 0,5 VK begutachtet. Nach Abschluss der Arbeiten ist die Notwendigkeit der Stellenschaffung zu überprüfen.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Amt für Internationale Beziehungen**
 lfd. Nr. **8**
 Tätigkeitsbereich **Empfang und Verwaltung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V bM	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Schon seit vielen Jahren meldet IB dringend Personalbedarf am Empfang an. Da die Sachbearbeiter/innen häufig außer Haus sind (Dienstreisen, Delegationsbetreuung etc.), zahlreiche Mitarbeiterinnen nur vormittags arbeiten und die Abwesenheitszeiten durch einen enorm hohen Krankenstand noch verschärft wird, ist eine kompetente Kraft am Empfang, die Anfragen zum Teil selber beantworten kann, unerlässlich.**
Mit der Schaffung des Internationalen Hauses im Heilig-Geist-Haus ist der Bedarf zusätzlich gestiegen: Mehr Ausstellungen und Veranstaltungen sowie zehn Gästezimmer im Haus ziehen höhere Besucherzahlen und damit Mehr-Arbeit, insbesondere im Empfangsbereich, nach sich.
Die Arbeit am Empfang wurde jahrelang durch NOA-Personal erledigt; diese Möglichkeit ist IB auf Grund der veränderten Gesetzeslage genommen.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Zufriedene Kundschaft durch schnelle, kompetente und freundliche Beantwortung von Anfragen.**
Keine Beschwerden und geringere Wartezeiten für Bürger/innen.
Entlastung der Sachbearbeiter/innen durch Übernahme von Kopierarbeiten, zuverlässige Beantwortung von einfachen Anfragen, Erledigung des Postversandes, Hilfe bei der Betreuung von Gästen, u.a.m..

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Das Amt für Internationale Beziehungen (IB) besteht aus 9,32 Vollkräften. Hauptaufgaben sind die Betreuung von Städtepartnerschaften, internationale Zusammenarbeit, die Koordinierung des internationalen Jugendaustausches, der Fremdsprachendienst und die Betreuung von Gruppenbesuchen früherer jüdischer Mitbürger/innen. Die Begutachtung der beantragten Stellenkapazität für den Aufgabenbereich am Empfang und für unterstützender Verwaltungsaufgaben kann angesichts der angespannten Haushaltssituation ohne Deckung nicht erfolgen. Es wird empfohlen durch entsprechende Verlagerung von Aufgabenschwerpunkten für diese Aufgaben zunächst auf die stellenplanmäßig vorhandenen Personalressourcen zurück zu greifen. Es ist zu prüfen, inwieweit durch Kooperation mit dem Pfortenpersonal im Heilig-Geist-Haus Entlastung erfolgen kann.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Ordnungsamt**
 lfd. Nr. **9**
 Tätigkeitsbereich **Steuerungsunterstützung/Projektarbeit**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	A 9/10	28.050 €	0 €	28.050 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	A 9/10	28.050 €	28.050 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.13; Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die bisherige zusätzlich bei der Dienststellenleitung zur Verfügung gestellte Stellenkapazität im Umfang von 0,5 VK wird u. a. zur Budget- und Ressourcensteuerung eingesetzt und hat sich vollends bewährt. In einem ersten Schritt wurde ein rechtlich einwandfreies, nachvollziehbares und wirtschaftliches Gebührenmodells implementiert. In einem nächsten Schritt werden weitere amtsinterne Steuerungsinstrumente sowie ein Informations- und Berichtssystem über die Zielerreichung eingeführt. Die Personalkapazität soll bei der Dienststelle erhalten bleiben. Parallel hierzu muss für die Kfz-Zulassungsstelle ein neuer Standort gefunden werden (Werkausschuss Service öffentlicher Raum vom 02.03.2011). Aufgrund des engen Zeitplans für die Verlagerung der sehr publikumsintensiven muss ein Raumnutzungskonzept und zeitgleiche Überprüfung der Prozessabläufe im Front- und Backoffice-Bereich erfolgen. Um Optimierungen und einen verringerten Ressourceneinsatz unter Beibehaltung und Ausbau des Bürgerservice zu erhalten, ist eine Ausweitung der Personalkapazität für die fachliche Begleitung des Projektes bei OA notwendig.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Schaffung eines optimiertes Dienstleistungsangebots an einem anderen Standort**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Verringerter Ressourceneinsatz
 verkürzte Bearbeitungs-, Transport- und Liegezeiten
 verkürzte Wartezeiten auch in Spitzenzeiten**

Stellungnahme: **Im Rahmen des Neubaus der Kfz-Zulassungsstelle sind Optimierungen der Ablauforganisation vorzunehmen sowie zeitgleich der Bürgerservice zu verbessern. Die Abteilung "Kfz-Zulassungsstelle" wird dabei vom Sachgebiet "Zentrale Aufgaben" unterstützt. Daneben sind durch OA entsprechende Steuerungsinstrumente zur wirtschaftlicheren Aufgabensteuerung für diese Abteilung aufzubauen. Die Schaffung der beantragten Halbstelle wird im Vorgriff auf die zu erzielende, jedoch noch zu quantifizierende Einsparung begutachtet. Zur Sicherstellung der Finanzierung wird ein entsprechender Stellenvermerk im Stellenplan von OA gesondert angebracht. Die Halbstelle erhält einen Fristvermerk (F 12.13) und bis zur Benennung der Finanzierung einen Sperrvermerk.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Einwohneramt**
 lfd. Nr. **10**
 Tätigkeitsbereich **EP/2-3: Einbürgerungen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,75	Sachbearbeiter/in	V c	35.475 €	0 €	35.475 €
Vorschlag:	0,75	Sachbearbeiter/in	V c	35.475 €	0 €	35.475 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch die Überwachung der Optionspflicht der sog. Optionsdeutschen und die damit verbundenen Tätigkeiten ist seit 2009 aufgrund der Einführung einer Altfallregelung in Form des § 40b StAG eine Aufgabenmehrung gegeben. Durch die Vollzugshinweise des Staatsministeriums des Inneren wurden der Staatsangehörigkeitsbehörde konkrete Aufgaben vorgeschrieben. Die Fallzahlen werden sich in den nächsten Jahren – soweit keine Änderung der gesetzlichen Grundlagen erfolgt - noch erhöhen. Aufgrund der leicht gestiegenen Einbürgerungsanträge kann der Mehraufwand durch das vorhandene Personal nicht aufgefangen werden. Darüber hinaus müssen noch rund 200 Altfälle von irakischen Mitbürgerinnen und –bürger bearbeitet werden. Aufgrund der Situation in ihrem Heimatland konnten die Flüchtlinge nicht in ihr Heimat überführt werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- fristgerechte Abwicklung der 194 Altfälle irakischer Staatsangehöriger
- Erfüllung der gesetzlichen Fristen bei der Bearbeitung und Überwachung der Optionspflicht**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Fallzahlen der Optionspflichtigen, Einbürgerungsanträgen, abgeschlossenen Einbürgerungen (Anspruchs- oder Ermessungseinbürgerungen)**

Stellungnahme: **Seit der Überprüfung der Personalbemessung durch Rödl & Partner wurden neben der Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft für deutsch/türkische Staatsangehörige auch die gesetzlichen Vorgaben für das Einbürgerungsverfahren für irakische Staatsangehörige verändert. Eine bundesweite Entscheidung über die Einführung einer sog. Doppelstaatsbürgerschaft und damit einer reduzierten Aufgabenstellung wurde noch nicht abschließend getroffen. Zeitgleich ist die tatsächliche Situation im Irak trotz der Anstrengungen der UN noch nicht befriedet. Im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen und die Fallzahlentwicklung wird die Schaffung von 0,75 VK begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Bürgeramt Nord Ost Süd**
 lfd. Nr. **11**
 Tätigkeitsbereich **Unterstützung im Bereich der Bürgerdienste**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,40	Verwaltungsfachkraft	VI b	17.320 €	0 €	17.320 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **BA/NOS nimmt am Projekt Bürgerfreundliche Verwaltung - Serviceoffensive mit erweiterten Öffnungszeiten und verbindlicher Terminvereinbarung an Nachmittagen teil. Hierdurch ergab sich die Notwendigkeit, Personal aufzustocken.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Schalterbedienplätze sollen von den bei BANOS ankommenden Telefonanrufen entlastet werden**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Fallzahlenstatistik**

Stellungnahme: **Derzeit werden im Rahmen des Projektes "Bürgerfreundliche Stadtverwaltung - Serviceoffensive 2010" auch bei BA/NOS erweiterte Öffnungszeiten erprobt. Hierbei ergab sich aufgrund der angespannten Personalsituation im Schalterdienst die Notwendigkeit, telefonische Anfragen und Terminwünsche auf einen Hintergrundarbeitsplatz zu verlagern. Hierfür konnte vorübergehend Personalkapazität im Rahmen einer personalwirtschaftlichen Maßnahme bereitgestellt werden. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung der Stellenschaffung ohne Deckung jedoch leider nicht erfolgen. Es wird empfohlen, zu prüfen, ob die telefonische Erreichbarkeit für Melde- und Passwesen, Kfz-Zulassung und Führerscheinswesen nicht bei den Hintergrunddiensten der Fachämter und der Bürgerämter gebündelt werden kann und damit eine Erhöhung der Stellenkapazität zu vermeiden ist.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Bürgeramt Nord Ost Süd**
 lfd. Nr. **12**
 Tätigkeitsbereich **Bürgeramt Süd: Bereich Führerscheine, Gewerbe, Wohngeld und Sozialversicherung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	0 €	21.650 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	21.650 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch den freiwilligen Umtausch von nationalen Fahrerlaubnissen in EU-Führerscheinen können Gebührenmehreinnahmen erzielt werden. Da mit der vorhandenen Personalkapazität dieses Dienstleistungsangebot bei den drei Bürgerämtern nicht wahrgenommen werden könnte, erfolgte eine budgetfinanziert Personalerhöhung, die nun befristet in den Stellenplan überführt werden soll.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Der durch EU-Vorschrift anstehende gesetzlich vorgegebene Umtausch der Fahrerlaubnisse zu einem bestimmten Stichtag wird bereits im Vorfeld entschärft, da die Anzahl der umzuschreibenden Führerscheine stetig abnimmt. Derzeit ist in Nürnberg noch mit einer Umtauschquote von rund 50 % der knapp 300.000 Führerscheinen auszugehen.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Anzahl der vorgenommenen Umtauschaktionen
gestiegene Gebühreneinnahmen**

Stellungnahme: **In den nächsten Jahren sind die bisherigen Führerscheine in sog. EU-Kartenführerscheine umzutauschen. Bisher wurde eine Halbstelle bugetfinanziert vorgehalten. Durch diese Maßnahme ist es gelungen, eine im interkommunalen Vergleich gute Umtauschquote von derzeit über 55 % zu erreichen. Die Stelle soll auch weiterhin zum Abbau der am Stichtag 2016 noch umzuwandelnden Fahrerlaubnisse, zur Aufrechterhaltung des Bürgerservice und die mit dem Umtausch zu erzielenden Gebührenmehreinnahmen eingesetzt werden. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.12).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Feuerwehr**
 lfd. Nr. **13**
 Tätigkeitsbereich **Sicherstellung der Einsatzfähigkeit des Feuerwehr-Wachdienstes**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Brandinspektor/in	A 9	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	1,00	Brandinspektor/in	A 9	54.700 €	0 €	54.700 €
beantragt:	1,00	Oberbrandmeister/in	A 8	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Oberbrandmeister/in	A 8	47.300 €	0 €	47.300 €
beantragt:	2,00	Brandmeister/in	A 7	86.600 €	0 €	86.600 €
Vorschlag:	2,00	Brandmeister/in	A 7	86.600 €	0 €	86.600 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13; Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Sicherstellung der Einsatzpersonalstärke im Einsatzdienst**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherstellung der Einsatzpersonalstärke im Einsatzdienst**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Sicherstellung der Einsatzpersonalstärke im Einsatzdienst**

Stellungnahme:

Um die Besetzung des Wachdienstes bei FW rund um die Uhr an 365 bzw. 366 Tagen im Jahr sicherstellen zu können, wird im zweijährigen Rhythmus eine Personalbedarfsberechnung durchgeführt. In diese Berechnung fließen beispielsweise Ausfallschichten aufgrund von Krankheit, Kuren, Aus- und Fortbildungen sowie Urlauben ein.

Die zur Kompensation dieser Ausfallschichten erforderlichen Stellen werden im Stellenplan von FW mit einem Fristvermerk bis zur nächsten Personalbedarfsberechnung ausgewiesen. Abhängig vom Ergebnis der nächsten Personalbedarfsberechnung werden die Stellen dann dem Stellenplan wieder entnommen oder der Fristvermerk entsprechend verlängert.

Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Feuerwehr**
 lfd. Nr. **14**
 Tätigkeitsbereich **Einführung eines Qualitätsmanagementsystems in der Integrierten Leitstelle (ILS)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Qualitätsmanagementbeauftragte/r	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Qualitätsmanagementbeauftragte/r	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Gem. Art. 45 Bayerisches Rettungsdienstgesetz (BayRDG) sind Durchführende des Rettungsdienstes verpflichtet, Maßnahmen durchzuführen, um die Qualität der Leistungserbringung zu sichern und sie unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Standards weiterzuentwickeln. Die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (QM) nach BayRDG ist darüber hinaus eine Forderung der Kostenträger der Integrierten Leitstelle.
 FW weist darauf hin, dass eine bayernweite Festlegung auf die Einführung des QM auf der Basis der DIN EN ISO 9001 erfolgt und die volle Auszahlung der Zuschüsse von einer entsprechenden Zertifizierung abhängig ist.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Festlegung, Verwirklichung, Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des QM-Systems in Übereinstimmung mit DIN EN ISO 9001**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Erfolgreiche Zertifizierung des QM durch einen externen Auditor/ Zertifizierer**

Stellungnahme: **Die Einführung eines Qualitätsmanagements bei der ILS ist vorgeschrieben und z. T. Fördervoraussetzung. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Nach Abschluss der Aufbauphase ist die für den Betrieb des QM-Systems erforderliche dauerhafte Stellenkapazität festzustellen. Die Stelle erhält deshalb einen Fristvermerk (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Feuerwehr**
 lfd. Nr. **15**
 Tätigkeitsbereich **Einführung des Digitalfunks**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Funktechniker/in	V c	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Funktechniker/in	V c/V b	47.300 €	0 €	47.300 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Nach Aussage der DigiNet - Gruppe soll in Mittelfranken der „Erweiterte Probetrieb“ für den Digitalfunk am 01.03.2013 gestartet werden. Die Teilnahme am „Erweiterten Probetrieb“ bedingt einen rechtzeitigen Kauf von digitalen Fahrzeug- und Handsprechfunkgeräten, sowie die entsprechende Ausstattung der Funkwerkstatt für die notwendigen Programmier- und Messaufgaben. Des Weiteren muss während der Vorbereitung und Einführung des Digitalfunks der bisherige Analogfunk in vollem Umfang weiterbetrieben werden. Die Einführung des Digitalfunks wird im Bereich der Funktechnik zu einer enormen Aufgabenmehrung (Konzeption und Durchführung der Migration, Schulung, Beschaffung, etc.) führen und kann nach Auffassung von FW personell nur mit einer zusätzlichen Stelle bewältigt werden. Für die Einführung des Digitalfunks wurden Mittel im MIP eingestellt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Einführung des Digitalfunks bei der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr sowie Durchführung aller notwendigen Schulungen. Durch die Inbetriebnahme des Digitalfunks darf es zu keinen Gefährdungen bei Einsätzen kommen.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Erfolgreiche Einführung des Digitalfunks ohne Gefährdung eigener Einsatzkräfte oder Dritter. Zeitliche Einhaltung des Migrationskonzeptes.**

Stellungnahme: **Am 1. Juni 2007 wurde von der Innenministerkonferenz ein Verwaltungsabkommen für den Aufbau eines nationalen Digitalfunknetzes für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) unterschrieben. In einem nationalen Roll-Out-Konzept wurde eine Zeitplanung für die bundesweite Inbetriebnahme des Digitalfunks festgelegt. Der Freistaat Bayern beteiligt sich - nach Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden - an der Finanzierung des Digitalfunks durch die Förderung der notwendigen Erstausrüstung der Feuerwehren mit Endfunkgeräten in Höhe von 80 % der Anschaffungskosten (einschließlich Zubehör, ohne Einbaukosten). Personalkosten werden vom Freistaat Bayern nicht bezuschusst. Die Schaffung der beantragten Stelle für das Umstellungsprojekt wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk für die Dauer der Umstellung (F 12.14).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Feuerwehr**
 lfd. Nr. **16**
 Tätigkeitsbereich **Prüfung Brandmeldeanlagen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Brandmeldeprüfer/in	LGr. 6/7a	44.000 €	44.000 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Brandmeldeprüfer/in	LGr. 6/7a	44.000 €	44.000 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: Innerhalb der letzten 10 Jahre haben sich die Brandmelder von 759 auf derzeit 944 gesteigert. Dies ergibt derzeit eine Mehrung von 185 Meldern. Durchschnittlich werden pro Jahr 25 - 35 Melder aufgeschaltet. Aufgrund der DIN14575 müssen die Hauptmelder vierteljährlich auf Funktionsweise geprüft werden. Die zu besetzende Stelle wird mit in die Kostenkalkulation der Brandmeldergebühren eingerechnet und ist somit kostenneutral, da sie zu 100 % durch die Brandmeldegebühren refinanziert wird.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: Die bestehenden 944 Objekte haben Feuerwehrschlüsseldepots, in denen der Generalschlüssel deponiert ist. Durch Änderung der Schließanlagen und Betreiberwechsel müssen diese Schlüssel ausgetauscht werden. Dies kann vom Betreiber nur in Anwesenheit der Feuerwehr geschehen. Aufgrund steigender Einsatzzahlen und notwendiger Ausbildungsveranstaltungen der Feuerwehrbeamten kann das nach DIN 14575 geforderte Prüfintervall auf Dauer nur durch einen eigenen Feuermelderprüfer gewährleistet werden. Ziel ist es, die Prüfung von 150 - 200 Meldern vierteljährlich sowie monatlich zehn Schlüssel-Austausche durchzuführen.

Kennzahlen für Zielerreichung: Gemessen wird die Zielerreichung an der Erfüllung der Zielvorgaben

Stellungnahme: In der Kalkulation der Brandmeldergebühren wurden bisher vier Vollkräfte für die Prüfung der Brandmeldeanlagen berücksichtigt. Eine Stelle ist hierfür explizit im Stellenplan ausgewiesen, die restliche Kapazität wird von Beamten im Einsatzdienst (außerhalb des Einsatzes bzw. im Anschluss an einen Einsatz vor Ort) bereit gestellt. Aufgrund der Fallzahlensteigerung ergibt sich ein Mehrbedarf im Umfang einer Vollkraft. Da eine Ausweitung der Personalkapazität aus dem Einsatzdienst hierfür nicht möglich ist, wird zur Abdeckung des Mehrbedarfes die Schaffung der beantragten Stelle begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Tiergarten**
 lfd. Nr. **17**
 Tätigkeitsbereich **Akquisition von Tierpatenschaften**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,14	Sachbearbeiter/in	V c	6.622 €	6.622 €	0 €
Vorschlag:	0,14	Sachbearbeiter/in	V c	6.622 €	6.622 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch Futterpatenschaften können zusätzliche Einnahmen generiert werden, die als weiteres finanzielles Standbein für Tg unverzichtbar sind.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Erhöhung der Anzahl der Tierpatenschaften um 20 % und dadurch Generierung zusätzlicher Einnahmen**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Anzahl der Tierpatenschaften**

Stellungnahme: **Zum Haushalt 2009 wurde - finanziert durch den Verein der Tiergartenfreunde Nürnberg e. V. - eine halbe Stelle mit Fristvermerk F 12.11 für die Akquise zusätzlicher Futterpatenschaften geschaffen.**

Aufgrund des großen Zuspruchs hat sich der Verein der Tiergartenfreunde Nürnberg e. V. bereit erklärt, seine Finanzierungszusage um drei Jahre zu verlängern und die Kapazität der finanzierten Stelle um 5,5 Wochenarbeitsstunden (WAS; 0,14 Vollkraftstellen) aufzustocken. Die befristete Stelle soll auf die Dauer der gesicherten Finanzierung durch den Verein verlängert werden (vgl. Fortführungsliste Stelle Nr. 415.1240). Aufgrund der hohen Nachfrage nach Tierpatenschaften und der Förderung durch den Verein der Tiergartenfreunde wird die Aufstockung begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **18**
 Tätigkeitsbereich **Lehrkraft – Fachberatung Lernförderung im Rahmen des Paketes für Bildung und Teilhabe**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,50	Lehrkraft	IIIH	104.700 €	104.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Lehrkraft	IIIH	69.800 €	69.800 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Vollständige Deckung aus Bundeszuschüssen ; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Erfüllung der Leistungsansprüche aus § 28 Abs. 5 SGB II (Paket für Bildung und Teilhabe)**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Die Umsetzung des Leistungsmerkmals Lernförderung i.S. des Bildungs- und Teilhabepakets macht die Fachberatung von Schulen und Lehrkräften aller Schularten, die Entwicklung von Verfahrenswegen an den Schulen und Standards für die Leistungserbringung erforderlich. Darüber hinaus ist ein Pool geeigneter Leistungsanbieter für die diverse Lernförderbedarfe aufzubauen und ein geeignetes Monitoringverfahren für die Lernförderung zu entwickeln.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Statistik der Fachberatungen zur Lernförderung (Schulen, Leistungsanbieter, ggf. weitere Zielgruppen)
- Quantifizierung qualitätsgeprüfter schulartspezifischer Angebote für die Lernförderung
- Monitoring der Lernförderung (Fallzahlen, Schularten und Fächer, Angebotsstrukturen)
- Berichterstattung

Stellungnahme: **Nach § 28 Abs. 5 SGB II ist im Rahmen des Paketes für Bildung und Teilhabe bei Schülerinnen und Schülern eine schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung zu berücksichtigen, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen. Insbesondere zur Auswahl der Leistungserbringer, Überprüfung der Leistungsangebote unter pädagogischen Gesichtspunkten und der Abstimmung mit den Schulen ist der Einsatz einer Lehrkraft erforderlich. Entgegen der Antragstellung werden allerdings 1,0 VK als ausreichend erachtet. Darüber hinaus sollte die Lehrkraft räumlich beim Dienstleistungszentrum Bildung und Teilhabe verortet werden, da hiermit eine einheitliche Aufgabenerfüllung an zentraler Stelle gewährleistet wäre.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **19**
 Tätigkeitsbereich **Ausbau kommunale Schulpsychologie**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Schulpsychologin / Schulpsychologe	IIH	69.800 €	0 €	69.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die kommunale Schulpsychologie verzeichnet in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme von Aufgaben aufgrund neuer Entwicklungen (R6, G8, Modellversuche, Integration und Inklusion), zunehmender psychischer Probleme bei Schüler/innen (laut Bella-Studie 2007 werden gut 22% aller Kinder und Jugendlichen psychisch auffällig) und von Burnout bedrohter Lehrkräfte. Vor allem Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen klagen über verhaltensauffällige Schüler (z. T. mit erheblichem Gewaltpotential). Aufgrund der Steigerung der Fallzahlen (2006 – 2010 von 92 auf 137 Schüler/innen und Lehrkräfte beruflicher Schulen) sind zusätzliche personelle Ressourcen erforderlich. Aktuell steht für diesen Bereich nur eine halbe Stelle zur Verfügung. Die Wartezeiten betragen mehrere Wochen, bestimmte Aufgaben und Themen werden nur noch unzureichend abgedeckt**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **-rechtzeitigere und damit effektivere Beratungen
 -längerfristige und damit nachhaltigere Betreuungen,
 -ein breiteres thematisches und Interventionsangebot, präventive Angebote
 -schnellere Reaktionen auf Veränderungen im Schulbereich
 -Ausbau der Zusammenarbeit innerhalb von SPI
 -bessere Überbrückung bei Ausfällen von Teammitgliedern.
 -Entlastung und Schutz der Lehrkräfte im Schulalltag.
 -Schulpsychologische Arbeit trägt mit Blick auf Schulerfolg (weniger Wiederholungen) und
 -Lehrergesundheit (weniger Frühpensionierungen) auch zu einer Kostenersparnis bei**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **-Fallzahlen
 -Wartezeiten
 -Beratungszeiten
 -Anzahl der Gruppenangebote
 -Anzahl Fortbildungs- und Supervisionsangebote für Lehrkräfte**

Stellungnahme: **Die Aufgabe erscheint zwar wünschenswert, angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung ohne Deckung jedoch leider nicht erfolgen. Insgesamt stehen im Stellenplan 4,5 VK für den Schulpsychologischen Dienst zur Verfügung. Die verfügbare Betreuungs- und Beratungskapazität sollte möglichst ausgewogen und bedarfsgerecht auf die verschiedenen Schularten verteilt werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **20**
 Tätigkeitsbereich **Schülerbeförderung im Rahmen des Paketes für Bildung und Teilhabe**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Verwaltungsfachkraft	V c	47.300 €	47.300 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	21.650 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Vollständige Deckung aus Bundeszuschüssen ; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Im Schulreferat sollen die schulrechtlichen Anspruchsvoraussetzungen für die Kostenfreiheit des Schulweges (Art der Schule, nächstgelegene Schule, 2- bzw. 3-km Grenze, gefährlicher Weg, Behinderung usw.) sowie vorrangige Leistungsansprüche gegenüber Dritten geprüft werden. Das Dienstleistungszentrum Bildung und Teilhabe erhält eine entsprechende Stellungnahme und kann die Leistung gewähren bzw. einen Ablehnungsbescheid erlassen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **-Erfüllung der Ansprüche von Schüler/innen auf Kostenfreiheit des Schulweges aus dem Paket für Bildung und Teilhabe
 -Vermeidung von Doppelförderung**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Zeitnahe Prüfung der Ansprüche**

Stellungnahme: **Nach dem Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs sind Schüler/innen bis zur 10. Jahrgangsstufe, bei denen die grundsätzlichen Voraussetzungen (2 bzw. 3 KM – Grenze, Besuch der nächst gelegenen Schule) vorliegen, bereits von den Schulwegkosten befreit. Die Beförderungskosten anderer Schüler/innen werden erstattet, wenn der/die Unterhaltsleistende Anspruch auf Kindergeld für mind. 3 Kinder oder auf Leistungen nach SGB II bzw. XII hat. Ansonsten werden die Kosten übernommen, die die sog. Familienbelastungsgrenze (derzeit 395 €) übersteigen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird sich daher voraussichtlich nur um Schüler/innen ab der Jahrgangsstufe 11 erweitern, deren Unterhaltsleistende nicht unter die o. g. Kriterien fallen, aber Kinderzuschlags- bzw. Wohngeldempfänger sind. Belastbare Daten hierzu wurden nicht vorgelegt, aufgrund obiger Ausführungen dürfte es sich jedoch um eine begrenzte Anzahl handeln. Es wird daher zunächst Stellenplankapazität im Umfang von 0,5 VK begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **21**
 Tätigkeitsbereich **ÖÖP- und ÖPP-Projekte**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	82.050 €	10.925 €	71.125 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	V bG	27.350 €	10.925 €	16.425 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die aktuellen Entwicklungen im Schulbereich bedingen eine Vielzahl großer Baumaßnahmen, die aus haushaltstechnischen Gründen als Öffentlich-Öffentliche-Partnerschaft- (ÖÖP) und/oder Öffentlich-Private-Partnerschaft- (ÖPP) Projekte durchgeführt werden. Wie bereits das erste ÖPP-Modell gezeigt hat, bedürfen diese Projektformen einer intensiven Vorbereitung, um eine rechtlich und wirtschaftlich effiziente Durchführung zu gewährleisten. Der durch die schulpolitischen und -organisatorischen Vorgaben bestehende Zeitdruck erfordert eine kompakte und zeitlich komprimierte Vorbereitungsphase. Mit den vorhandenen Ressourcen kann dies nicht geleistet werden. Für die befristete Vorbereitungsphase sind deshalb die zusätzlichen Kapazitäten erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Fundierte Mitwirkung an der Erarbeitung der Ausschreibungs- und Vertragsgrundlagen**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Dauer der Vorbereitungsphase
 Effizienz der Durchführung (z.B. an Hand der Quantität von Beschwerden)**

Stellungnahme: **Der Stadtrat hat am 15.12.2010 beschlossen, den Neubau einer staatlichen Realschule und Fachoberschule mit Dreifachturnhalle sowie den Neubau Förderzentrum Merseburger Straße (Paul-Moor-Schule) mit Dreifachturnhalle in Form einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft und den Neubau der Volksschule Schweinauer Straße mit Zweifachturnhalle in Form einer Öffentlich-Öffentlichen-Partnerschaft durch die WBG-K zu realisieren. Zur Abwicklung der laufenden ÖPP-Projekte soll befristete Stellenkapazität bei H zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wird im Geschäftsbereich Schule Kapazität im Umfang von 0,5 VK zur Begutachtung vorgeschlagen. Da über die künftige Betreuung derartiger Partnerschaften im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Gebäudewirtschaft zu entscheiden ist, soll die Kapazität zunächst bis 12.2012 befristet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **22**
 Tätigkeitsbereich **Erstellung eines Krisen- und Sicherheitskonzepts für Nürnberger Schulen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Schulpsychologin / Schulpsychologe	IIH	69.800 €	0 €	69.800 €
Vorschlag:	1,00	Schulpsychologin / Schulpsychologe	IIH	69.800 €	0 €	69.800 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Der Bedarf ergibt sich aus der Entwicklung in den Nürnberger Schulen. Gewalt nimmt vor allem in Form von Face-to-face-Mobbing und Cyber-Mobbing zu. Die Zahl der Kriseninterventionen bei Gewalterfahrungen oder traumatischen Ereignissen ist sprunghaft angestiegen (von ca. 30 in 2009 auf ca. 80 in 2010); auch hat es im Stadtgebiet etliche Bedrohungssituationen (Amokdrohungen) gegeben. Allgemein ist eine Zunahme depressiver und suizidaler Schüler mit Selbst- und Fremdgefährdung zu verzeichnen (laut einer aktuellen Studie der Universität Lüneburg leidet inzwischen jede(r) dritte Schüler /in an depressiven Stimmungen).**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **-Schutz von Schüler/innen, Lehrkräften und sonstigem Schulpersonal vor Schaden an Leib und Seele
 -Schaffung einer Atmosphäre der Sicherheit , in der Lehren und Lernen ohne Beeinträchtigungen möglich ist.
 -Im Krisenfall muss die Schule kurzfristig auf kompetente Fachkräfte zurückgreifen können
 -Es müssen Krisenteams an den Schulen eingerichtet, trainiert und betreut werden**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **-Anzahl der gebildeten Kriseninterventionsteams an den Nürnberger Schulen sowie Nachhaltigkeit ihrer Arbeit
 -Anzahl und Evaluation von Lehrerfortbildungen**

Stellungnahme: **Die Notwendigkeit der Erstellung eines Krisen- und Sicherheitskonzepts für Nürnberger Schulen ist gegeben. Auf Grundlage des Papiers "Hilfen zur Krisenintervention an Schulen in Bayern" soll ein Musterkonzept für die Nürnberger Schulen erstellt und von den einzelnen Schulen individuell angepasst werden. Die Schaffung der beantragten Stelle/n wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk (F 12.14).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Allgemeinbildende Schulen**
 lfd. Nr. **23**
 Tätigkeitsbereich **Bildungsbegleiter für die Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,85	Bildungsbegleiter/in	S 11	46.325 €	46.325 €	0 €
Vorschlag:	0,85	Bildungsbegleiter/in	S 11	46.325 €	46.325 €	0 €
beantragt:	0,82	Bildungsbegleiter/in	S 8	39.770 €	39.770 €	0 €
Vorschlag:	0,82	Bildungsbegleiter/in	S 8	39.770 €	39.770 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung durch Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die Stadt hat erneut den Zuschlag für die Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme erhalten. Die Kosten sind zu 100% gedeckt. Im Stellenplan sind 195 Wochenstunden ausgewiesen. Benötigt werden 260. Der Zuschlag ist für zwei Jahre erteilt mit Option auf weitere zwei Jahre.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Vermittlung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Ausbildung oder Beschäftigung**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Vermittlungsquote**

Stellungnahme: **Die Maßnahme wird in Trägerschaft der Stadt Nürnberg, SchA, durchgeführt und von der Agentur für Arbeit finanziert. Die Maßnahme wird nach einer eigenen Konzeption durchgeführt, die mit der Agentur für Arbeit abgeglichen ist. Das Ziel ist die Vermittlung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Ausbildung oder Beschäftigung. Über die im Stellenplan bereits verankerte Kapazität von 5,0 VK hinaus muss die bislang außerplanmäßig bereitgestellte Kapazität im Stellenplan verankert werden. Die Schaffung der beantragten Stellen wird daher begutachtet. Die Stellen sind mit dem Stellenvermerk Z zu versehen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Allgemeinbildende Schulen**
 lfd. Nr. **24**
 Tätigkeitsbereich **Sachbearbeiter/in für den Bereich Volks- und Förderschulen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 9	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung ; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Aufgrund neuer Aufgaben (Mittelschulkonzept, Inklusion, Konzeption der GS St. Leonhard) sind zusätzliche Kapazitäten erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Unterstützung und Entlastung der Bereichsleitung Volks- und Förderschulen**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Zeitnahe Aufgabenerfüllung**

Stellungnahme: **Bei den genannten Aufgaben handelt es sich nicht um dauerhaft anfallende Tätigkeiten. Die Begutachtung erfolgt daher gegen vollständige Deckung aus dem Budget und Stellenanteilen zunächst befristet bis Ende 2014. Im Rahmen eines OE-Prozesses soll der Verwaltungsbereich von SchA neu strukturiert werden. In diesem Zusammenhang kann auch die Aufgabenverteilung im Bereich Volks- und Förderschulen optimiert werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Allgemeinbildende Schulen**
 lfd. Nr. **25**
 Tätigkeitsbereich **Schülerförderung in Schulsekretariaten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,31	Sekretariatskraft	VI b	13.423 €	13.423 €	0 €
Vorschlag:	0,31	Sekretariatskraft	VI b	13.423 €	13.423 €	0 €
beantragt:	0,31	Sekretariatskraft	VII	13.051 €	13.051 €	0 €
Vorschlag:	0,31	Sekretariatskraft	VII	13.051 €	13.051 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Deckung aus Bundeszuschüssen ; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Umsetzung der Schülerförderung in den Sekretariaten der Schulen bezgl. Ausflügen und Klassenfahrten, Schülerbeförderung, Lernförderung, ggf. Mittagsverpflegung, Teilnahme am kulturellen Leben (z.B. Schulplatzmiete). Die Stundenanteile sollen anteilig je nach Bedarf auf die verschiedenen Schulsekretariate verteilt werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherstellung der schulbezogenen Ansprüche der Schülerförderung**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Bearbeitungszeiten**

Stellungnahme: **Um die an den Schulsekretariaten anfallenden, zusätzlichen Tätigkeiten zu bewältigen, ist eine Aufstockung der Stundenkapazität im beantragten Umfang angezeigt. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Berufliche Schulen**
 lfd. Nr. **26**
 Tätigkeitsbereich **Lehrkräfte an beruflichen Schulen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	4,00	Lehrkraft	A 13/14	302.600 €	211.820 €	90.780 €
Vorschlag:	4,00	Lehrkraft	A 13/14	302.600 €	151.300 €	151.300 €
beantragt:	2,00	Lehrkraft	A 10/11	122.300 €	85.610 €	36.690 €
Vorschlag:	2,00	Lehrkraft	A 10/11	122.300 €	61.150 €	61.150 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung durch Lehrpersonalzuschüsse**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Bei der unterrichtlichen Versorgung der Berufsschüler/innen handelt es sich um eine Pflichtaufgabe der Stadt Nürnberg. Von den 790 vorhandenen Lehrkräftestellen an beruflichen Schulen sind 786 besetzt. Bereits zum HH-Jahr 2011 wäre die Erhöhung der Lehrkräftestellen zur Umsetzung von Entscheidungen des Stadtrats (Erhöhung der Klassenzahl an B13, Ausweitung der Erzieher/innenausbildung an der FAKS) erforderlich gewesen. Eine Überschreitung der vorhandenen Lehrkräftestellen unterblieb nur, weil sich die Anzahl der Teilzeit-Klassen aufgrund der konjunkturellen Situation von 751 im SJ 2009/10 auf 719 im SJ 2010/11 reduzierte. Im Durchschnitt der letzten 7 Jahre betrug die Anzahl der Teilzeit-Klassen 745. SchB geht aufgrund der prognostizierten Erholung auf dem Ausbildungsstellenmarkt in einer vorsichtigen Schätzung von 734 Teilzeit-Klassen im SJ 2011/12 aus. Darüber hinaus ist wegen des doppelten Abiturjahrgangs anzunehmen, dass punktuell Gymnasiasten in erhöhtem Maße in duale Ausbildung einmünden. Aufgrund des daraus resultierenden Verdrängungseffektes wird daher mit einem leichten Anstieg von Hauptschulabsolventen in den BVJ-Klassen (Vollzeitunterricht) gerechnet. Legt man den Lehrkräftebedarf der einzelnen Klassenarten zugrunde, ergibt sich damit ein zusätzlicher Gesamtbedarf an Lehrkräften an beruflichen Schulen im SJ 2011/12 von 5,3 Stellen in der vierten Qualifikationsebene und 4,5 Stellen in der dritten Qualifikationsebene. Unter Berücksichtigung der noch nicht ausgeschöpften Stellenkapazität ergibt sich der angegebene Mehrbedarf.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherstellung der unterrichtlichen Versorgung der Berufsschüler/innen (gesetzliche Pflichtaufgabe)**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Grad der Unterrichtsversorgung**

Stellungnahme:

Der endgültige Bedarf an Lehrkräftestellen steht erst im Spätherbst 2011 fest, da dann die Schüleranmeldungen weitgehend abgeschlossen sind. Um den stellenplanmäßigen Lehrkräftebedarf abzusichern, sollte die beantragte Kapazität geschaffen werden. Die Stellenbesetzung kann dann abhängig vom tatsächlichen Unterrichtsbedarf erfolgen. Die Schaffung der beantragten Stellen wird daher begutachtet. Der angegebene Deckungsbeitrag geht von einem tatsächlichen Lehrpersonalzuschuss in Höhe von 70% aus. Da der faktische Zuschussatz aufgrund von Pauschalierungen geringer ist und die Zuschussquote abhängig von der Schulart ist, kann bestenfalls von einer 50%igen Deckung ausgegangen werden.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Berufliche Schulen**
 lfd. Nr. **27**
 Tätigkeitsbereich **Sekretariatskraft B13**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Verwaltungskraft	VII/VI b	21.050 €	11.200 €	9.850 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungskraft	VII/VI b	21.050 €	11.200 €	9.850 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; an den Stellen des Verwaltungspersonals an Beruflichen Schulen (Stellen Nr. 402.1050 bis 402.2530) wird ein Gruppen-kw-Vermerk im Umfang von 0,24 VK angebracht**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Ein Abgleich der Schuldaten vom Schuljahr 2005/06 mit denen des Schuljahrs 2010/11 ergab, dass die für die Bemessung mit Sekretariatskräften maßgebliche Schülerzahl an B 13 von 530 auf 773 (+45,8 %) und die Zahl der Jahreswochenunterrichtsstunden der Schule insgesamt von 875 auf 1.141 (+30,4 %) angestiegen ist. Die vorhandene Stellenkapazität an Verwaltungskräften (1,5 Stellen) blieb dabei unverändert. Bezogen auf die Veränderungen bei den Schülerzahlen ergibt sich daher ein Mehrbedarf von mind. 0,5 Stellen. Die Gesamtzahl der Schüler/innen aller städtischen beruflichen Schulen ist vom Schuljahr 2005/06 zum Schuljahr 2010/11 mit 22.499 zu 22.336 nahezu gleich geblieben, wobei der Anteil des Vollzeitunterrichts zugenommen hat. Die Summe der Wochenunterrichtsstunden aller berufl. Schulen erhöhte sich während des genannten Zeitraums von 18.893 auf 20.251. Eine Umverteilung der vorhandenen Stellenkapazitäten ist daher nicht möglich.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Absicherung der benötigten Kapazität an Verwaltungskräften an der B 13 im Stellenplan**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Ein ordnungsgemäßer Ablauf der Verwaltungsaufgaben im Schulsekretariat ist mit nur 1,5 VK-Stellen nicht aufrecht zu erhalten. Die Zielerreichung lässt sich durch eine zeitgerechte und ordnungsgemäße Erledigung der anfallenden Aufgaben und durch die Vermeidung von Überstunden der mit der Aufgabenerledigung betrauten Kräfte feststellen.**

Stellungnahme: **Nach dem von der Stadt Nürnberg angewandten Verfahren zur Bemessung der Stellenbedarfe in den Schulsekretariaten fehlen an B13 rd. 0,5 VK, insgesamt stehen jedoch an den Berufsschuldirektoraten ausreichend Kapazitäten zur Verfügung. Da der Bedarf durch Budget und Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerks an den Sekretariatsstellen der beruflichen Schulen gedeckt wird, wird die Kapazität im beantragten Umfang begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Berufliche Schulen**
 lfd. Nr. **28**
 Tätigkeitsbereich **Schülerförderung in Schulsekretariaten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,46	Sekretariatskraft	VI b	19.918 €	19.918 €	0 €
Vorschlag:	0,46	Sekretariatskraft	VI b	19.918 €	19.918 €	0 €
beantragt:	0,46	Sekretariatskraft	VI b	19.918 €	19.918 €	0 €
Vorschlag:	0,46	Sekretariatskraft	VII	19.366 €	19.366 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Umsetzung der Schülerförderung in den Sekretariaten der Schulen bezgl. Ausflügen und Klassenfahrten, Schülerbeförderung, Lernförderung, ggf. Mittagsverpflegung, Teilnahme am kulturellen Leben (z.B. Schulplatzmiete). Die Stundenanteile sollen anteilig je nach Bedarf auf die verschiedenen Schulsekretariate verteilt werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherstellung der schulbezogenen Ansprüche der Schülerförderung**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Bearbeitungszeiten**

Stellungnahme: **Um die an den Schulsekretariaten anfallenden, zusätzlichen Tätigkeiten zu bewältigen, ist eine Aufstockung der Stundenkapazität im beantragten Umfang angezeigt. Nachdem die Stundenaufstockungen Stellen unterschiedlicher Wertigkeit betreffen kann, wird die Begutachtung entsprechend aufgeteilt. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten zunächst einen Fristvermerk (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Amt für Organisation, Informationsverarbeitung und Zentrale Dienste**
 lfd. Nr. **29**
 Tätigkeitsbereich **Systemmanagement**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	SAP-Administrator/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	SAP-Administrator/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Im OrgA/luK Systemmanagement wird die technische Basis der SAP-Systeme betreut. Dies umfasst die Systemhardware (Server- und Speichersysteme), die Betriebssystem-Software, die Datenbanken und die technischen Komponenten der SAP Anwendungen („SAP Basis“). Neben Konzeption, Optimierung und Weiterentwicklung der Systemlandschaften gehören der sichere technische Betrieb und das Update-Management von SAP-, System- und Datenbanksoftware, sowie die Unterstützung der Fachbereiche durch technische Maßnahmen (z.B. Systemkopien) zu den Aufgaben.**

Im Zuge des Projekts „Weiterentwicklung Haushaltswirtschaft“ wird ein weiterer Ausbau der SAP Systeme nötig. Bislang wurden die SAP-Systemlandschaften für Rechnungswesen, Eigenbetriebe und Personalwesen, jeweils mit Entwicklungs- Qualitätssicherungs- und Produktivsystem, betrieben. Außerdem sind der SAP-Solutionmanager und ein BW-Testsystem im Einsatz. Das BW-Testsystem wird in Verbindung mit dem genannten Projekt zu einem produktiven Business-Warehouse ausgebaut, das dann ebenfalls aus drei SAP-Systemen bestehen wird. Zusätzlich wird ein SAP Portal, bestehend aus mehreren SAP-Systemen, benötigt. Eine geeignete Hardware-Plattform hierfür ist derzeit in Beschaffung.

Zusätzlich müssen die Systeme für das Rechnungswesen für die Entwicklung des Produkthaushalts entsprechend erweitert werden. Ebenfalls zu erweitern ist der SAP Solution-Manager, der zukünftig sowohl für die Projektdokumentation als auch für ein neu einzurichtendes Change-Management verwendet werden soll, um die komplexen Entwicklungsarbeiten im produktiven Rechnungswesen steuern zu können. Ein neues TREX-System soll die Volltextsuche in den SAP-Systemen ermöglichen.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Weiterentwicklung und Ausbau der SAP-Systemlandschaft zur Bereitstellung der erforderlichen systemtechnischen Basis für die Einführung des Produkthaushalts.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme:

Durch die erhebliche Erweiterung der SAP-Systeme entsteht im Aufgabenbereich Systemmanagement eine vollständig neue Aufgabe, die den Einsatz von zusätzlicher Personalkapazität erforderlich macht, ohne dass an anderer Stelle ein Wegfall von Aufgaben gegeben ist.

Zu den Aufgaben des benötigten Sachbearbeiters „SAP Basisadministrator“ gehören die Planung und Konzeption des Ausbaus und der systemtechnischen Weiterentwicklung der SAP-Systemlandschaften, insbesondere durch Implementierung neuer SAP-Systeme und zugehöriger Datenbanken; die Planung und Umsetzung von Updates (Releasewechsel, Supportpackages) sowie von System- und Mandantenkopien; die Entwicklung von Konzepten für die rollenbasierte Rechteverwaltung im Bereich Basis und deren technische Umsetzung; die Entwicklung von Vorgaben für den elektronischen Datenaustausch intern und extern, einschließlich Einsatz von Schlüsseln und Zertifikaten; die Entwicklung von Strategien für Performance-Optimierung und Tuning; die Vertretung der SAP Basis als zentraler Ansprechpartner für interne und externe Partner sowie den SAP Support. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Personalamt**
 lfd. Nr. **30**
 Tätigkeitsbereich **Betriebliches Gesundheitsmanagement**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Betriebliche/r Gesundheitsmanager/in	IIH	69.800 €	69.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Betriebliche/r Gesundheitsmanager/in	IIH	69.800 €	0 €	69.800 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung, Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die seit 2007 vom Personalamt in Kooperation mit der AOK bzw. TK initiierten Projekte der betrieblichen Gesundheitsförderung sollen insbesondere aus folgenden Gründen dauerhaft in der Stadtverwaltung implementiert werden:**

- Fehlzeitenquote
- Altersstruktur der Beschäftigten
- gestiegene Lebensarbeitszeit
- immer wieder anstehende Veränderungen in der Stadtverwaltung
- Präventionsverpflichtung der Arbeitgeber gem. § 84 Abs. 2 SGB IX
- positive Ergebnisse der bisherigen "punktuellen" Projektarbeit sowie
- dem Vorgehen anderer Städte (z. B. München, Hamburg, Dortmund)

Eine hohe Fehlzeitenquote verursacht erhebliche Kosten. Angesichts steigender Leistungsanforderungen und steigender Lebensarbeitszeit ist es unausweichlich, die Gesundheit und damit die Potenziale und Produktivität der Mitarbeiter/innen zu fördern und zugleich die Personalausfallkosten im Rahmen zu halten bzw. mittelfristig zu senken.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Auf obige Ausführungen wird verwiesen.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Die Stelleninhaberin/ der Stelleninhaber trägt durch die in der Tätigkeitsbeschreibung dargestellten Aufgaben dazu bei, dass die derzeitige Fehlzeitenquote der Stadt Nürnberg auch angesichts der demografischen Entwicklungen gehalten bzw. mittelfristig gesenkt werden kann.**

Stellungnahme: **Die Schaffung der beantragten Stelle wird insbesondere hinsichtlich der demografischen Entwicklung sowie der Fehlzeitenquote begutachtet. Auf die POA-Vorlage vom 29.3.2011: "Neue Initiative zur Betrieblichen Gesundheitsförderung - Abschluss der Projektphase und Ausblick" wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Eine zentrale Koordination und konzeptionelle Weiterentwicklung zu einem strategischen Gesundheitsmanagement für die komplette Stadtverwaltung als wichtige Grundlage für einen effektiven Einsatz der begrenzten Mittel und den Erfolg der Betrieblichen Gesundheitsförderung wurde angeregt. Die Stelle erhält einen Fristvermerk (F 12.14) bis zur Evaluierung der Maßnahmewirksamkeit und dem Aufbau eines Berichtswesens.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Personalamt**
 lfd. Nr. **31**
 Tätigkeitsbereich **Koordination eines Projektes des Europäischen Sozialfonds Deutschland (ESF) - Gesundheitsprävention**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Koordinator/in ESF Projekt	IIH	34.900 €	34.900 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Koordinator/in ESF Projekt	IIH	34.900 €	34.900 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.14; Sperrvermerk X;**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Am ESF-Projektantrag "Verbesserte Arbeitssituation und Gesundheitsprävention - Personalentwicklung im Allgemeinen Sozialdienst der Stadt Nürnberg (ASD) und im Familienunterstützenden Dienst der Stadt Schwabach (FUD)" nehmen die Städte Schwabach und Nürnberg teil. Die Stadt Nürnberg wurde mit der Federführung betraut. Mit den vorhandenen Personalressourcen beider Städte, die ca. 48 % der geplanten Projektkosten abdecken, können die Personalentwicklungskonzepte und -instrumente nicht erstellt werden. Aus diesem Grund ist eine Koordinatorin/ ein Koordinator erforderlich. Die Stelle soll komplett durch die beantragten ESF-Mittel finanziert werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für Zielerreichung: **Die Definition von Zielerreichungskriterien ist Teil des im Projekt zu erarbeitenden Evaluationskonzeptes.**

Stellungnahme: **Die Schaffung der beantragten Stelle wird unter dem Vorbehalt der endgültigen Förderzusage durch das Bundesverwaltungsamt sowie der vollständigen Deckung der Personalkosten im Rahmen des Projektes begutachtet. Sie erhält zunächst einen Sperrvermerk sowie einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.14).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Personalamt**
 lfd. Nr. **32**
 Tätigkeitsbereich **Koordination eines Projektes des Europäischen Sozialfonds Deutschland (ESF) - Potentialanalysen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Koordinator/in ESF Projekt	IIIH	34.900 €	34.900 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Koordinator/in ESF Projekt	IIIH	34.900 €	34.900 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.14; Sperrvermerk X;**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Am ESF-Projektantrag Entwicklung und Erprobung von Potentialanalysen für leistungsveränderte/leistungsgewandelte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" nehmen die Städte Erlangen, Fürth und Nürnberg teil. Mit den vorhandenen Personalressourcen, die ca. 52 % der geplanten Projektkosten abdecken, können die Potenzialanalysen nicht geplant und durchgeführt werden. Aus diesem Grund ist für die Projektdauer eine Koordinatorin/ein Koordinator notwendig. Die Stelle soll komplett durch die beantragten ESF-Mittel finanziert werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für Zielerreichung: **Die Definition von Zielerreichungskriterien ist Teil des im Projekt zu erarbeitenden Evaluationskonzeptes.**

Stellungnahme:

Die Schaffung der beantragten Stelle wird unter dem Vorbehalt der endgültigen Förderzusage durch das Bundesverwaltungsamt sowie der vollständigen Deckung der Personalkosten im Rahmen des Projektes begutachtet. Sie erhält zunächst einen Sperrvermerk sowie einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.14).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Personalamt**
 lfd. Nr. **33**
 Tätigkeitsbereich **Personalentwicklung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,13	Schreibkraft/Textsystem	IX/IX a	4.134 €	0 €	4.134 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die Stadt Nürnberg hat seit 2006 grundsätzlich bedarfsgerecht deutlich mehr Nachwuchskräfte ausgebildet. Vor diesem Hintergrund sowie aufgrund der ständig schwankenden Ausbildungs- und Übernahmepolitik der freien Wirtschaft und der durch das AGG geänderten Rechtslage (Wegfall von Altersgrenzen) sind von PA/1 seit geraumer Zeit eine deutlich gestiegene Zahl von Bewerbungen zu bearbeiten. Um die besten Bewerber/innen möglichst rasch an die Stadt Nürnberg binden zu können, ist es unerlässlich, zeitnah zur Ausschreibung die Ausbildungsverträge abzuschließen. Zwischenzeitlich hat sich auch gezeigt, dass das Online-Bewerbungsverfahren hinsichtlich der auswahlrelevanten Daten von PA/1 überprüft werden muss. Der zusätzliche und erweiterte Technikeinsatz hat somit das Kapazitätsproblem bei PA/1 nicht gelöst.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Es zahlt sich für die Stadt Nürnberg sowie deren Image aus, angesichts des Ausbildungsmarktes und steigender Bewerber/innenzahlen vorbildhaft und professionell mit den Bewerbungen von Auszubildenden und Anwärtern/innen umzugehen. Eine zeitnahe Eingangsbestätigung sowie eine stringente Auswahl mit anschließender Benachrichtigung bzw. Vertragsverhandlungen muss gewährleistet sein, da dies auch das Bild der Stadt als Arbeitgeber bei Dritten (Eltern, Verwandten, Bekannten) prägt.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Für die ausgeschriebenen Ausbildungsplätze können auch in Zukunft Bewerberinnen und Bewerber gewonnen werden.
- Es können die bestgeeigneten Bewerberinnen und Bewerber der ersten Auswahlrunde für die Stadt Nürnberg gewonnen werden.
- Die Absagequote (da die/der Bewerber/in von einem anderen Arbeitgeber schneller die Zusage erhalten) ist gering.
- Aufgrund der Gewinnung der bestgeeignetsten Bewerberinnen und Bewerber ist die Durchfallerquote gering.

Stellungnahme: **Die Aufgabe erscheint zwar wünschenswert, angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung ohne Deckung jedoch leider nicht erfolgen. Es wäre ggf. zu überprüfen, ob im Rahmen der Prioritätensetzung bei PA eine Anpassung für die Aufgabenstellung zweckmäßig ist.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Personalamt**
 lfd. Nr. **34**
 Tätigkeitsbereich **Personalmanagementsystem**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	A 9G/10	28.050 €	0 €	28.050 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aufgrund der neu im Jahr 2011 hinzugekommenen bzw. mit SAP HCM realisierten gesetzlichen Meldeverfahren ist die Überwachung des Datenverkehrs an die verschiedenen Meldestellen, die Prüfung und Sachbehandlung von gemeldeten fehlerhaften Datenmeldungen und das Customizing des bereitgestellten Programmrahmens von SAP HCM erforderlich. Durch den Einsatz der maschinellen Verfahren können manuelle Tätigkeiten bei PA/8 entfallen. Es ist zu prüfen, in wieweit eine Kompensation der Aufwände erfolgen kann.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Die Stelle ist erforderlich, um die neu hinzukommenden gesetzlichen Meldeverfahren in SAP HCM zu implementieren und deren Weiterentwicklung zu betreuen.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Fristgerechte und fehlerfreie Meldung der gesetzlich vorgeschriebenen Daten an die jeweilige Meldestelle.**

Stellungnahme:

Zum 01.01.2005 wurde bei der Stadt Nürnberg das Abrechnungssystem PAISY durch das Abrechnungsmodul SAP HR abgelöst. Die Stadt Nürnberg beauftragte den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) mit der Untersuchung der Abteilung Personalabrechnung des Personalamtes einschließlich der Außenstelle Personalabrechnung des Klinikums. Ziel war die Überprüfung der Personalkapazität der monatlichen Bezügeabrechnung inklusive der Familienkassen für Stadt und Klinikum. Der BKPV hat sein Gutachten mit Datum vom 17.08.2010 übermittelt. Zwischen PA und OrgA wurde in Abstimmung mit der Personalvertretung die Umsetzung des BKPV-Gutachtens bis 31.12.2011 geplant. Es wurde hierzu ein Maßnahmenplan zur Prüfung und Umsetzung der Empfehlungen des BKPV erstellt. Ende 2011 ist geplant, eine Vorlage über die Umsetzung der BKPV-Untersuchung, über die stellenplanmäßigen Konsequenzen sowie über die Höhe eines Einsparbetrages im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in den POA einzubringen. Ob und in welchem Umfang eine Verschiebung von Personalkapazität von der Personalabrechnung in das Personalmanagement erforderlich ist, muss in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Eine Begutachtung der beantragten Stellenschaffung kann deshalb leider nicht erfolgen.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Personalamt**
 lfd. Nr. **35**
 Tätigkeitsbereich **Qualifizierungsstellen für künftige Führungskräfte**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Sachbearbeiter/in	A 13	139.600 €	0 €	139.600 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Bereits im Jahr 2001 wurden vier Qualifizierungsstellen geschaffen, um besonders geeigneten Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes die Qualifizierung für den Aufstieg in den höheren Dienst zu ermöglichen. Obwohl sich aus Sicht von PA dieser Weg einer Förderung von Potenzialträgerinnen und -trägern bewährt hat, wurden die Stellen im Zuge von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen eingezogen. Die beantragten Qualifizierungsstellen sollen zum Haushalt 2012 erneut angeboten werden. Im Auswahlverfahren zur Besetzung der Stellen, beim Einsatz der Stelleninhaberinnen und -inhaber sowie bei den berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen soll auf das Führungspotential besonderer Wert gelegt werden. Auch Tarifbeschäftigten soll künftig die Möglichkeit zur beruflichen Weiterentwicklung eröffnet werden, so dass die Stellenbewertung und die Festlegung der Einsatzgebiete nach BGr. A 13 bzw. VGr. II BAT erfolgen würde.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Auf obige Ausführungen wird verwiesen.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Das Auswahlverfahren zur Besetzung der Stellen, der Einsatz der Stellinhaberinnen und -inhaber und die berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen orientieren sich an den im Abschlussbericht des Projektes Führung und Personalentwicklung genannten Anforderungen. An der auf diesen Kriterien basierenden Erfolgskontrolle sind sowohl die späteren Einsatzdienststellen als auch das Referat I und das Personalamt einzubinden.**

Stellungnahme: **Aufgrund der Änderungen bei den beamtenrechtlichen Grundlagen für das Aufstiegsverfahren in die Qualifizierungsebene 4 (bisher höherer Dienst) ist ein Konzept für die Gestaltung des Aufstiegsverfahrens, auch hinsichtlich der geplanten Einbeziehung von Beschäftigtenstellen, zu erarbeiten.
Eine Begutachtung der beantragten Stellenschaffung kann deshalb zum Haushalt 2012 leider noch nicht erfolgen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Kassen- und Steueramt**
 lfd. Nr. **36**
 Tätigkeitsbereich **Vollstreckung öffentl.-rechtl. Forderungen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,57	Sachbearbeiter/in	A 9/10	31.977 €	0 €	31.977 €
Vorschlag:	0,57	Sachbearbeiter/in	A 9/10	31.977 €	0 €	31.977 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Neben den steigenden Fallzahlen, beispielsweise durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer, der (bereits teilweise realisierten) Übernahme des Forderungsmanagements vom Sozial- und Jugendamt, hat auch die Komplexität bei der Sachbearbeitung in der Abteilung Vollstreckung stetig aus Sicht von KaSt stetig zugenommen. Die zunehmenden Fälle, gerade auch im Bereich der Verbraucherinsolvenzen, neue Gesellschaftsformen und auch in erhöhten Maße Fälle mit Auslandsbezug bedingen daher aus Sicht von KaSt, dass mit dem bisherigen Personal eine ordnungsgemäße Sachbearbeitung auf Dauer nicht mehr zu gewährleisten ist.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Vollstreckungstätigkeiten können intensiviert und geeignete Maßnahmen zeitnäher durchgeführt werden. Dies hat zur Folge, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit Mehrerlöse für die Stadt Nürnberg aus dem Vollstreckungswesen generiert werden können.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Tatsächlich generierte Einnahmen aus Vollstreckungsmaßnahmen (absolut und im Verhältnis an zu vollstreckenden Ausständen).**

Stellungnahme: **Im Bereich der Vollstreckungen ist tatsächlich eine Zunahme der Fallzahlen zu verzeichnen. Es wird daher vorgeschlagen, eine Kapazitätsausweitung im beantragten Umfang (0,57 Vkl) vorzunehmen; diese allerdings befristet bis Ende 2013. Zum Haushalt 2014 soll dann die Einnahmesituation überprüft werden und ggf. die Kapazität angepasst werden.**

Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk (F12.13).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Friedhofsverwaltung**
 lfd. Nr. **37**
 Tätigkeitsbereich **Koordination und Zentrales Beschwerdemanagement**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 10	57.500 €	57.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 10	57.500 €	57.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung (zur Teilfinanzierung wird an der Stelle-Nr. 740.0030 ein kw-Vermerk angebracht)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Umorganisationsprozess in der Dienststelle, die umfangreichen Verbesserungen im Bürgerservice sowie die Öffentlichkeitsarbeit für die drei Geschäftsbereiche der Friedhofsverwaltung und neue Tätigkeitsschwerpunkte bedürfen, um nachhaltig wirken zu können, einer koordinierenden abteilungsübergreifenden Begleitung. Die Stelle im Bereich der Dienststellenleitung anzusiedeln, hat kartellrechtliche Hintergründe. Nach langwierigen Prozessen in den 1970-iger Jahren, die der Bayerische Bestatterverband gegen die Städte Nürnberg und München geführt hatte, wurde eine strikte Trennung der Gewerblichen und der Hoheitlichen Bereiche festgeschrieben; lediglich eine gemeinsame Dienststellenleitung wurde akzeptiert. Da der Inhaber/die Inhaberin der beantragten Stelle abteilungsübergreifend eingesetzt wird, würde eine Eingliederung in die Abteilung 1 (wie sie grundsätzlich denkbar wäre) den rechtlichen Vorgaben widersprechen**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Koordinierung der komplexen Vergabeverfahren im hoheitlichen und gewerblichen Bereich der Dienststelle, bereichsübergreifende Steuerung des Technik und Personaleinsatzes zur effektiven Aufgabenerledigung, Vereinheitlichung des Dienststellenkommunikation nach Außen sowie Bindung der Bürgerinnen und Bürger an die städtische Einrichtung Friedhofsverwaltung durch Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Kundenwünsche und Beschwerden**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Höhere Kundenzufriedenheit und Verbesserung des Betriebsergebnisses der Friedhofsverwaltung**

Stellungnahme: **Die beschriebenen Aufgaben sind grundsätzlich erforderlich, insbesondere ist die Koordination zwischen den einzelnen Abteilungen in sich überschneidenden Aufgabengebieten (z. B. Vergabe, Beschwerdemanagement) und damit eines einheitlichen Auftretens der Dienststelle nach innen und außen wichtig. Dabei ist auch vor allem die Unterstützung der Abteilungen Frh/2 und Frh/3 von hoher Bedeutung. Wegen der Intensität der Aufgaben können sie aber nicht (alleine) von der Dienststellenleitung im nötigen Umfang und im erforderlichen Detail wahrgenommen werden. Eine Ansiedlung in der Abteilung Verwaltung (Frh/1) wäre sicher grundsätzlich denkbar, jedoch ist aufgrund der rechtlichen Erfordernisse (s. o.) eine Ansiedlung in Bereich der Dienststellenleitung notwendig. Eine zentrale Koordinierung des Beschwerdemanagements sollte langfristig auch zu Entlastungen auf den Friedhöfen selbst führen (dies ist im Verlauf gesondert zu prüfen).**

Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Friedhofsverwaltung**
 lfd. Nr. **38**
 Tätigkeitsbereich **Hoheitliche Aufgaben (ordnungsrechtliche Bestattungen)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Sachbearbeiter/in	VI b	86.600 €	86.600 €	0 €
Vorschlag:	2,00	Sachbearbeiter/in	VI b	86.600 €	86.600 €	0 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Die Bestattungskultur unterliegt seit Jahren einem zunehmend rascher voranschreitenden Wandel. Die höhere Mobilität des Einzelnen, die wachsende Individualisierung in der Gesellschaft führen dazu, dass sich traditionelle Familienstrukturen auflösen und sich familiäre Bindungen lockern. Des Weiteren führen finanzielle Schieflagen und der Wegfall des zweckbezogenen Sterbegeldes dazu, dass viele Pflichtige nicht mehr von sich aus die Totenfürsorge und die Kostentragungspflicht übernehmen. Im Sachgebiet "ordnungsrechtliche Bestattungen" werden kostentragungspflichtige Personen ermittelt und, soweit sie nicht der Totenfürsorge nachkommen, zum Kostenersatz der gemeindlichen Ersatzvornahme herangezogen. Nur ein verwaltungsrechtlich einwandfreies Vorverfahren führt zur Durchsetzbarkeit der gemeindlichen Forderung. Die (Vor-)Finanzierung der ordnungsrechtlichen Bestattungen erfolgt aus dem städtischen Budget.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Hohe Einnahmeausfälle der zurückliegenden Jahre werden dadurch künftig vermieden, da aus Verhandlungen mit Privaten, Pflegern, Nachlassgerichten und Sozialleistungsträgern bedeutende Einnahmen generiert werden.

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Einnahmen aus ordnungsrechtlichen Bestattungen

Stellungnahme:

Für die Arbeitsgruppe ordnungsrechtliche Bestattungen wurde als Modellversuch zunächst überplanmäßige Personalkapazität zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsaufnahme der Gruppe erfolgte zum 3. Quartal 2009.

Aufgrund der vorgelegten Zahlen ist ein eindeutig positives Ergebnis zu verzeichnen, welches auch unter Berücksichtigung der Personalkosten zu zusätzlichen Einnahmen der Stadt geführt hat bzw. die Aufwendungen für ordnungsrechtliche Bestattungen deutlich reduzierte. Die Deckung erfolgt über den Ansatz für ordnungsrechtliche Bestattungen bei OA.
Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Friedhofsverwaltung**
 lfd. Nr. **39**
 Tätigkeitsbereich **Bestattungsbetrieb - Reinigung WC-Anlagen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,23	Reinigungskraft	E 1	6.026 €	0 €	6.026 €
Vorschlag:	0,23	Reinigungskraft	E 1	6.026 €	0 €	6.026 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die häufigen Beschwerden über die mangelnde Sauberkeit in der WC-Anlage am Haupteingang des Westfriedhofs waren Anlass, eine überplanmäßige Kraft einzusetzen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Sauberkeit und Beschwerderückgang**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Beschwerderückgang**

Stellungnahme: **Aufgrund des hohen Beschwerdeaufkommens im Bereich Westfriedhof wird seit 2009 eine Reinigungskraft (überplanmäßig) in diesem Bereich eingesetzt. Die Beschwerden über die hygienischen Zustände der Toilettenanlagen gingen ab diesem Zeitpunkt drastisch zurück. In Anbetracht der relativ geringen Kosten im Verhältnis zum Nutzen der Maßnahme ist der Einsatz sinnvoll.
Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat III**
 Dienststelle **Umweltreferat**
 lfd. Nr. **40**
 Tätigkeitsbereich **BioMetropole Nürnberg**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektleiter/in	I b	81.500 €	0 €	81.500 €
Vorschlag:	0,73	Projektleiter/in	I b	59.495 €	0 €	59.495 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Der Handlungsauftrag für das Projekt ergibt sich aus den Beschlüssen des Stadtrates vom 23.07.2003 bzw. des Umweltausschusses vom 15.10.2008. Die BioMetropole Nürnberg setzt Impulse, vernetzt Aktivitäten und ist zentraler Ansprechpartner in der Metropolregion Nürnberg (z. B.: Neue Wertschöpfungspartnerschaften, Bio erleben, Bio-Brotboxaktion, Gentechnikfreiheit). Ref. III / BMN kooperiert und ergänzt sich mit „original regional“, der Bio-Innung und der IHK. Die Stadt Nürnberg ist international aktiv. Sie ist Mitglied beim internationalen Netzwerk „Città del Bio“. Die BioMetropole hat dabei die Koordinierungsrolle für deutsche Kommunen übernommen und akquiriert Förderprojekte. Nürnberg wird in Verbindung mit der BioFach, der Weltleitmesse für Bio-Lebensmittel, europaweit als Kompetenzzentrum für die Bio-Branche wahrgenommen. Mit den Beschlüssen hat sich Nürnberg anspruchsvolle Ziele gesetzt, die die führende Rolle unterstreichen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Angestrebt werden 50 Prozent Bio-Anteil in Schulen und Kitas, bei Empfängen des Oberbürgermeisters und bei Wochen-Märkten, 25 Prozent Bio-Anteil bei allen städtischen Einrichtungen, Veranstaltungen, Spezial-Märkten und Beteiligungen sowie 10 Prozent Anteil ökologischer Landwirtschaft. Die BioMetropole fördert dabei besonders regionale, saisonale und faire Produkte in Bio-Qualität.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **siehe oben**

Stellungnahme: **Um die vom Stadtrat beschlossenen Zielsetzungen erreichen zu können, wird Kapazität benötigt. Die Schaffung der beantragten Stelle wird im Umfang von 0,73 VK begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk F 12.14. Wie im Beschluss des Umweltausschusses vom 15.10.2008 vorgesehen, soll über Zielerreichung und Aktivitäten in den Jahren 2012 und 2014 berichtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat III**
 Dienststelle **Gesundheitsamt**
 lfd. Nr. **41**
 Tätigkeitsbereich **Heimaufsicht**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	Kr. VIII/IX	27.350 €	0 €	27.350 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Für den Stelleninhaber der Stelle 530.3116 ist eine stellenplanmäßige Entlastung von 50% auf Grund betriebsärztlich festgestellter Leistungsminderung überplanmäßig begutachtet. Dies soll jetzt auch im Stellenplan ausgewiesen werden.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Abbildung der realen Verhältnisse, Kompensation der Minderleistung bei den Pflegekontrollen und der Dokumentation.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Aufrechterhaltung der Kontrolldichte und Qualität der Berichterstattung im Umfang einer Normalleistung des Stellenpensums.**

Stellungnahme: **Eine Kompensation der Leistungsminderung des Stelleninhabers der Stelle Nr. 530.3116 muss personalwirtschaftlich erfolgen. Hierzu bedarf es keiner Stellenschaffung, da die zusätzliche Kapazität mit auf der Stelle Nr. 530.3116 angerechnet werden könnte. Die Schaffung der beantragten Kapazität kann vor diesem Hintergrund leider nicht begutachtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Kulturreferat**
 lfd. Nr. **42**
 Tätigkeitsbereich **Projektbüro "Kulturprofile": Aufgabenbündelung im Bereich des Veranstaltungsmanagements**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektmanager/in	A 12	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	1,00	Projektmanager/in	A 12	72.600 €	0 €	72.600 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Stellenvermerk ku A 11**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Bisher bei BgA angesiedelte Aufgaben wurden dem Projektbüro übertragen. Im Projektbüro sollen die Kapazitäten im Bereich Veranstaltungsmanagement gebündelt werden, damit Synergieeffekte genutzt werden können.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- **Aufgabenerfüllung der von BgA übertragenen Aufgaben**
- **Durch ein attraktives Veranstaltungsangebot soll das Nürnberg-Image als Standortfaktor gestärkt werden.**
- **Die Außenwahrnehmung soll durch die gebündelte Präsentation der Veranstaltungen verbessert werden.**
- **Die Bündelung der Großveranstaltungen ermöglicht die wirtschaftlichste Aufgabenerfüllung.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

- **Übernachtungszahlen in Nürnberg**
- **Index in Bezug auf die Wahrnehmung sowie Zufriedenheit von bzw. mit dem angebotenen Veranstaltungsprogramm**

Stellungnahme: **Zur Erledigung der von BgA übertragenen Aufgaben ist eine Aufstockung der Stellenkapazität um 1,0 VK (Projektmanager/in) ausreichend. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Nachdem die Stellenbewertung insbesondere auf dem Erfahrungswissen des bislang mit der Aufgabenwahrnehmung betrauten Mitarbeiters beruht, ist die Stelle im Hinblick auf mögliche personelle Wechsel mit dem Stellenvermerk ku A11 zu versehen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Kulturreferat**
 Ifd. Nr. **43**
 Tätigkeitsbereich **Projektbüro "Kulturprofile": Weiterentwicklung des Veranstaltungsmanagements**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektmanager/in	IV a/III	64.800 €	21.650 €	43.150 €
Vorschlag:	0,50	Projektmanager/in	IV a	28.750 €	21.650 €	7.100 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Im Projektbüro sollen die Kapazitäten im Bereich Veranstaltungsmanagement gebündelt werden, damit Synergieeffekte genutzt werden können.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- **Durch ein attraktives Veranstaltungsangebot soll das Nürnberg-Image als Standortfaktor gestärkt werden.**
- **Das Projektbüro soll als kompetenter Dienstleister etabliert werden.**
- **Die Außenwahrnehmung soll durch die gebündelte Präsentation der Veranstaltungen verbessert werden.**
- **Die Bündelung der Großveranstaltungen ermöglicht die wirtschaftlichste Aufgabenerfüllung.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

- **Übernachtungszahlen in Nürnberg**
- **Index in Bezug auf die Wahrnehmung sowie Zufriedenheit von bzw. mit dem angebotenen Veranstaltungsprogramm**

Stellungnahme: **Die Bereitstellung zusätzlicher Kulturangebote ist generell wünschenswert. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation kann jedoch eine Ausweitung der freiwilligen Aufgaben nur im Umfang von 0,5 VK begutachtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Kulturreferat**
 Ifd. Nr. **44**
 Tätigkeitsbereich **Stellenplan Ref. IV**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Projektmanager/in	A 12	36.300 €	0 €	36.300 €
Vorschlag:	0,50	Projektmanager/in	A 12	36.300 €	0 €	36.300 €
beantragt:	0,50	Verwaltungsfachkraft	V c	23.650 €	23.650 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungsfachkraft	V c	23.650 €	23.650 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Projektmanager/in Stellenvermerk A12 ku A11**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die von der Stelleninhaberin besetzte Stelle ist bereits im Stellenplan von Ref. IV mit 19,5 WAS in Entgeltgruppe E 6 vorhanden. Tatsächlich ist die Stelleninhaberin in Vollzeit (39 WAS) ausgelastet. Die andere Stelleninhaberin (41 WAS, A12) ist auf eine Planstelle mit 19,5 WAS (VGr. Vc) eingewiesen. Die Stelleninhaberin hat nie die Aufgaben der im Stellenplan beschriebenen Tätigkeiten wahrgenommen. Sie ist seit Jahren als Projektmanagerin im Projektbüro tätig.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Bereinigter Stellenplan im Kulturreferat mit effizienterer Struktur der gesamten Arbeitsabläufe.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Hier wird auf den OE-Prozess mit Unterstützung von OrgA verwiesen.**

Stellungnahme: **Die Ergebnisse des beim Projektbüro Kulturprofile durchgeführten Organisationsentwicklungsprozess werden am 18.10.2011 dem POA vorgelegt. Auf Basis der bisherigen Angebote des Projektbüros Kulturprofile ist die Absicherung der bisher außerplanmäßig vorgehaltenen Personalkapazität notwendig. Nachdem die Stelleninhaberin der Stelle Nr. 040.0280 in BGr. A12 beschäftigt ist, wird diese Stelle im Stellenplan mit dem Stellenwert BGr. A12 ku A11 ausgewiesen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Kulturreferat**
 lfd. Nr. **45**
 Tätigkeitsbereich **MSH Sachbearbeiter/in**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **- Bestehendes Defizit in den Bereichen Marketing sowie Internet und dadurch bedingt einen zu geringe Auslastung im Kleinen Saal und den Konferenzräumen**
- Notwendige Generalsanierung und damit verbundenen Planungsaufwand

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **- Mehr Kundenzufriedenheit**
- Besseres Marketing
- Mehrauslastung der Konferenzräume und des Kleinen Saals
- Mehreinnahmen
- Wirtschaftsförderung

Kennzahlen für
Zielerreichung: **- Anzahl der Veranstaltung**
- Auslastung
- Erhöhung der Einnahmen

Stellungnahme: **Das mit der zusätzlichen Personalkapazität verbundene Ziel ist vor allem auch eine Steigerung der Belegungen der Meistersingerhalle und damit die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Einrichtung. Die Schaffung der beantragten Stelle im Umfang von 1,0 VK wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk F 12.14.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Amt für Kultur und Freizeit**
 lfd. Nr. **46**
 Tätigkeitsbereich **Lehrkräfte für den Unterricht im Rahmen des MuBiKiN-Projekts**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,55	Musikschullehrkraft	V b/IV b	84.785 €	84.785 €	0 €
Vorschlag:	1,55	Musikschullehrkraft	V b/IV b	84.785 €	84.785 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 07.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Stadtratsbeschluss vom 08.06.2011 mit zu Grunde liegendem Konzept**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Aufbau einer Bildungskette musikalischer Bildung in Nürnberg**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Anzahl der Kinder, die eine musikalische Ausbildung erhalten
Anzahl der beteiligten Einrichtungen
Anzahl der Angebote**

Stellungnahme: **Der Stadtrat hat am 08.06.2011 dem MuBiKiN-Konzept zugestimmt. Das Modellprojekt soll mit Schuljahresbeginn 2011/2012 starten und zunächst auf 3 Schuljahre befristet werden. Die Stellen werden für die Umsetzung des Konzeptes (Pilotbetrieb) in Kindertageseinrichtungen und Schulen benötigt. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten den Fristvermerk F 07.14.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Amt für Kultur und Freizeit**
 lfd. Nr. **47**
 Tätigkeitsbereich **Sachbearbeiter/in Integrationsprogramm**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Zuweisung neuer Aufgaben per Anordnung des Oberbürgermeisters (Nr. 11 B vom 18.06.2010). Die übergreifenden Koordinations- und Geschäftsführungsaufgaben im Bereich "Integration/Interkultur" werden bei KuF zusammengefasst. KuF wird die Geschäftsführung der Integrationskommission, das Kuratorium für Integration und Menschenrechte und die Koordinierungsgruppe "Integration" übertragen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Zur Umsetzung der Leitlinien , der Abstimmung von Maßnahmen verschiedener Dienststellen und zur Entwicklung und Fortschreibung des Integrationsprogramms der Stadt Nürnberg wurde eine ressortübergreifende "Koordinierungsgruppe Integration" der Stadtverwaltung eingerichtet. Die Federführung der Koordinierungsgruppe wurde Ref. IV/KuF in enger Abstimmung mit der Stabsstelle Bildung und Integration bei BgA übertragen.**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die für die Koordination des Integrationsprogrammes geschilderten Aufgaben erscheinen nachvollziehbar, allerdings ist der Umfang und die Tiefe der Ausgestaltung derzeit noch nicht abschließend ermittelbar. Die dauerhafte Auslastung einer Vollkraft ist derzeit nicht absehbar. Die Aufgabenentwicklung soll vor einer Begutachtung der dauerhaft ersichtlich notwendigen Kapazität abgewartet werden. Eine Begutachtung kann derzeit daher leider nicht erfolgen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Amt für Kultur und Freizeit**
 lfd. Nr. **48**
 Tätigkeitsbereich **Kulturladen Gartenstadt Verwaltungskraft**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,69	Verwaltungskraft	VII	29.049 €	29.049 €	0 €
Vorschlag:	0,64	Verwaltungskraft	VII	26.944 €	26.944 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Im Kulturladen Gartenstadt ist bisher keine Verwaltungsstelle vorhanden, der Bedarf hierfür besteht jedoch. Die Deckung würde durch Einsparungen bei anderen Stellen der Einrichtung erfolgen (Aufgabenverlagerungen).**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Effektiveres Arbeiten durch Verlagerung von Verwaltungstätigkeiten auf eine Verwaltungskraft, die bisher von Sozialpädagogen ausgeübt wurden.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **- Anzahl der Kulturkontakte
- Veranstaltungen in der Einrichtung**

Stellungnahme: **Die Vorgehensweise zur Umstrukturierung des Kulturladens Gartenstadt wurde zusammen mit OrgA erarbeitet. Bei Zugrundelegung der aktuellen Durchschnittspersonalkosten können kostenneutral (durch Reduzierung der VK-Anteile der Stellen Nr. 416.3610 und Nr. 416.3630) 0,64 VK geschaffen werden.
Die Schaffung der beantragten Stelle im Umfang von 0,64 VK wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Museen der Stadt Nürnberg**
 lfd. Nr. **49**
 Tätigkeitsbereich **Wissenschaftliches Volontariat an Museen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Volontär/in	V.-Verg.	34.900 €	0 €	34.900 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Das Volontariat gilt als berufliche Qualifikation zwischen abgeschlossenem Fachstudium und angestrebter Anstellung an einem Museum. Zum Bildungsauftrag eines Museums gehört auch die wissenschaftliche Fortbildung von Hochschulabsolventen im Rahmen eines Volontariats. Fast jedes größere Museum in Deutschland hat mindestens mindestens eine/n wissensch. Volontär/in. Die Museen der Stadt Nürnberg zählen mit über fünfzig festangestellten Mitarbeiter/innen zu den größten kommunalen Museen und verfügen über keine Volontariatsstelle.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Zusätzlich zum Bildungsaspekt sind auch die Vorteile zu berücksichtigen, die den Museen durch die hochqualifizierte Mitarbeit und das Einbringen neuer Ideen durch wissenschaftliche Volontärinnen/Volontäre entstehen.**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Aufgabe erscheint zwar wünschenswert, angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung ohne Deckung jedoch leider nicht erfolgen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **KunstKulturQuartier Nürnberg**
 lfd. Nr. **50**
 Tätigkeitsbereich **Veranstaltungskalender**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in Internet	IV a	57.500 €	16.250 €	41.250 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in Internet	V b/IV b	54.700 €	16.250 €	38.450 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 12.14; Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Betrieb des städtischen Veranstaltungskalenders, der neben den Dienststellen des Kulturreferates auch von vielen weiteren Dienststellen (Presseamt, Sportamt, Jugendamt etc.) genutzt wird.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- möglichst vollständige und tagesaktuelle Informationen über das Veranstaltungsangebot in Nürnberg
- Ausweitung des Kundenkreises durch ein attraktives Angebot
- Perspektivisch die Ausweitung des Veranstaltungskalenders auf die Städte Erlangen und Fürth (Schwabach ist bereits Kooperationspartner)

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Zahl der Zugriffe auf www.kubiss.de
- Zahl der Zugriffe auf www.nuernberg.de

Stellungnahme:

Der derzeitige Veranstaltungskalender basiert auf einer stark veralterten Access-Datenbank, Wartungen können nur noch von einem externen Betreuer durchgeführt werden. Aus diesem Grund soll ein neuer Veranstaltungskalender entwickelt und gepflegt werden. Der Veranstaltungskalender ist Grundlage der auf verschiedensten Internetseiten aufrufbaren Veranstaltungen der Metropolregion. Zuletzt bestätigte Herr OBM, dass die Veranstaltungen für die neue Webseite der Europäischen Metropolregion ausgelesen werden dürfen. KuKuQ wird eine Teildeckung erbringen, genutzt wird er von weiteren Dienststellen. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk (F 12.14), um nach der Entwicklung den künftigen Pflegeaufwand zu prüfen und bis zur nochmaligen Überprüfung der Organisationsstruktur und weiterer Deckungsmöglichkeiten einen Sperrvermerk.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Referat für Jugend, Familie und Soziales**
 Ifd. Nr. **51**
 Tätigkeitsbereich **Bündnis für Familie - Marketing und Projektmanagement/Monitoring**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 15	28.750 €	0 €	28.750 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Familienfreundlichkeit als Zukunftschance und Standortfaktor für Kommunen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Stadt Nürnberg ist hier sowohl als Arbeitgeber wie als öffentlicher Dienstleister gefordert.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Das Bündnis für Familie wird als großes Netzwerk verschiedener Netzwerke verstanden und als Plattform für kinder- und familienfreundliche Aktivitäten, Angebote und Leistungen genutzt. Ausbau des Lenkungsausschusses als strategisches Steuerungsinstrument.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stelle Marketing:

- Die Berücksichtigung der Belange von Familien und Kindern ist strukturell in Planungs- und Stadtentwicklungsprozesse integriert.
- Die Stadt Nürnberg hat ein umfangreiches, aktuelles und bedarfsorientiertes Informationsangebot für Familien und Kinder.
- Die Stadt Nürnberg ist in der öffentlichen Wahrnehmung als „Kinder- und Familienstadt“ etabliert.

Stelle Projektmanagement:

- Familienbericht ist erstellt und wird regelmäßig fortgeschrieben.
- Stadt Nürnberg führt eine Familienfreundlichkeitsprüfung durch.
- Instrumente zur Partizipation von Familien finden sind die Entscheidungsprozesse eingebunden und werden regelmäßig eingesetzt.

Stellungnahme: **Die Aufgaben des Stabes für Familie zur Realisierung des "Bündnis für Familie" sind sicherlich wünschenswert. Als Folge eines Konsolidierungsbeschlusses wurde jedoch mit POA-Beschluss vom 21.04.2009 die künftige Kapazität des Aufgabengebietes festgelegt. Die beiden als (Teil)Deckung angebotenen Stellen 050.2005 (im Umfang von 0,5 VK) und 520.4426 wurden als Konsolidierungsbeitrag eingezogen. Eine erneute Ausweitung würde der umgesetzten Konsolidierung zuwiderlaufen und ist angesichts der Haushaltssituation leider nicht möglich.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Referat für Jugend, Familie und Soziales**
 lfd. Nr. **52**
 Tätigkeitsbereich **Bündnis für Familie - Ferienprogramm**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 13	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 11	54.500 €	0 €	54.500 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 06.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Das Jugendamt hat 2005 die Ferienprogrammangebote des jetzigen Amtes für Allgemeinbildende Schulen übernommen. Die Zahl der Angebote hat sich dadurch um ca. 90% erhöht, die Teilnehmerzahl mehr als verdoppelt. Das Ferienprogramm des Jugendamtes umfasst derzeit 9.000 Teilnehmerplätze und soll auch 2012 in diesem Umfang aufrechterhalten werden. Zusätzlicher Planungs- und Koordinationsaufwand ergibt sich durch die verstärkte Kooperation mit Nürnberger Firmen und Firmenverbänden zum Thema familiengerechte Ferienangebote und dem organisatorischen Vollzug des Bildungs- und Teilnahmepaketes der Bundesregierung und der damit verbundenen Abstimmung mit der bisherigen Nürnberg-Pass-Regelung im Rahmen der Armutsprävention des Referates für Jugend, Familie und Soziales. Die geplante neue elektronische Anmeldung zum Ferienprogramm bindet in der Vorbereitungsphase zusätzliche Arbeitskapazitäten.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Ziel ist die Schaffung eines attraktiven, kinder- und familiengerechten Programmangebotes auf der Grundlage der im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Qualitätsstandards. Sozialpolitische Zielsetzung ist insbesondere die Vorgabe, jedem Kind die Teilnahme an einem attraktiven Ferienprogramm zu ermöglichen, u.a. durch günstige Preisgestaltung und z.B. Ermäßigung für Nürnberg Pass Inhaber (im Rahmen der Armutsprävention des Referates für Jugend, Familie und Soziales) und Teilhabeberechtigte des Bildungs- und Teilhabepaketes.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Eine Gesamtzahl von 9.000 Teilnehmer/innen-Plätzen und eine mindestens 80%ige Auslastung sollen erreicht werden.**

Stellungnahme: **Der weitere Ausbau des städtischen Ferienprogramms ist auch in Hinblick auf die Entwicklung im Bildungs- und Teilhabepaket sehr wichtig. Um die übergreifende Planung und Koordination mit städtischen Dienststellen und Firmen zu erleichtern, wird die Stelle bei Ref. V angebunden und erhält für die Dauer von 1 1/2 Jahren einen Fristvermerk.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Referat für Jugend, Familie und Soziales**
 lfd. Nr. **53**
 Tätigkeitsbereich **Fortbildungskoordination für Sozialpädagogen/innen und Erzieher/innen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Wissensch. Mitarbeiter/in	IIH	69.800 €	0 €	69.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Besondere Situation der Mitarbeiterstruktur verbunden mit Umbrüchen; neue Herausforderungen (rechtliche Grundlagen, Paradigmenwechsel, Kostenbewusstsein).**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Optimale Bearbeitung sozialpädagogischer Prozesse, damit mehr Qualität und Effizienz. Mitarbeitermotivation, stärkere Ausrichtung der Arbeit an strategischen Zielsetzungen.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **- Anzahl der Angebote und Inanspruchnahme (quantitativer Aspekt),
- Mitarbeiterzufriedenheit durch Befragung bzgl. Unterstützung, Förderung und Fortbildung,
Rückgang von Beschwerden (qualitativer Aspekt).**

Stellungnahme:

Die entsprechenden Tätigkeiten werden bereits in unterschiedlicher Ausprägung und Quantität von verschiedenen Stellen, zum Teil als Leitungsaufgabe, Stabsaufgabe sowie in Projekten wahrgenommen. Bei Ref. V ist hier bereits die Stelle Nr. 050.0010 (Fortbildungskoordination Soziale Arbeit) eingerichtet. Übergreifende Aufgaben zur Personalentwicklung fallen grundsätzlich in die Zuständigkeit von PA. Zunächst sollte daher die Zweckmäßigkeit und die Finanzierung einer weiteren dezentralen Aufgabenwahrnehmung konzeptionell mit PA abgestimmt werden. Ohne diese Abstimmung ist eine Stellenschaffung leider nicht möglich.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Existenzsicherung und Soziale Integration**
 lfd. Nr. **54**
 Tätigkeitsbereich **Hilfe zur Pflege**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	0 €	27.350 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	0 €	27.350 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aufgrund der Fallzahlenentwicklung ist erforderlich, die Personalkapazität mittels vereinbarter Fallrate den Entwicklungen anzupassen (POA vom 24.10.2006).**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **• Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Sozialhilfegewährung**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Vergleichsring der großen Großstädte (con_sens)**

Stellungnahme: **Aufgrund der Fallzahlenentwicklung ist bereits seit Mitte 2010 überplanmäßige Kapazität im Umfang von 0,5 VK eingesetzt. Der Bedarf hat sich verstetigt. Auf der Basis der Personalbemessung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV), die im POA am 24.10.2006 als Grundlage für die Personalausstattung im Leistungsbereich von SHA beschlossen wurde, wird die Aufstockung der Kapazität begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Senioren und Generationenfragen**
 lfd. Nr. **55**
 Tätigkeitsbereich **Koordination Seniorennetzwerke**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 12	27.250 €	0 €	27.250 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Das Konzept für Seniorennetzwerke sollte ursprünglich nur in zwei ausgewählten Stadtteilen umgesetzt und auf seine Übertragbarkeit erprobt werden, in denen im Rahmen des Bund-Länder-Förderprogramms eine entsprechende Drittmittelförderung möglich war. Wegen des großen Interesses der Wohlfahrtsverbände, anderer Träger der Altenhilfe und auch der Wohnungswirtschaft wurde seit 2008 das Konzept kontinuierlich auch auf weitere Stadtteile übertragen. Seniorennetzwerke bestehen inzwischen in acht Stadtteilen. Fraktionsübergreifend wurden die Netzwerke sehr positiv bewertet und ein weiterer Ausbau begrüßt. Die grundlegenden Prinzipien (Quartiersbezug, trägerübergreifende Vernetzung) werden bundesweit als notwendig für die Zukunft der alternden Städte betrachtet. Dies macht über die bestehenden Netzwerke hinaus auch ein weiteren Ausbau in anderen Stadtteilen notwendig. Der für die Gründung und Etablierung eines Netzwerkes erforderliche erhebliche Personalaufwand ist mit der vorhandenen Kapazität nicht mehr zu leisten. Eine Aufstockung der Stelle ist daher unumgänglich.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

- a.) Weiterer Ausbau der Seniorennetzwerke sowohl „horizontal“ (Gründung neuer Netzwerke in weiteren Stadtteilen) als auch „vertikal“ (Ausbau der bestehenden Netzwerke)
- b.) Inhaltliche Weiterentwicklung und Übertragung von Teilkonzepten, die in einzelnen Seniorennetzwerken erprobt wurden (wie z.B. gesundheitliche Prävention, soziale Teilhabe und Integration von alten Menschen mit Migrationshintergrund), auch auf andere Seniorennetzwerke
- c) Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung integrierten seniorengerechten Wohnens innerhalb des „Konzerns Stadt“ unter Beteiligung der WBG, des Klinikums Nürnberg und des NürnbergStift als städtisches Modell

Kennzahlen für
Zielerreichung:

- + Zahl der Seniorennetzwerke
- + Angebote und Projekte, die in trägerübergreifenden Kooperationen durchgeführt werden
- + Angebote und Projekte, die durch Bürgerschaftliches Engagement mitgetragen werden
- + Auswertung der Rückmeldung aus den Netzwerken (sowohl von Trägern als auch von Bürgern)

Stellungnahme:

Der Ausbau der Seniorennetzwerke ist sicherlich sehr wünschenswert und wird seit 2006 kontinuierlich betrieben. Etablierte Strukturen sollten entsprechend weniger Koordinationsaufwand erfordern, wodurch Ressourcen für neue Projekte frei werden. Aufgrund der Finanzlage ist die Aufstockung der vorhandenen Halbstelle ohne Deckung leider nicht möglich.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **56**
 Tätigkeitsbereich **J BuT/Schulsozialarbeit: Familienfreundliche Schule**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 15	28.750 €	28.750 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 15	28.750 €	28.750 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.13 (0,5 VK); die Stelle 520.0019 wird höhergruppiert von EGr. S 11 auf EGr. S 15 u S12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aus dem Projekt "Familienfreundliche Schule" hat sich eine intensive Zusammenarbeit zwischen Elternhaus, Schule und Jugendhilfe entwickelt, an der bereits über 30 Schulen beteiligt sind. Um diese Arbeit fortführen, weitere interessierte Schulen einbeziehen zu können und die Koordinatorin Jugendhilfe-Schule unterstützen zu können, soll die vorhandene Kapazität befristet bis 2013 auf eine VK erweitert werden. Die Finanzierung ist über Mittel für die Schulsozialarbeit des Bildungs- und Teilhabepakets gesichert.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Umsetzung des Projekts "Familienfreundliche Schule" an weiteren Schulen;
 - Unterstützung der Koordination Jugendhilfe-Schule**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Verbesserung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule und Elternhaus ist eine wichtige Aufgabe, die auch im Rahmen des - ehemaligen - Projekts "Familienfreundliche Schule" geleistet wird. Hierfür wurde zum Haushalt 2008 sozialpädagogische Kapazität im Umfang von 0,5 VK, VGr. Vb/IVb (übergeleitet nach EGr. S11) zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe der Finanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket kann an weiteren Schulen entsprechende Aufbauarbeit geleistet werden. Hierfür wird zusätzliche Kapazität im Umfang von 0,5 VK, EGr. S15, begutachtet und mit einem Fristvermerk F 12.13 versehen. Durch die bis dahin entstandenen Strukturen und die erfolgreich umgesetzten Konzepte ist davon auszugehen, dass die Aufgabe künftig - zumindest mittelfristig - vermehrt durch die Schulen selbst weitergeführt und initiiert werden kann. Die dazu benötigte unterstützende und koordinierende Tätigkeit ist mit EGr. S12 tarifgerecht bewertet. Die Stelle erhält daher zusätzlich einen Vermerk u S12.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **57**
 Tätigkeitsbereich **J BuT/Schulsozialarbeit: Projekt Sport, Schule und Jugendhilfe**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektleitung/Planung	I b	81.500 €	81.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Projektleitung/Planung	I b	81.500 €	81.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die Bedeutung des Sports für die Entwicklung junger Menschen ist unbestritten. Bislang fehlten jedoch entsprechende Gelder, um entsprechende Strukturen zwischen Freien Trägern, Einrichtungen, Sportjugend und Jugendhilfe aufzubauen und entsprechende Konzepte zu entwickeln. Mit Hilfe der vom Bund im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellten Gelder, soll dies nun durch ein Projekt "Sport, Schule und Jugendhilfe" nachhaltig umgesetzt werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Entwicklung und Aufbau nachhaltiger Strukturen zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Sport und Schule;
 - Entwicklung und Umsetzung von Konzepten, um insbesondere die sportliche Betätigung junger Menschen auch unter veränderten Zeitstrukturen (Gesamtschule, G8) zu ermöglichen;**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Aufgabe, jungen Menschen durch entsprechende personelle, organisatorische und räumliche Unterstützung vermehrt sportliche Betätigung zu ermöglichen, ist sicher sehr wünschenswert und nachvollziehbar. Aufgrund der begrenzten Finanzierung erscheint die Umsetzung im Rahmen eines Projekts zweckmäßig, wenn sichergestellt ist, dass tatsächlich nachhaltige Strukturen aufgebaut werden, um die Aufgabe ab 2014 ohne Projektförderung fortzuführen. Die beantragte Kapazität im Umfang von 1 VK, VGr. Ib, wird begutachtet. Die Stelle erhält einen Fristvermerk F 12.13.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **58**
 Tätigkeitsbereich **J BuT/Schulsozialarbeit - Ausbau Jugendsozialarbeit an Schulen (JAS)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Sozialpädagoge/in	S 15	115.000 €	115.000 €	0 €
Vorschlag:	2,00	Sozialpädagoge/in	S 15	115.000 €	115.000 €	0 €
beantragt:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 15	28.750 €	28.750 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 15	28.750 €	28.750 €	0 €
beantragt:	16,00	Sozialpädagoge/in	S 11	872.000 €	872.000 €	0 €
Vorschlag:	16,00	Sozialpädagoge/in	S 11	872.000 €	872.000 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Ab 2011 werden im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets - befristet bis 2013 - auch Mittel für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt. Nach Abstimmungsgesprächen mit Herrn OBM, Herrn 3. BM, Herrn Ref. I und Herrn Ref. V sollen die Gelder auch für den weiteren Ausbau von JAS-Stellen verwendet werden. Seitens des BaySTMAS liegt eine Zusage vor, dass die Einrichtung der Stellen in Absprache mit der Regierung von Mittelfranken förderunschädlich im Hinblick auf eine künftige Bezuschussung durch den Freistaat erfolgen kann. Um die erweiterten Strukturen mit über 60 Mitarbeiter/innen in verschiedenen Schultypen effizient leiten und steuern zu können, sollen außerdem 2 weitere Leitungsstellen für den Aufbau einer Regionalstruktur und eine Halbstelle für die Qualifizierung/Fortbildung neuer Mitarbeiter/innen geschaffen werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Einzelfallbezogene Hilfen (Beratung, Krisenintervention, Betreuung);
 - Vernetzung und Kooperation;
 - Organisation und Vermittlung von Angeboten für Schüler und Lehrer;
 - Durchführung von Gruppenangeboten und Projekten in der Schule**

Kennzahlen für Zielerreichung: **- Quantifizierung der Beratungsleistung;
 - Differenzierung der Leistungen bzgl. der Zielgruppen, insbes. Migranten;
 - Quantifizierung der strukturellen Leistungen: innerhalb der Schule, bei Beratungs-Diensten, bei Trägern der beruflichen Orientierung, bei Freizeiteinrichtungen u.a.
 - Qualitative Bewertung: individuelle Leistungen, Strukturelle Leistungen; Qualitätssicherung**

Stellungnahme: **Der weitere Ausbau der Jugendsozialarbeit ist eine wichtige Aufgabe, die in den letzten Jahren durch entsprechende Mittel aus dem Gesamthaushalt unterstützt wurde. Nach dem von Herrn Ref. V vorgestellten Konzept sollen die Stellen trotz der befristeten Finanzierung dauerhaft eingerichtet werden, indem ein Teil der verfügbaren BuT-Gelder angespart wird. Darüber hinaus besteht die Aussicht mittel- bis langfristig auch eine Teildeckung über die JAS-Förderung des Freistaats Bayern zu erhalten. Die beantragten Stellen werden begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **59**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 (Neu-)Eröffnung von Kindertagesstätten (KiTa) zum Betriebsjahr 2012/2013**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in	S 15	57.500 €	20.700 €	36.800 €
Vorschlag:	1,00	Leiter/in	S 15	57.500 €	20.700 €	36.800 €
beantragt:	2,00	Leiter/in	S 13	109.400 €	39.384 €	70.016 €
Vorschlag:	2,00	Leiter/in	S 13	109.400 €	39.384 €	70.016 €
beantragt:	2,00	Leiter/in	S 10	109.800 €	39.528 €	70.272 €
Vorschlag:	2,00	Leiter/in	S 10	109.800 €	39.528 €	70.272 €
beantragt:	18,70	Erzieher/in	S 6	884.510 €	318.424 €	566.086 €
Vorschlag:	18,70	Erzieher/in	S 6	884.510 €	318.424 €	566.086 €
beantragt:	13,30	Kinderpfleger/in	S 3	550.620 €	198.223 €	352.397 €
Vorschlag:	13,30	Kinderpfleger/in	S 3	550.620 €	198.223 €	352.397 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Zum Betriebsjahr 2012/2013 ist die Fertigstellung verschiedener KiTa-Neu- bzw. Umbaumaßnahmen vorgesehen. Sofern der Baufortschritt plangemäß abläuft, wird zur (Neu)Eröffnung ab September 2012 zusätzliches Personal benötigt. Es handelt sich um folgende Einrichtungen:**
Fischbacher Hauptstraße, Hort, Erweiterung um 20 Plätze
Leerstätter Straße, Hort, Ersatzneubau und Erweiterung um 20 Plätze
Herschelplatz, Krippe und Haus für Kinder, 109 Plätze
Viatiststraße, Krippe und KiGa, 86 Plätze
Thoner Espan, Hort (Container), 50 Plätze

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **ordnungsgemäßer Betrieb neu eröffneter Kindertagesstätten**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Belegungszahlen und Buchungszeiten**

Stellungnahme: **Der Stellenbedarf wurde aufgrund von Erfahrungswerten hochgerechnet und ist grundsätzlich nachvollziehbar. Da es bei Baumaßnahmen jedoch häufig zu Verzögerungen kommt, ist nicht zu erwarten, dass zum Haushaltsjahr 2012 bereits alle Stellen benötigt werden. Die Stellen werden daher begutachtet, jedoch bis zur endgültigen Freigabe mit einem Sperrvermerk versehen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **60**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 Umsetzung Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) und Sprachförderung und Sprachentwicklung in Kindertagesstätten (SPiKi)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sozialpädagoge/in SpiKi	S 15	57.500 €	57.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sozialpädagoge/in SpiKi	S 15	57.500 €	57.500 €	0 €
beantragt:	2,00	Sozialpädagoge/in BEP	S 15	115.000 €	55.400 €	59.600 €
Vorschlag:	1,00	Sozialpädagoge/in BEP	S 11	54.500 €	54.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Stellenvermerke Z (zuschussabhängig) und ku**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Das Jugendamt als Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat gemäß § 22a SGB VIII den gesetzlichen Auftrag, die Qualität der Förderung in den eigenen und den Einrichtungen der freien Träger sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Insgesamt gibt es derzeit 423 Kindertageseinrichtungen in Nürnberg. Durch den BEP soll die Qualität der Kinderförderung sichergestellt werden. Im Sinne der Qualitätsentwicklung und -sicherung der Angebote der Tagesbetreuung in Nürnberg wurde im Jugendhilfeausschuss am 27.09.2007 die „Weiterentwicklung, Ausbau und Sicherung der Bildungsqualität durch die flächendeckende Implementierung des BEP“ beschlossen. Vorgesehen sind dazu gezielte Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und Beratung zu ausgewählten Themen. Um die dauerhafte Umsetzung und Weiterentwicklung der Module zu erreichen, ist eine fachliche Steuerung, Organisation und Planung erforderlich. Dazu bedarf es einer Absicherung der bisherigen Projektstellen durch Planstellen.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- Flächendeckende Implementierung des BEP und fortlaufende Weiterentwicklung der Bildungs- und Erziehungsziele
- Entwicklung gemeinsamer fachlicher Standards für Kindertageseinrichtungen
- Steigerung der Qualität in Nürnberger Kindertageseinrichtungen
- Erhöhung der Bildungschancen von Kindern

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Zufriedenheit der Eltern mit den pädagogischen Angeboten der Einrichtung (Elternbefragung)
- Erhöhung der Anzahl der teilnehmenden Einrichtungen an ausgewählten Modulen (Module von SpiKi als Standard)
- Steigerung der Teilnehmerzahlen an Fortbildungen und Schulungen (Dokumentation der Teilnehmerinnen/Teilnehmer)
- Jährliches Testverfahren/Sprachstandserhebung in Kindertageseinrichtungen (Abnahme des besonderen Förderbedarfs von Kindern)

Stellungnahme:

Die Erfüllung dieser Aufgaben ist sicherlich wünschenswert und wurde in Teilen über die Gelder für die qualitative Weiterentwicklung für den Kindertagesstättenbereich finanziert. Der von der Dienststelle angebotene Deckungsbeitrag reicht für die Finanzierung der beantragten Stellenschaffungen leider nicht aus. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung nur im Umfang der vorhandenen Deckung erfolgen. Aufgrund der von J in den letzten Jahren geleisteten Projekt- und Vernetzungsarbeit im Aufgabenbereich sollte angestrebt werden, die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans vermehrt in die Verantwortung der Einrichtungsträger zu übertragen und die Sicherstellung und Weiterentwicklung der vereinbarten Standards über die bei J in den letzten Jahren entwickelten Strukturen zur Qualitätssicherung zu gewährleisten (Fachberatung). Nachdem die weitere Entwicklung der Aufgabe zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar ist, erhalten die Stellen einen Stellenvermerk ku..

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **61**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 Berufspraktikant/innen - Aufstockung um 20 Vollkräfte**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	20,00	Berufspraktikant/in	Prak.-Ent.	400.000 €	0 €	400.000 €
Vorschlag:	20,00	Berufspraktikant/in	Prak.-Ent.	400.000 €	0 €	400.000 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aufgrund des weiteren Ausbaus an Kindertageseinrichtungen und der Anrechnung der Berufspraktikant/innen auf den Anstellungsschlüssel sind weitere Stellen für Berufspraktikanten/innen notwendig. Aufgrund des schon heute spürbaren und in Zukunft dramatischen Fachkräftemangel im Erzieher/innen/beruf ist die wirksamste Form der Mitarbeitergewinnung die über das Anerkennungspraktikum.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Gewinnung von Fachkräften
attraktive Stellen für Nachwuchskräfte**

Kennzahlen für Zielerreichung: **mehr Stellen für Berufspraktikanten/innen**

Stellungnahme: **Der Antrag der Dienststelle ist nachvollziehbar. Eine Begutachtung erfolgt unter der Voraussetzung, dass auch diese Praktikant/innen im Umfang von 0,67 VK als pädagogische Ergänzungskräfte angerechnet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **62**
 Tätigkeitsbereich **J/B2 Jugendsozialarbeit an Schulen (JAS)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	14,00	Sozialpädagoge/in	S 11	763.000 €	229.040 €	533.960 €
Vorschlag:	14,00	Sozialpädagoge/in	S 11	763.000 €	229.040 €	533.960 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Umsetzung des Beschlusses des JHA- und Schulausschusses vom 21.07.2005 und des POA-Beschlusses vom 09.05.2006, Konzepte und Maßnahmen zur schulischen und berufsbezogenen Qualifizierung von sozial benachteiligten Jugendlichen. Diese Maßnahmen dienen der sozialen und beruflichen Integration. Steigender Bedarf aufgrund der negativen Entwicklung (Ausbildungsnot) auf dem Jugendarbeitsmarkt und eher sinkende Qualifikationen von Jugendlichen. Vorgesehen sind Stellen an folgenden Schulen:
 Berufsschule 1 (0,50 VK), Berufsschule 3 (1,00 VK), Berufsschule 7 (1,00 VK), Berufsschule 11 (1,00 VK),
 Berufsschule 14 (0,50 VK), GS Kopernikus (1,00 VK), GS Friedrich-Wanderer-Schule (1,00 VK), HS Katzwanger Hauptstraße (0,50 VK), HS Robert-Bosch-Schule (1,00 VK), Förderzentrum Eibach (0,50 VK), Förderzentrum Langwasser (1,00 VK), Förderzentrum Paul-Moor-Schule (1,00 VK), HS Ossietzkystraße (1,00 VK), HS Hummelsteiner Weg (1,00 VK), GS Holzgartenstraße (1,00 VK), GS St. Leonhardt (1,00 VK)**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Die Ziele sind vorgegeben in der gemeinsamen „Rahmenkonzeption Jugendsozialarbeit an Schulen für Nürnberg“ des Referats V und des Geschäftsbereichs Schule beim 3. BM (Schul- und Jugendhilfeausschuss vom 30.06.2009), insbesondere:**
 - Einzelfallbezogene Hilfen (Beratung, Krisenintervention, Betreuung ...)
 - Vernetzung und Kooperation
 - Organisation und Vermittlung von Angeboten für Schüler und Eltern
 - Durchführung von Gruppenangeboten und Projekten in der Schule

Kennzahlen für Zielerreichung: **Die Stelleninhaber/innen dokumentieren die Arbeit jährlich nach einem standardisierten Berichtssystem, darin insbesondere:**
 - Quantifizierung der Beratungsleistung
 - Differenzierung der Leistungen bzgl. der Zielgruppen, insbes. Migranten
 - Quantifizierung der strukturellen Leistungen; innerhalb der Schule, bei Beratungsdiensten, bei Trägern der beruflichen Orientierung, bei Freizeiteinrichtungen (...)
 - Qualitative Bewertung; individuelle Leistungen, Strukturelle Leistungen; Qualitätssicherung

Stellungnahme: **Vermehrte soziale und gesellschaftliche Problemstellungen (wie Arbeitslosigkeit der Eltern, Jugendarbeitslosigkeit, Migrationshintergrund usw.) machen auch vor der schulischen Gemeinschaft nicht Halt. Um hier zumindest teilweise gegenzusteuern, wurden in den letzten Jahren an Haupt- und Berufsschulen Sozialpädagoge/innen für die Jugendsozialarbeit eingesetzt, für die der Freistaat Bayern Zuschüsse gewährt. Wegen der angespannten Finanzlage konnten nicht für alle betroffenen Schulen Stellen geschaffen werden, insbesondere da trotz der Zuschüsse Fehlbeträge von rd. 40.000 EUR pro Stelle entstehen. Dennoch konnte Personal - überwiegend aus dem Mobilitätsmanagement - zur Verfügung gestellt werden. Um die bisher bezuschussten Einsätze aus dem Mobilitätsmanagement dauerhaft abzusichern, werden 14 VK Sozialpädagoge/in begutachtet. Aufgrund der angespannten Finanzsituation erscheint es jedoch erforderlich, Stellennachbesetzungen weiterhin nur aus dem Mobilitätsmanagement bzw. nach Einzelfallentscheidung vorzunehmen, solange keine geeignete Deckung aus dem Ref. V-Bereich angeboten werden kann.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **63**
 Tätigkeitsbereich **J/B2 Kinder- und Jugendhaus Nordbahnhof**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 15	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 15	57.500 €	0 €	57.500 €
beantragt:	1,00	Erzieher/in	S 8	48.500 €	0 €	48.500 €
Vorschlag:	1,00	Erzieher/in	S 8	48.500 €	0 €	48.500 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Sperrvermerk X**
die Stelle Nr. 520.4351 (Sozialpädagoge/in, EGr. S 12) wird abgewertet nach EGr. S 11

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Am Nordbahnhof entsteht ein neues Kinder- und Jugendhaus (KiJH). Der Anteil an konzeptionellen, organisatorischen, planerischen Aufgaben und an Angelegenheiten des betrieblichen Managements wird sich deutlich erhöhen. Der bisherige Jugendtreff U 43 (Umlandstraße) wird nicht mehr weiter betrieben. Die 2 Planstellen des Jugendtreffs werden dem KiJH zugeordnet. Das KiJH Nordostbahnhof wird voraussichtlich im September 2012 seinen Betrieb aufnehmen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

- **Umsetzung der Einrichtungsschwerpunkt Streetwork: Aufsuchende Arbeit, Konzeptarbeit, Bedarfsanalyse, Netzwerkarbeit**
- **Verknüpfung der aufsuchende Arbeit mit dem Betrieb des Kinder- und Jugendhauses**
- **§ 1 und §11 SGBVIII**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

- **Einrichtung hat mit anderen KiJHs vergleichbare Nutzungszahlen**
- **Streetworkkonzept für den Stadtteil wird entwickelt .**
- **Informellen Gruppierungen im Stadtteil werden durch Streetwork erreicht**
- **Gruppierungen im öffentlichen Raum werden in das Konzept des Kinder- und Jugendhauses integriert.**

Stellungnahme: **Für den Betrieb der neuen Einrichtung werden die zusätzlich erforderlichen Stellen begutachtet. Sie werden bis zum Betriebsbeginn mit einem Sperrvermerk versehen. Die im Jugendtreff U 43 vorhandenen Stellen Nr. 520.4353 und 520.4351 (Erzieher/in, EGr. S 8, und Sozialpädagoge/in, EGr. S 12) werden in die neue Einrichtung übernommen. Dabei wird die Stelle Sozialpädagoge/in abgewertet nach EGr. S 11, da die Leitungsaufgaben künftig von der neu zu schaffenden Leitungsstelle wahrgenommen werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **64**
 Tätigkeitsbereich **J/B2 Spielflächenplanung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 16	56.800 €	0 €	56.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt“ wurde am 13.12.2007 vom Jugendhilfeausschuss und am 27.02.2008 vom Stadtrat als geschäftsbereichsübergreifende verbindliche Grundlage für die Stadtentwicklungsplanung in Nürnberg beschlossen. Dieser Plan enthält Zielformulierungen und Qualitätsstandards zur Maßnahmenplanung und Umsetzung und führt zu einer deutlichen Erweiterung des Arbeitsfeldes Spielflächenplanung. Die Verwaltung wurde durch o.a. Beschlüsse beauftragt, die notwendigen personellen Ressourcen zum Haushalt 2009/2010 zu beantragen. Eine Stellenschaffung erfolgte jedoch nicht. Zusätzliche Mehrarbeit entsteht durch die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und Stadtrates, die Haushaltsansätze für Spielflächen für die Jahre 2009 ff. zu erhöhen. Dies führt zu einem erhöhten Planungsaufwand und Mehrarbeit durch zusätzliche Nutzerbeteiligungen von Kindern und Jugendlichen bei der Planung von Spiel- und Aktionsflächen. Mit der vorhandenen Personalausstattung ist dies nicht zu leisten. Fortschreibung und Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung muss ohne die ursprünglich vorgesehenen zusätzlichen personellen Ressourcen (Schwerpunkt; Pflege einer Datenbank) erfolgen und erfordert ebenso wie die verstärkte Kooperation und Abstimmung im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung (u.a. mit Stadtplanungsamt, Servicebetrieb öffentlicher Raum, Bauordnungsbehörde, Bündnis für Familie) einen personellen Mehraufwand. Ebenfalls zugenommen haben Beschwerden aus der Öffentlichkeit über als störend empfundene Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum und das damit verbundene Konflikt- und Beschwerdemanagement.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Grundlagen und Ziele des Jugendhilfeplanes Spielen in der Stadt (Teil A):**
 - Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer an jeder Spielflächenplanung (Neuanlage, Umbau, Erweiterung) und Umsetzung der entsprechenden Anträge aus Kinderversammlungen
 - Umsetzung des Rechts auf Spielen auf kommunaler Ebenen
 - Kinder-, jugend- und familiengerechte Stadtentwicklungsplanung auf der Grundlage der Bedarfsaussagen, Prioritäten und Qualitätsstandards der Jugendhilfeplanung Spielen in der Stadt

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **- Durchführung der Beteiligungen von Kindern- und Jugendlichen (Nutzerbeteiligungen, Kinderversammlungen, o.a. Form und Dokumentation der Ergebnisse)**
- Umsetzung der Maßnahmeplanung Spielen in der Stadt (Teil D) und schrittweise Umsetzung durch die daraus abgeleitete Jahresplanung (Vorlage durch dienststellenübergreifende AG Spielen und Beschluss des Jugendhilfeausschusses)

Stellungnahme: **Die Stelle ist sicher wünschenswert und war bereits zum Haushalt 2009 beantragt worden. Da für eine Gestaltung von Spielflächen auch Kapazitäten von SÖR benötigt werden, wurde empfohlen, die beantragte Stelle zurück zu stellen und zunächst eine Grobplanung bzgl. umsetzbarer Projekte zu erstellen. Ohne eine nachvollziehbare Planung und ohne Deckung kann eine Begutachtung leider nicht erfolgen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **65**
 Tätigkeitsbereich **J/B3 Allgemeiner Sozialdienst**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	6,70	Sozialpädagoge/in	S 14	365.820 €	0 €	365.820 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Auf Grundlage der Fallzahlen 2009 wurde für den ASD ein Stellenfehlbedarf in 2011 von 8,2 VK ermittelt. Diesem wurde 2011 temporär abgeholfen durch**

- Die Absenkung fachlicher Standards im Umfang 5,7 VK Stellen
- Die befristete (2011) Bereitstellung von 2,5 üpl. VK Stellen.

Gegenüber 2009 sind 2010 die Fallzahlen geringfügig gesunken und mindern den Gesamtpersonalbedarf um 1,5 VK Stellen.
Der Fehlbedarf aus 2011 mindert sich für 2012 somit auf 6,7 VK Stellen, die zur Schaffung beantragt werden.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Umsetzung der Ergebnisse des Personalbemessungsprozesses PeB beim Allgemeinen Sozialdienst**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Bereitstellung der erforderlichen Personalausstattung zur rechtssicheren und fachlich adäquaten Erbringung der Leistungen nach dem SGB VIII.**

Stellungnahme: **Im Rahmen des PeB-Projekts wurde ein Handbuch mit Musterprozessen und durchschnittlichen Bearbeitungszeiten erstellt. Außerdem wurden die Prozesse des ASD beschrieben und teilweise neu definiert. Da J zum Teil andere fachliche Standards zugrundelegt als das Handbuch, lag der von OrgA berechnete Personalbedarf um 8,2 VK niedriger als die von J für erforderlich gehaltene Kapazität. Gemäß POA-Beschluss vom 07.12.2010 wurde ab Genehmigung der Haushaltssatzung überplanmäßige Kapazität im Umfang von 2,5 VK zur Verfügung gestellt und vereinbart, nach der EDV-Umstellung auf die neuen Prozesse zunächst die Validität der Fallzahlen und der errechneten Zeiten zu prüfen. Daten, die auf dem neuen Verfahren beruhen, wurden von J jedoch erst Ende August vorgelegt, mit dem Hinweis, dass diese von J selbst nicht als valide eingeschätzt werden. Weitere Ergebnisse konnten mit J noch nicht abgestimmt werden. Ohne entsprechende Auswertung und Weiterentwicklung der Projektergebnisse, kann eine Stellenschaffung zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht begutachtet werden. Als nächster Arbeitsschritt ist der Validierungsprozess der Daten in Abstimmung zwischen OrgA und J geplant.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **66**
 Tätigkeitsbereich **J/B3 Amtsvormundschaften**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	0 €	21.650 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	0 €	21.650 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch die Änderungen im Vormundschaftsrecht, insbesondere die Festschreibung der Fallzahl auf 50 pro Vollzeitsachbearbeiter, werden sich gravierende Änderungen der Organisationsstruktur und der Personalbemessung der Abteilung J/B5-3 ergeben. In einem weiteren Stellenschaffungsantrag sind hierfür bereits 8 zusätzliche Sachbearbeiterstellen beantragt. Da die Amtsvormünder künftig häufiger im Außendienst unterwegs sind, fallen vermehrt Unterstützungsarbeiten an. Da auch die Zahl der im Vorzimmer zu bewältigenden Beurkundungen seit Jahren ansteigt, wird zusätzliche Kapazität benötigt, um die Aufgaben in angemessener Zeit erfüllen zu können.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Erledigung der Verwaltungstätigkeiten im Zusammenhang mit den Änderungen im Vormundschaftsrecht
 - Erledigung der Verwaltungstätigkeiten (z.B. Beratung) zu den gesetzlich vorgeschriebenen Beurkundungen insbes. durch Fachkräfte
 - Bürgerzufriedenheit durch Verkürzung der Wartezeiten
 - Umsetzung der erforderlichen Vertretungstätigkeiten**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Das Gesetz zur Änderung des Vormundschaftsrechts wurde mit Wirkung zum 06.07.2011 erlassen und sieht eine geringere Fallzahl pro Amtsvormund vor, so dass die Anzahl der Vormünder erhöht werden muss. Die neuen Aufgaben verbunden mit erhöhtem Dokumentationsaufwand und häufiger Außendiensttätigkeit der Vormünder erfordert auch entsprechende Unterstützungstätigkeiten durch Verwaltungsfachkräfte. Die Erhöhung der Kapazität um eine Halbstelle Verwaltungsfachkraft ist auch im Vergleich zu anderen Kommunen angemessen und wird daher begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **67**
 Tätigkeitsbereich **J/B3 Amtsvormundschaften**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Sozialpädagoge/in	S 12	109.000 €	0 €	109.000 €
Vorschlag:	2,00	Sozialpädagoge/in	S 12	109.000 €	0 €	109.000 €
beantragt:	6,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	328.200 €	0 €	328.200 €
Vorschlag:	4,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	218.800 €	0 €	218.800 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts wurde zum 06.07.2011 erlassen. Wesentliche Änderungen sind:**
 o Begrenzung der Fallzahlen in der Amtsvormundschaft auf 50 Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften je Vollzeitstelle
 o Ausdrückliche Pflicht des Vormunds zum ausreichenden persönlichen Kontakt mit dem Mündel
 o Die Pflicht des Vormunds zur Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung des Mündels, inkl. Kontrolle
 o Ausdrückliche Einbeziehung des persönlichen Kontakts des Vormunds zu dem Mündel in die jährliche Berichtspflicht an das Familiengericht
 o Einbeziehung des persönlichen Kontakts des Vormunds zu dem Mündel in die Aufsichtspflicht des Familiengerichts über die Amtsführung des Vormunds
 Hierdurch ergibt sich Personalbedarf von 8 VK.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Da es sich um eine neues Gesetz handelt, konnten derzeit noch keine aussagekräftigen Kennzahlen entwickelt werden. Insbesondere die Auswirkungen der gesetzlichen Vorgabe zur Gewährleistung von Pflege und Erziehung, Aufbau einer persönlichen Beziehung, zu persönlichen Umgangskontakten, zum Berichtswesen ans Familiengericht, etc., können zwar abgeschätzt aber noch nicht im Detail vorhergesehen werden. Als Kennzahl würde sich aber z. B. die Zahl aller persönlichen Kontakte pro Mündel und Sachbearbeiter in einem Jahr anbieten, aber auch die Zahl der vom Mündel gewünschten persönlichen Kontakte pro Jahr und Sachbearbeiter.**

Stellungnahme: **Aufgrund der Gesetzesänderung sind für das Sachgebiet Amtsvormundschaften, -pflegschaften und Beistandschaften organisatorische Änderungen erforderlich, auch um haftungsrechtliche Folgen aufgrund Organisationsverschuldens zu vermeiden. Der zusätzliche Personalbedarf muss ausgehend von der bisherigen Personalausstattung hochgerechnet werden. Daraus ergibt sich ein Mehrbedarf von rd. 6 VK. Der Einsatz von 2 VK Sozialpädagoge/in erscheint in Anbetracht der veränderten Aufgabenstellung nachvollziehbar. Die Festlegung auf höchstens 50 Mündel pro Amtsvormund tritt erst 1 Jahr nach der Verkündung des neuen Gesetzes in Kraft, die Aufgabe selbst ist jedoch sofort zu erfüllen. Der Bundesrat äußerte seine Erwartung, dass der Bund die infolge des Gesetzes den Kommunen entstehenden finanziellen Mehrbelastungen ausgleicht. Konkrete Finanzierungsaussagen liegen noch nicht vor. Bis zur endgültigen Klärung der Finanzierung werden die Stellen daher mit einem Sperrvermerk versehen. Die Schaffung wird im Umfang von insges. 6 VK begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **68**
 Tätigkeitsbereich **J/B3 Kinder- und Jugendhilfezentrum Reutersbrunnenstraße**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Hausmeister/in	VIII	40.000 €	21.450 €	18.550 €
Vorschlag:	1,00	Hausmeister/in	VIII	40.000 €	21.450 €	18.550 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; zur stellenplanmäßigen Absicherung wird die Stelle Nr. 520.5531 im Umfang von 0,57 VK herangezogen.**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Bisher steht eine Hausmeisterstelle für J/B3-4 (Kinder- und JugendHilfeZentrum), J/B3-3 (Kinder- und JugendNotDienst) und J/B1 Familienzentrum Reutersbrunnenstraße) zur Verfügung. Nach dem Wegfall der 3 Zivildienststellen wird dringend eine 2. Hausmeisterstelle benötigt. Der Zuständigkeitsbereich wurde in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet: Neues Gebäude Willstraße 31 (Außenwohngruppe des KJHZ), Ausweitung des Familienzentrums Reutersbrunnenstraße. mit nunmehr zwei Gebäuden, Einrichtung der Koordinierenden Kinderschutzstelle (KoKi). Der Umfang der Aufgaben ist zusätzlich gewachsen z.B. durch ständige Überbelegung des Kinder- und JugendNotDienst.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Einrichtungen im technischen und organisatorischen Bereich, z.B. bei Transporten, im Winterdienst, bei der Vielzahl der Aufgaben (da oft zwei Personen zusammen arbeiten müssen);
 - Sicherstellung der Vertretung bei Urlaub, Erkrankung etc.; Sicherstellung der Vorgaben der Heimaufsicht der Regierung von Mittelfranken;**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Einhalten der Haushaltsvorgaben, keine zusätzlichen Ausgaben durch notwendige Vergabe an externe Firmen;
 Zeitnahe Erledigung notwendiger Reparaturen, Transporte etc., ein positives Erscheinungsbild, in der Außenwirkung, Sauberkeit des Geländes, Sicherheit der Spielgeräte und der anderen Einrichtungen ist gewährleistet.**

Stellungnahme: **Durch das zusätzliche Gebäude an der Willstraße und die Inbetriebnahme des Familienzentrums Reutersbrunnenstraße können die anfallenden Aufgaben nicht mehr durch eine Hausmeisterstelle abgedeckt werden. Eine zusätzlichen Stelle Hausmeister/in wird - unter Einbeziehung der angebotenen Teildeckung - begutachtet. Bevor die ehemaligen Zivildienststellen als Deckung herangezogen werden, sollte zunächst die Entwicklung im neuen Bundesfreiwilligendienst abgewartet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **69**
 Tätigkeitsbereich **J/B3 Projekt "Gesund bleiben in der Sozialen Arbeit"**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 15	57.500 €	57.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 15	57.500 €	57.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit soll - gemeinsam mit der Stadt Schwabach - das ESF-Projekt „Prävention und gute Arbeitsbedingungen in der sozialen Arbeit - Gesund bleiben in der sozialen Arbeit“ durchgeführt werden. Ziel des Projekts ist es, Personalentwicklungskonzepte und -instrumente zu erstellen. Hierfür wird eine Koordinatorin/ein Koordinator innerhalb des ASD erforderlich. Weitere Kapazität für die Projektlaufzeit wird beim Personalamt benötigt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Verbesserung der Arbeitssituation innerhalb des ASD, Gesundheitsprävention, Personalentwicklung**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme:

Bei dem Projekt handelt es sich um eine sicher sinnvolle Ergänzung bzw. Weiterführung der bisherigen Maßnahmen zur Gesundheitsprävention im ASD. Es soll voraussichtlich ab April 2012 begonnen werden. Die Stelle wird für die Projektlaufzeit und unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Fördermittel durch das Bundesverwaltungsamt sowie der vollständigen Deckung der Personalkosten im Rahmen des Projekts begutachtet. Sie erhält zunächst einen Sperrvermerk sowie einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.14).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **70**
 Tätigkeitsbereich **J/B4 Baucontrolling**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	0 €	57.500 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Im Rahmen der Neuordnung des Bauinvestitionscontrollings (BIC) geht die Bauherrenfunktion für die Leistungsphasen 1 bis 3 von H auf die Nutzerdienststellen über. Der Bauherr (nach Interpretation im BIC-Kontext) trägt die Verantwortung für die Einhaltung der definierten Ziele in Bezug auf Kosten, Termine und Qualitäten. Weiterhin fungiert er als „Prozesstreiber“. Probleme und Störungen werden von ihm erkannt, angenommen, verfolgt und bis zu einer Lösung weiterbetrieben (Änderungsmanagement). Dieses Vorgehen soll in jedem Geschäftsbereich möglich standardisiert und synchronisiert erfolgen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Entlastung der Abteilungsleitung, da mit der Zunahme der zu betreuenden Maßnahmen eine ordnungsgemäße Betreuung im Rahmen der Zeitvorgaben nicht mehr möglich ist
 - Maßnahmen werden sorgfältig und genau betreut**

Kennzahlen für Zielerreichung: **- die Abteilungsleitung wird entlastet
 - die Maßnahmen werden im vorgegebenen Zeitrahmen sorgfältig und genau betreut**

Stellungnahme: **Der Anstieg von Bauaufsichtsmaßnahmen ist aufgrund der großen Zahl an Baumaßnahmen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung bis zum Jahr 2013 grundsätzlich nachvollziehbar. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Im Rahmen der Umsetzung des Gebäudemanagement-Konzepts ist die Stelle ggf. entsprechend einzubeziehen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **71**
 Tätigkeitsbereich **J/B4 Personalarbeit Kindertagesstätten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **J hat mittlerweile die Personalarbeit für rund 1.450 Mitarbeiter/innen (mit einer hohen Anzahl an Teilzeitbeschäftigten) zu bewältigen. Dazu kommt die Personalarbeit für jährlich nochmals rund 140 Praktikanten. Die Mitarbeiterzahlen sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen und werden auch insb. aufgrund des Ausbaus der Kindertageseinrichtungen in den nächsten Jahren weiter steigen. Hinzu kommen neue gesetzliche Aufgaben wie Eingliederungsmanagement, Impfschutz/Mutterschutz im Rahmen der Biostoff-Verordnung sowie Überwachung und Anforderung von Führungszeugnissen nach § 72 a SGB VIII, die den Arbeitsanfall in der Personalsachbearbeitung erhöhen. Eine steigende Zahl an Anfragen zu Praktikantenplätzen (Schüler, Umschüler) kommt hinzu. Mit dem derzeitigen Personalstand ist die Bewältigung der Aufgaben nicht mehr möglich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- der Arbeitsanfall kann in einem angemessenen Zeitrahmen erledigt werden; dies ist bei der Bearbeitung von Personalangelegenheiten in vielen Fällen unabdingbar.
- die gesetzlichen Vorgaben werden im erforderlichen Umfang umgesetzt
- Praktikanten (Schüler, Umschüler) werden die für ihre Ausbildung/Umschulung nötigen Praktika ermöglicht

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben erfolgen im erforderlichen Umfang
- Bearbeitung der Personalangelegenheiten in einem vertretbarem Zeitrahmen
- Reduzierung von Nachfragen

Stellungnahme: **Aufgrund der Rezentralisierung der Personalarbeit zu PA fallen bei J - außer für das KiTa-Personal - Personalaufgaben für das Verwaltungspersonal nur in reduziertem Umfang an; dementsprechend wurde Kapazität im Umfang von 1,5 VK reduziert und zum Teil an PA übertragen. Eine zwischenzeitliche Aufgabensteigerung in dem von J benannten Umfang ist nicht nachvollziehbar. Eine Stellenschaffung ohne Deckung ist aufgrund der Haushaltssituation leider nicht möglich.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **72**
 Tätigkeitsbereich **J/B4 Rechtsaufsicht Kindertagesstätten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Die Übertragung der Zuständigkeit für Krippen und Netz für Kinder, Gleichwertigkeitsanerkennungen für Personal mit ausländischem Berufsabschluss, Zunahme der Zahl der Zuschussanträge bei den Stellen für Jugendsozialarbeit an Schulen (JAS), erheblicher Zuwachs beim Bestand der Kindertageseinrichtungen, Umstellung auf die kind- und platzbezogene Förderung nach BayKiBiG, etc., brachten einen erheblichen Aufgabenzuwachs mit sich. Mit der bisherigen Personalausstattung ist der neue Aufgabenumfang nicht mehr leistbar.

Als Aufsichtsbehörde nach Art. 28 Satz 2 BayKiBiG i. V. m. Art. 9 BayKiBiG und § 45 SGB VIII ff. ist die Abteilung inzwischen verantwortlich für 61 Kinderkrippen, 172 Kindergärten, 30 Horte und Schülertreffs, 25 Häuser für Kinder (altersgemischte Einrichtungen, darunter viele Krippengruppen, stetiger Zuwachs) und 13 Netze für Kinder freier Träger.

Seit 2002 hat sich die Zahl der Einrichtungen um 91 Einrichtungen (44 %) erhöht. Bis zum Jahresende 2013 ist mit weiteren über 120 neuen Einrichtungen freier Träger zu rechnen (Steigerung 33 %).

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Bereich Kindertageseinrichtungen

Durch die erfolgreiche Umsetzung des Projektes „Kindertagesstättenausbau“ ist es dringend erforderlich auch die entsprechenden Verwaltungskapazitäten zu schaffen. Die zügige Antragsbearbeitung bei neuen Einrichtungen, Auszahlung der Baukostenzuschüsse nach Baufortschritt, pünktliche Auszahlung der Zuschüsse zum laufenden Betrieb der Kitas und die laufende verwaltungstechnische Beratung der freien Träger, speziell bei Zuschussfragen durch die Verwaltung ist für die freien Träger von fundamentaler Bedeutung. Zeitliche Verzögerungen oder fehlende Beratungskapazitäten würden die Träger in enorme wirtschaftliche Bedrängnis bringen.

Bereich Zuschusswesen

Durch die zusätzliche Personalausstattung soll die gesamte Zuschussbearbeitung, insbesondere die Bescheiderteilung und Verwendungsnachweisprüfung optimiert werden.

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme:

Aufgrund des Ausbaus von Kindertagesstätten ist der Aufgabenanstieg im Sachgebiet nachvollziehbar. Dafür wurden in den vergangenen Jahren bereits 3 Planstellen (befristet bis 2013) geschaffen. Eine weitere Stellenschaffung ohne Deckung ist aufgrund der Haushaltssituation leider nicht möglich. Um eine Entlastung für das Sachgebiet zu erreichen, sollte geprüft werden, inwieweit Beratungsaufgaben vermehrt in den Bereich J/B1 verlagert werden können.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Bauordnungsbehörde**
 lfd. Nr. **73**
 Tätigkeitsbereich **Allgemeine Verwaltung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,58	Registrator/in	VII	24.418 €	24.418 €	0 €
Vorschlag:	0,58	Registratori/in	VII	24.418 €	24.418 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung, Fristvermerk 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Durch Übernahme des Denkmalschutzes müssen zusätzlich die Denkmalschutzakten archiviert werden. Darüber hinaus sind die Kundenkontakte durch den Anstieg der Baukonjunktur gestiegen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Ziel ist die Verkürzung von Wartezeiten für die Bürger und der Transportzeiten der Bauakten.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Einnahmen der kostenpflichtigen Auskünfte**

Stellungnahme: **Mit Übernahme des Denkmalschutzes sind die Fallzahlen in der Registratur gestiegen. Der Stellenbedarf ist nachvollziehbar und durch Mehreinnahmen gedeckt. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Bauordnungsbehörde**
 lfd. Nr. **74**
 Tätigkeitsbereich **Bauüberwachung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Bauingenieur/in	IV a/III	129.600 €	0 €	129.600 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung, Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Durch die Novellierung der BayBO 2008 und 2009 sowie der Versammlungsstättenverordnung, der Änderung der Energieeinsparverordnung 2009, durch Übernahme der Überwachung der Wohnungsprostitution, die Zuordnung der Unteren Denkmalschutzbehörde 2009, durch den Vollzug des Kinderförderungsgesetzes sowie den Vollzug des EEWärmeG ist die Anzahl der Vorgänge im Bereich der Bauüberwachung (Nutzungsuntersagungen, Beseitigungsanordnungen, Ordnungswidrigkeiten, Bußgeldbescheide, etc.) stark angestiegen. Zusätzlich wurde der BoB der Vollzug des EEWärmeG, das den Einsatz von erneuerbaren Energien zur Wärmeversorgung regelt, übertragen**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Ziel ist die Einhaltung und Überwachung der gesetzlichen Vorgaben, die Durchführung der Feuerbeschau und der sofortige Eingriff bei erheblicher Gefahr für Leben und Gesundheit.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Anzahl der Überprüfung von Bauten, Aufgriffen und Nachweisen**

Stellungnahme: **Durch die o.g. Veränderungen der gesetzlichen Vorgaben sind die Fallzahlen im Bereich der Bauüberwachung seit 2009 nachvollziehbar gestiegen. Inwieweit nun die Übertragung des Vollzugs des EEWärmeG zu einer weiteren Fallzahlensteigerung führt, soll abgewartet werden. Deshalb wird vorerst die Schaffung einer der beantragten Stellen mit Fristvermerk F 12.13 begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **75**
 Tätigkeitsbereich **Bautechnisches Umweltmanagement**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Bautechniker/in	V bM	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die personelle Ausstattung (640.1210, 1,0 VK, aber nur 0,5 VK wegen Freistellung für PR-Tätigkeit, 640.1220, 0,5 VK) ist aufgrund gestiegener Aufgaben nicht ausreichend.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Die Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiter ist auf ein gesundheitlich vertretbares Maß zu reduzieren, so dass überlastungsbedingte Krankheitsfehlzeiten vermieden werden können.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Es wird empfohlen zu prüfen, ob durch Umschichtungen innerhalb von H dieser Bereich entlastet werden kann. Die Stellenkapazität aufgrund der Freistellung für PR-Tätigkeit kann jederzeit besetzt werden. Eine darüber hinausgehende Stellenschaffung kann aufgrund der Haushaltssituation leider nicht begutachtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **76**
 Tätigkeitsbereich **Fachübergreifende Aufgaben**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in (Brandschutz)	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in (Brandschutz)	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in (VOF)	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in (VOF)	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
beantragt:	1,00	Ingenieur/in Bauphysik	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in (VOF)	V b/IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung, Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Bauphysik: Grundlage für den Stellenbedarf sind die permanent steigenden bauphysikalischen Anforderungen an qualitätsgerechtes Bauen.**
Brandschutz: Die gesetzliche Grundlage des Baurechts in Bezug auf den vorbeugenden Brandschutz hat sich gravierend geändert. Es sind mittelfristig dringend entsprechende Umbaumaßnahmen notwendig, um die Einrichtungen weiter betreiben zu können
VOF: Aufgrund des hohen Investitionsbedarfes der Stadt Nürnberg werden sehr viele freiberufliche Leistungen an externe Architekten und Fachingenieure vergeben (ca. 80%).

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Bauphysik: Steigerung der Gebäudequalität und Vermeidung von langfristigen Unterhaltskosten**
Brandschutz: Abwendung von Gefahr bei der Nutzung von Bestandsgebäuden, Vermeidung von Schließungen aufgrund erheblicher Gefahr.
VOF: Verkürzung der Bearbeitungs- und Verhandlungszeiten, vermehrte Ausschreibung für freiberufliche Leistungen auch bei geringen verhandelbaren Honorarparametern

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme:

Bauphysik: Diese Aufgaben werden bereits im Hochbauamt durch das Kommunale Energiemanagement wahrgenommen. Die Schaffung einer weiteren Stelle in einem anderen Bereich ist organisatorisch nicht zu vertreten. Die Schaffung der beantragten Kapazität kann vor diesem Hintergrund nicht begutachtet werden.
Brandschutz: Die materiellen Anforderungen an den Brandschutz aufgrund der Novellierungen der BayBO sind in den letzten Jahren ausgeweitet worden. Mit der beantragten Kapazität könnte gezielt brandschutztechnische Kompetenz ausgebaut werden. Dadurch könnten bei extern erstellten Brandschutzkonzepten kostenreduzierende Kompensationsmaßnahmen vorgeschlagen werden sowie kleinere Brandschutzkonzepte intern erstellt werden, wenn dies kostengünstiger erscheint. Die Wirtschaftlichkeit dieser Stelle ist alle 2 Jahre nachzuweisen. Die Schaffung der beantragten Stelle mit Fristvermerk 12.13 wird begutachtet.
VOF: Die Anzahl der Verträge ist seit 2007 von 78 auf 132 Fälle gestiegen. Der zusätzliche Personalbedarf ist deshalb nachvollziehbar. Die Fallzahlen sind alle 2 Jahre zu überprüfen. Die Schaffung der beantragten Stelle mit Fristvermerk 12.13 wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **77**
 Tätigkeitsbereich **ÖPP-Maßnahmen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Bauingenieur/in	IV a/III	129.600 €	0 €	129.600 €
Vorschlag:	2,00	Bauingenieur/in	IV a/III	129.600 €	0 €	129.600 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Mit Vermerk vom 10.09.2010 hat Referat VI die notwendige Personalkapazität für die geplanten neuen ÖPP-Projekte dargestellt und beantragt. Dies sind folgende Maßnahmen;**
 - Neubau der Grundschule St. Leonhard und verschiedener KiTas
 - Neubau des Förderzentrums Paul-Moor Schule
 - Neubau einer Real- und Fachoberschule
Die notwendigen Personalkapazitäten für das Hochbauamt wurden anhand der für ÖPP-Projekte notwendigen Teilleistungen nach HOAI berechnet. Dies bedeutet im Einzelnen, dass folgende Stellenkapazitäten benötigt werden;
Für das Jahr 2011 müssen neben den bestehenden befristeten Stellen, die auch das laufende Projekt betreuen, zusätzlich zwei weitere Stellen geschaffen werden. Für das Jahr 2012 wird zu dieser Kapazität zusätzlich ein Versorgungs- bzw. Elektroingenieur benötigt. Ab 2013 erhöht sich der Personalbedarf um weitere zwei Stellen. Anschließend reduziert sich der Bedarf, sodass dann für die Betriebsphase aller ÖPP-Projekte insgesamt eine Stelle benötigt wird.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Der Stadtrat hat am 15.12.2010 beschlossen, den Neubau einer staatlichen Realschule und Fachoberschule mit Dreifachturnhalle sowie den Neubau Förderzentrum Merseburger Straße (Paul-Moor-Schule) mit Dreifachturnhalle in Form einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft und den Neubau der Volksschule Schweinauer Straße mit Zweifachturnhalle in Form einer Öffentlich-Öffentlichen-Partnerschaft durch die WBG-K zu realisieren. Zur Abwicklung der laufenden ÖPP-Projekte wird 1,0 VK (bis Ende 2012), zur Betreuung der weiteren Projekte während der Planungsphase (2011-2012) werden 3,0 VK (bis Ende 2012) und für die anschließende Bauphase (2013-2015) werden 4,0 VK Stellen begutachtet. Für die Bewirtschaftungsphase der bisherigen ÖPP-Projekte ist die geforderte Personalkapazität nicht nachvollziehbar, da bisher Kapazitäten für die Bauunterhaltung im Hochbauamt vorgehalten wurde.**
Nachdem bei 2 Stellen die Fristvermerke verlängert wurden, werden somit zwei weitere Stellen mit Fristvermerk (F 12.15) zur Schaffung begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **78**
 Tätigkeitsbereich **Projektsteuerung von Baumaßnahmen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Im Rahmen der Verhandlungen der High Level Group wurde der Personalbedarf der Projektsteuerung mit 4 Stellen verifiziert. Zum Haushalt 2010 wurden davon 2 Stellen geschaffen. Die Dienststelle beantragt nun die Schaffung der noch ausstehenden 2 Stellen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Ziel ist , durch Projektsteuerung bei komplexen Baumaßnahmen Kostensteigerungen durch gezielte Kompensationsmaßnahmen zu vermeiden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Für ein wirkungsvolles Baukostencontrolling ist eine maßnahmenbezogene Projektsteuerung notwendig. Nachdem noch kein IT-gestütztes Baukostencontrolling installiert ist sowie im Hinblick auf die aktuelle Haushaltssituation kann derzeit eine Begutachtung weiterer Kapazität leider nicht vorgeschlagen werden. Zudem sollte zunächst eine Auswertung der bisherigen Erfahrungen erfolgen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **79**
 Tätigkeitsbereich **Bereich Bau**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IIG	69.800 €	0 €	69.800 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	IIG	69.800 €	0 €	69.800 €
beantragt:	7,00	Bauingenieur/in	IV a/III	453.600 €	0 €	453.600 €
Vorschlag:	3,00	Bauingenieur/in	IV a/III	194.400 €	0 €	194.400 €
beantragt:	1,00	Bautechniker/in	VII/VI b	42.100 €	0 €	42.100 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	4,00	Bauzeichner/in	VIII/VII	160.000 €	0 €	160.000 €
Vorschlag:	1,00	Bauzeichner/in	VII/VI b	42.100 €	0 €	42.100 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung, Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die aktuelle MIP-Fortschreibung 2012-2015 lässt erkennen, dass das Investitionsvolumen für Hochbaumaßnahmen im laufenden Jahr und in den Folgejahren nach wie vor hoch bleibt. Zusätzlich stehen insgesamt 4 Projektentwicklungen an, die teilweise kurzfristig bearbeitet werden müssen und für die keine Personalkapazität zur Verfügung steht:**

- Generalsanierung und Erweiterung bzw. Neubau Schulzentrum Südwest
- Generalsanierung bzw. Neubau Bertolt-Brecht-Schule
- Kulturzentrum "Auf AEG"
- Umbau und Sanierung des Opernhauses

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Neben dem hohen Investitionsvolumen für Baumaßnahmen sind zusätzlich umfangreiche Projektentwicklungen im Schul- und Kulturbereich durchzuführen. Dafür wird Personalkapazität im Umfang von 4,0 Bauingenieurstellen und 1,0 Bauzeichnerstelle zur Verfügung gestellt. Die Schaffung der beantragten Stellen im genannten Umfang wird begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **80**
 Tätigkeitsbereich **Bereich H/T-EL, Starkstromtechnik**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Ingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die aktuelle MIP-Fortschreibung 2012-2015 lässt erkennen, dass das Investitionsvolumen für Hochbaumaßnahmen im laufenden Jahr und in den Folgejahren nach wie vor hoch bleibt. Zusätzlich stehen insgesamt 4 Projektentwicklungen an, die teilweise kurzfristig bearbeitet werden müssen und für die keine Personalkapazität zur Verfügung steht.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Abwicklung der beschlossenen Baumaßnahmen, Einhaltung der vorgegebenen Qualitäts- und Energiestandards**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Durchführung der Baumaßnahmen innerhalb des vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmens ohne Überschreitung der üblichen Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiter**

Stellungnahme: **Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation können leider über die bisher begutachtete Personalkapazität keine weiteren Stellenschaffungen begutachtet werden, zumal der unabweisbare Bedarf nicht eindeutig nachvollziehbar dargelegt werden konnte.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **81**
 Tätigkeitsbereich **Bereich H/T-MST, Maschinen- und Sanitärtechnik**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Ingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Techniker/in	V bM	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die aktuelle MIP-Fortschreibung 2012-2015 lässt erkennen, dass das Investitionsvolumen für Hochbaumaßnahmen im laufenden Jahr und in den Folgejahren nach wie vor hoch bleibt. Zusätzlich stehen insgesamt 4 Projektentwicklungen an, die teilweise kurzfristig bearbeitet werden müssen und für die keine Personalkapazität zur Verfügung steht:**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Abwicklung der beschlossenen Baumaßnahmen, Einhaltung der vorgegebenen Qualitäts- und Energiestandards**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Durchführung der Baumaßnahmen innerhalb des vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmens ohne Überschreitung der üblichen Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiter**

Stellungnahme: **Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation können leider über die bisher begutachtete Personalkapazität keine weiteren Stellenschaffungen begutachtet werden, zumal der unabweisbare Bedarf nicht eindeutig nachvollziehbar dargelegt werden konnte.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **82**
 Tätigkeitsbereich **Bereich H/T-SKT, Sicherheits- und Kommunikationstechnik**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Ingenieur/in Schwachstrom	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Ingenieur/in Schwachstrom	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
beantragt:	2,00	Fernmeldemonteur/in	LGr. 7/8a	94.600 €	0 €	94.600 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung, Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die aktuelle MIP-Fortschreibung 2012-2015 lässt erkennen, dass das Investitionsvolumen für Hochbaumaßnahmen im laufenden Jahr und in den Folgejahren nach wie vor hoch bleibt. Darüber hinaus ist der Arbeitsumfang aufgrund geänderter und verschärfter Vorschriften erheblich gestiegen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Abwicklung der beschlossenen Baumaßnahmen, Einhaltung der vorgegebenen Qualitäts- und Vorschriftenstandards**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Durchführung der Baumaßnahmen innerhalb des vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmens ohne Überschreitung der üblichen Arbeitsbelastung der einzelnen Mitarbeiter**

Stellungnahme:

Im Zusammenhang mit dem hohen Investitionsvolumen sind auch Brandschutzsanierungen durchzuführen. Dabei muss verstärkt die Fachkompetenz des Bereichs Sicherheits- und Kommunikationstechnik in Anspruch genommen werden. Hierfür ist Personalkapazität im Umfang von 1,0 VK erforderlich. Die Schaffung der beantragten Ingenieur/in-Stelle mit Fristvermerk F 12.13 wird begutachtet. Aufgrund der aktuellen Haushaltssituation können leider keine weiteren Stellenschaffungen begutachtet werden.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wohnen und Stadterneuerung**
 lfd. Nr. **83**
 Tätigkeitsbereich **Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes für das Jahr 2025**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 12	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: Die SPD-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 19.05.2011 den Antrag gestellt, die Verwaltung möge ein Stadtentwicklungskonzept für das Wohnen und die Wohnqualität in den Nürnberger Stadtteilen für das Jahr 2025 erarbeiten und dem Stadtrat zeitnah vorlegen. Diese Vorlage ist für das Jahr 2013 geplant.

Im Vorfeld soll hierzu kurzfristig ein zeitliches Beantwortungskonzept erstellt und vorgelegt werden. Dies ist für den AfS im September 2011 vorgesehen.

Die Aufgabe, ein umfassendes Wohnungsentwicklungskonzept bis 2025 zu entwerfen, wird der Abteilung Stadtentwicklung und -erneuerung zufallen. In diesem Bereich sind bereits u.a. über das Projekt koopstadt, Stadtumbau West sowie über weitere laufende Stadtentwicklungskonzepte erhebliche Personalkapazitäten gebunden. Der neue zusätzliche Arbeitsauftrag kann daher mit dem vorhandenen Personal zeitnah nicht bewältigt werden. Hierfür ist zusätzliches Personal erforderlich.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: Die Stellenkapazität wird nicht direkt im Rahmen des o.a. Arbeitsauftrages eingesetzt. Durch Übernahme anderer Aufgaben in der Abteilung und Unterstützung der vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll jedoch Personalkapazität freigesetzt werden, um das Stadtentwicklungskonzept „Wohnen im Jahr 2025“ bis 2013 fertigstellen zu können.

Kennzahlen für Zielerreichung: Vorlage des Stadtentwicklungskonzeptes im Stadtrat im Jahr 2013.

Stellungnahme: Im März 2010 wurden im Amt für Wohnen und Stadtentwicklung die beiden Abteilungen Stadterneuerung und Stadtentwicklung zusammengelegt. Damit konnten die Inhalte der Stadtentwicklung stärker mit den Inhalten der Stadterneuerung verknüpft und die Aufgabenerfüllung und Projektarbeit effizienter gestaltet werden. Die Abteilung Stadtentwicklung (inkl. Stadterneuerung) umfasst derzeit 13,50 Vollkraftstellen.

Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung zusätzlicher Personalkapazität ohne Deckung nicht erfolgen. Es wird empfohlen, durch Schwerpunktverlagerungen und andere arbeitsorganisatorische Maßnahmen Personalressourcen für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes für das Jahr 2025 im Rahmen der im Stellenplan vorgesehenen Stellenkapazität abzustellen.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wirtschaft**
 lfd. Nr. **84**
 Tätigkeitsbereich **Projekt Hauptschulpower**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	69.800 €	0 €	69.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Zur Förderung von Hauptschülern, zur Stärkung deren Selbstbewusstseins, Hebung der Leistungsfähigkeit und Motivation legte die defacto-Stiftung das Projekt „Hauptschulpower“ für Stadt und Region auf. Die Stadt Nürnberg unterstützt diese Privatinitiative und das soziale Engagement aus der Wirtschaft seit November 2009 mit der Zurverfügungstellung von überplanmäßigen Personalressourcen im Umfang einer Vollstelle.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Im Rahmen des Projekts sollen Hauptschüler befähigt werden, ihren Schulabschluss erfolgreich zu absolvieren und „fit“ für einen Lehrberuf werden. Hiermit werden die Qualifizierungs-, Berufsausbildungs- und späteren Beschäftigungschancen von Jugendlichen gefördert.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Anzahl der durchgeführten Förderkurs,
 Anzahl der geförderten Jugendlichen, Quote der Schulabbrecher, „Durchfaller“, Quote der nicht im Lehrstellenmarkt unterkommenden Jugendlichen**

Stellungnahme: **Das Projekt Hauptschulpower wurde in der Vergangenheit durch das Wirtschaftsreferat (Ref. VII/RK) betreut. Das bei Ref.VII/RK vorhandene Know-how für die Mitarbeit im Projekt Hauptschulpower wurde der defacto.stiftung zur Verfügung gestellt.
 Zwischenzeitlich wurde durch das Bildungsbüro/Regionales Übergangsmanagement (RÜM) das Konzept "Nürnberger Modell: Übergang Schule und Berufliche Ausbildung" entwickelt. Dieses Gesamtkonzept wurde am 26.05.2011 in gemeinsamer Sitzung vom Jugendhilfeausschuss und vom Schulausschuss beschlossen. Die Verwaltung wurde mit der weiteren Weiterführung des Konzepts beauftragt.
 Das Projekt "Hauptschulpower" überschneidet sich hinsichtlich Zielsetzung und Zielgruppe dem Konzept des Bildungsbüros.
 Die Schaffung der beantragten Kapazität kann vor diesem Hintergrund nicht begutachtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wirtschaft**
 lfd. Nr. **85**
 Tätigkeitsbereich **Geschäfts- /Betriebsleiter/in Personenschiffahrtshafen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Geschäfts-/Betriebsleiter/in	IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	0,00			0 €		

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Zum 01.01.2011 wurde für die bisherige Anlegestelle für Kabinenschiffe bzw. den künftigen Personenschiffahrtshafen ein Betrieb gewerblicher Art gebildet, der bei WiV angesiedelt ist. Derzeit wird die Anlegestelle für Kabinenschiffe im Rahmen der Grundstücksverwaltung bei LA betreut. Durch den Ausbau zum Personenschiffahrtshafen gestaltet sich der Betrieb künftig vielfältiger. Es ist gesonderte Personalkapazität erforderlich. Der Betrieb erzielt in 2010 einen Überschuss von 147.000 €.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Leitung und Betrieb des Personenschiffahrtshafens, kaufmännische Betriebsführung, Weiterentwicklung und Stärkung der Destination "Nürnberg" im Bereich der Flusskreuzschiffahrt.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Verlustfreier Betrieb des Personenschiffahrtshafens
 Steigerung der Anlegezahlen und Passagierzahlen/Besucher Nürnbergs
 Marketing/Imagesteigerung Nürnbergs als "Touristische Hafenstadt"
 Positionierung Nürnbergs als Start-/Zielort für Flusskreuzschiffahrtreisen
 Generierung von Zusatzübernachtungen in Nürnberg vor und im Nachgang der Schiffsreisen**

Stellungnahme: **Die Deckung der Kosten der beantragten Stellenkapazität kann nach Prüfung der Haushaltsansätze für 2011 und 2012 nicht bestätigt werden. Die anfallenden Personalkosten würden eine zusätzliche Belastung für den städtischen Haushalt darstellen. Von Mehrerträgen in 2012 kann nicht ausgegangen werden, da der Ausbau der Hafenanlage noch nicht realisiert wurde. Zwischen Herrn Ref.VII, Herrn Ref.I und Herrn Ref. II wurde in einem Gespräch am 17.08.2011 festgelegt, dass zunächst zu prüfen ist, ob die anfallenden Aufgaben u. U. auch von der Hafen Nürnberg-Roth GmbH übernommen werden könnten, da dies vermutlich wirtschaftlicher ist. Vor diesem Hintergrund kann die Schaffung einer Stelle ohne Deckung nicht begutachtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Nürnberg Stift**
 lfd. Nr. **86**
 Tätigkeitsbereich **Betreuungskräfte gemäß § 87b SGB XI**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	11,00	Betreuungskraft n. § 87 b SGB XI	IX	349.800 €	349.800 €	0 €
Vorschlag:	11,00	Betreuungskraft n. § 87 b SGB XI	IX	349.800 €	349.800 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom 08.05.2008 wurde mit § 87b SGB XI eine zusätzliche finanzielle Regelung für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf geschaffen. Danach haben vollstationäre Pflegeeinrichtungen einen Anspruch auf Zahlung leistungsgerechter Zuschläge zur Pflegevergütung, sofern die besondere Betreuung der Heimbewohner erbracht wird. Im Werkausschuss NüSt wurde hierüber am 03.04.2009 und am 02.07.2009 berichtet. Die Verhandlungen mit den Pflegekassen ergaben die Finanzierung einer Vollzeitstelle für je 25 anspruchsberechtigte Heimbewohnende. Ende 2009 wurde mit dem Personalauswahlverfahren begonnen. Die Personalkosten werden zu 100 % durch die Pflegekassen finanziert. Für den ermittelten Bedarf werden derzeit bei NüSt insgesamt Stellen im Umfang von 11 VK benötigt, die als Pool "zusätzliche Demenzbetreuung" eingerichtet werden sollen.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme:

Die zusätzlichen Betreuungsmaßnahmen sind sicher sehr wünschenswert. Die Finanzierung ist über eine vertragliche Regelung mit der Pflegekasse gesichert. Die Stellen werden daher begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
Dienststelle **Nürnberg Stift**
Ifd. Nr. **87**
Tätigkeitsbereich **Antrag zurückgezogen**

Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
------------------	----------------------	---------------	--------	---------	-----------

beantragt: Vorschlag:

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise:

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des **0**
Stellenbedarfes:

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für **0**
Zielerreichung:

Stellungnahme:

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb**
 Ifd. Nr. **88**
 Tätigkeitsbereich **Abfallwirtschaft**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	4,00	Fahrer/in	LGr. 4/5 a	168.400 €	168.400 €	0 €
Vorschlag:	4,00	Fahrer/in	LGr. 4/5 a	168.400 €	168.400 €	0 €
beantragt:	4,00	Müllauflader/in	LGr. 2/3a	160.000 €	160.000 €	0 €
Vorschlag:	4,00	Müllauflader/in	LGr. 2/3a	160.000 €	160.000 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 03.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Im Rahmen der Übertragung der Aufgaben 'Einsammeln und Transport von Abfällen' im Gemeindegebiet Stein vom Landkreis Fürth auf die Stadt Nürnberg wurde eine Zweckvereinbarung (25.03.2004) abgeschlossen, die neben der Übertragung der Aufgaben auch die Übernahme des dadurch beim Landkreis Fürth freigesetzten Personals beinhaltet. Das übernommene Personal wurde bislang überplanmäßig geführt. Die Stellen sollen befristet werden bis zum Ablauf der Zweckvereinbarungs-Mindestlaufzeit am 24.03.2014. Die Kosten werden vom Landkreis Fürth in vollem Umfang erstattet.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten bis zum Ablauf der Mindestlaufzeit der Zweckvereinbarung (24.03.2014) einen Fristvermerk (F 03.14).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **89**
 Tätigkeitsbereich **Erster Werkleiter - Werkleitungsbüro**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,30	Verwaltungsfachkraft	V c/IV b	14.190 €	0 €	14.190 €
Vorschlag:	0,30	Verwaltungsfachkraft	V c/IV b	14.190 €	14.190 €	0 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan, Fristvermerk F 04.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Mit der Gründung des Eigenbetriebs SÖR ist ein wesentlich höherer Koordinierungsaufwand innerhalb der Zuarbeit und des Sekretariats des 2. BM/ SÖR-WL1 entstanden. Dafür standen bislang überplanmäßige Kapazitäten in Form von 0,5 Sachbearbeiter/in (BGr. A 11) und 12 WAS in VGr. V c/V b zur Verfügung. Nachdem sich an der Auslastungssituation beim 2. BM/ SÖR-WL1 nichts geändert hat und absehbar ändern wird, ist der beantragte Stellenbedarf dauerhaft notwendig.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme:

Der erhöhte Koordinierungsaufwand bei Herrn 2. BM in seiner Funktion als Ersten Werkleiter des SÖR ist nachvollziehbar. Insbesondere für den Bereich des Sekretariatsdienstes kann der beantragte Umfang nachvollzogen werden. Deshalb wird die beantragte Erhöhung um 12 WAS (0,30 VK) begutachtet.

Für die sich aus der Geschäftsanweisung für die Werkleitung ergebenden Aufgaben für den Ersten Werkleiter (Vertretung des Eigenbetriebs im Stadtrat, Ausschüssen, Kommissionen etc.) fallen ebenfalls zusätzliche Koordinierungs- und Verwaltungstätigkeiten an.

Derzeit wird im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsbeschlusses Nr. 13 aus 2009 (Einsparungen in der Kernverwaltung durch die Gründung von SÖR) geprüft, ob bei Ref. VI Einsparungen eingetreten sind. In diesem Kontext soll ebenfalls geprüft werden, ob zum Ersten Werkleiter SÖR weitere Kapazitäten verlagert werden müssen.

Im Hinblick auf mögliche strukturelle Veränderungen in den Geschäftsbereichen i. R. der 3. Stufe der Haushaltskonsolidierung erhalten die Stellen einen Befristungsvermerk F 04.14.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **90**
 Tätigkeitsbereich **Werkleitungsbüro**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,64	Sachbearbeiter/in Werkausschuss	V c	30.272 €	0 €	30.272 €
Vorschlag:	0,64	Sachbearbeiter/in Werkausschuss	V c	30.272 €	30.272 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan ; Fristvermerk F12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Stellenplan des SÖR weist seit seiner Gründung wesentlich weniger Planstellen aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde. Mit Bezug des neuen Betriebsgebäudes werden Synergieeffekte im Sekretariatsbereich der Werkleitung geprüft.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Tatsache, dass der Betrieb noch auf viele Standorte verteilt ist, erfordert auch im Werkleitungsbüro einen erhöhten Koordinierungs- und Abstimmungsaufwand. Mit der weitgehenden Konzentration auf ein neues Betriebsgebäude 2015 ergeben sich Synergieeffekte. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält bis zur geplanten Fertigstellung des neuen Betriebsgebäudes einen Fristvermerk bis F 12.15.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **91**
 Tätigkeitsbereich **Verwaltung - Beitragswesen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,26	Sachbearbeiter/in	A 11	16.848 €	0 €	16.848 €
Vorschlag:	0,26	Sachbearbeiter/in	A 10	14.950 €	14.950 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Eine VK-Stelle in diesem Bereich ist mit zwei Teilzeitkräften besetzt. Einer Teilzeitbeschäftigten wurde der Antrag auf Erhöhung der WAS um 11 WAS bis 12/15 genehmigt. Die erhöhte Kapazität wird für eine Springerfunktion genutzt.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die beantragte Kapazitätserhöhung wird bis zum vertraglichen Ende der WAS-Erhöhung begutachtet. Sie erhält im Umfang von 0,26 VK einen Fristvermerk F12/15.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **92**
 Tätigkeitsbereich **Verwaltung - Finanzen- und Rechnungswesen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c/V b	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	47.300 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Bei der Gründung des SÖR wurde die im Mummert-Gutachten ausgewiesene Struktur des Sachgebietes Finanzen und Rechnungswesen nur in groben Zügen dargestellt. Die neuen Aufgaben, die neue Betriebsstruktur sowie eine neu entwickelte SAP-Struktur machen entsprechende zusätzliche, dauerhafte Kapazitäten in der SÖR-Verwaltung erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Wahrnehmung der bisher überplanmäßig wahrgenommen Aufgaben gerade im Bereich der Straßenreinigung (Abrechnung von Sondereinsätzen, Abwicklung von Ordnungswidrigkeiten) ist dauerhaft notwendig.
Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **93**
 Tätigkeitsbereich **Verwaltung - Zentrale Aufgaben**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Reinigungskraft	LGr. 1/2 a	38.400 €	0 €	38.400 €
Vorschlag:	1,00	Reinigungskraft	LGr. 1/2 a	38.400 €	38.400 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; Fristvermerk F 10.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die bereits bei ASN überplanmäßig geführte Reinigungskraft wurde von SÖR übernommen. Ab 31.10.2013 tritt die Stelleninhaberin in die Freistellungsphase der Altersteilzeit ein, danach werden die Arbeiten an Dritte vergeben.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Im Rahmen der Bereinigung des Stellenplans wird die Schaffung der beantragten Stelle/n begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk F 10/13.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **94**
 Tätigkeitsbereich **Verwaltung - Zentrale Aufgaben, Personal**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,77	Sachbearbeiter/in Liegenschaftsverwaltung	V c	36.421 €	0 €	36.421 €
Vorschlag:	0,77	Sachbearbeiter/in Liegenschaftsverwaltung	V c	36.421 €	36.421 €	0 €
beantragt:	1,00	Verwaltungsfachkraft	VI b	43.300 €	0 €	43.300 €
Vorschlag:	1,00	Verwaltungsfachkraft	VI b	43.300 €	43.300 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan, Sachbearbeiter/in Liegenschaftsverwaltung Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **In den Eigenbetrieb SÖR ging die ehemals für die Liegenschaftsverwaltung des Bauhofs bestehende Stelle mit ein. SÖR wurden zahlreiche Liegenschaften von GBA, ASN und BANOS übertragen, für deren Verwaltung die Kapazität einer Stelle nicht mehr ausreichend ist.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs, Ordnungsgemäße Verwaltung und wirtschaftliche Unterhaltung der SÖR-Liegenschaften**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die zusätzlichen Kapazitäten sowohl für die Personalsachbearbeitung als auch für die Liegenschaftsverwaltung sind dauerhaft notwendig, da SÖR im Rahmen der Gründung die notwendigen Kapazitäten nicht in vollem Umfang erhalten hat. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Die Stelle des Sachbearbeiters für die Liegenschaftsverwaltung erhält im Hinblick auf den geplanten Bezug des zentralen Betriebsgebäudes einen Fristvermerk (F 12.15)**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **95**
 Tätigkeitsbereich **Planung und Bau - Elektrotechnik**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b/IV c	21.650 €	0 €	21.650 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	21.650 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan, Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Stellenplan des SÖR weist seit seiner Gründung für den Bereich der Verwaltung wesentlich weniger Planstellen aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde; deshalb ist die beantragte Kapazität dauerhaft notwendig.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Entlastung der Techn. Mitarbeiter/innen von Verwaltungsaufgaben**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Anzahl Rechnungen, Anzahl der Vorgänge**

Stellungnahme: **Die beantragte Stelle resultiert aus der entsprechenden Aufgabenerledigung durch überplanmäßige Kapazität und steht in keinem direkten Zusammenhang mit der SÖR-Gründung. Die Erledigung von Verwaltungsaufgaben durch die überplanmäßige Mitarbeiterin bedeutet in der Tat eine Entlastung der Techn. Mitarbeiter/innen am Standort Donaustraße . Mit der weitgehenden Konzentration auf ein neues Betriebsgebäude im Jahr 2015 werden Synergieeffekte insbesondere im Verwaltungsbereich erwartet. Deshalb wird im Hinblick auf den voraussichtlichen Bezug der SÖR-Zentrale die Schaffung der Stelle in beantragtem Umfang mit Frist F 12/15 begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 Ifd. Nr. **96**
 Tätigkeitsbereich **Planung und Bau Grün**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachgebietsleiter/in	I b	81.500 €	81.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachgebietsleiter/in	I b	81.500 €	81.500 €	0 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Ziel ist, die Vergabequote von Planungsleistungen von 71% auf rund 40% zu reduzieren. Dadurch werden sowohl quantitative als auch qualitative Verbesserungen erwartet. Deshalb und im Hinblick auf das Arbeitsaufkommen der nächsten Jahre, das durch die unterschiedlichsten Förderprogramme und beschlossenen Schwerpunktthemen für eine weitere konstante Arbeitsauslastung im Bereich SÖR/1-G sorgt, sind zwei zusätzliche Stellen (1 Sachgebietsleiter/in, 1 Sachbearbeiter/in) erforderlich. Nachdem bei der Gründung des SÖR die damalige Sachgebietsleiterstelle des Bereichs 'Planung und Bau' bei GBA als Abteilungsleiterstelle im SÖR herangezogen wurde, haben sich SÖR, PA und OrgA bereits Ende 2008 einvernehmlich auf die Notwendigkeit der Einrichtung einer Sachgebietsleiterstelle für den Bereich 'Planung und Bau Grün' verständigt. Die Beantragung von weiteren 0,61 Stellenanteilen Sachbearbeiter/in ergeben sich aus der Überführung einer überplanmäßigen Kapazität mit 24 WAS, die befristet bis 12/13 notwendig ist für die Erarbeitung von Planungen und Projektbegleitung bei Vergaben.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Einsparung von (Vergabe)kosten**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **werden derzeit erarbeitet**

Stellungnahme:

Das verfolgte Ziel, das Verhältnis von Vergaben zu Gunsten der Eigenerledigung zu verschieben und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, ist zunächst als Projekt auf 3 Jahre angelegt und soll jährlich evaluiert werden. Auf dieser Basis wird nach Ablauf der Projektdauer über die dauerhafte Fortführung entschieden.

Die Schaffung der beantragten Stelle der Sachgebietsleitung wird bereits jetzt dauerhaft begutachtet, da der Bereich 'Planung und Bau Grün' seit Gründung des SÖR ohne Sachgebietsleitung ist. Die bis dahin entsprechende Stelle im GBA wurde für die übergeordnete Abteilungsleitung 'Planung und Bau' herangezogen.

Die Schaffung der beantragten Sachbearbeiter/innenstelle wird ebenfalls dauerhaft begutachtet. Allerdings erhält im Gegenzug dazu die Stelle Nr. 850.2122, VGr. IVa/III, aus dem gleichen Bereich einen kw-Vermerk, da der Stelleninhaber 2014 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit geht.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **97**
 Tätigkeitsbereich **Planung und Bau - Straße**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in Vertragswesen, Investorenprojekte	A 14	81.500 €	0 €	81.500 €
Vorschlag:	1,00	SB Vertragswesen, Investorenprojekte	A 14	81.500 €	81.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aufgrund der hohen Zahl an abzuschließenden Verträgen (Vorhabens- und Erschließungsverträge, Städtebauliche Verträge) und dem erheblichen Zeitdruck auf der Investorensseite ist die überplanmäßige Kapazität dauerhaft notwendig.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Aufgaben werden derzeit überplanmäßig wahrgenommen, sind aber auf Dauer notwendig und im Stellenplan zu verankern.
Deshalb wird die Schaffung der beantragten Stelle begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **98**
 Tätigkeitsbereich **Planung und Bau und Betrieb und Unterhalt**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,77	Verwaltungskraft	VII/VI b	32.417 €	0 €	32.417 €
Vorschlag:	0,77	Verwaltungskraft	VII/VI b	32.417 €	32.417 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Stellenplan SÖR weist seit seiner Gründung wesentlich weniger Planstellen im Verwaltungsbereich aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde. Mit Bezug des neuen Betriebsgebäudes werden Synergieeffekte in den Sekretariatsbereichen Werk-/Abteilungsleitungen geprüft.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Aufgrund der räumlichen Verteilung des Betriebs auf viele Standorte ergeben sich in den Abteilungen Kapazitätsbedarfe gerade in den Bereichen Verwaltungs-/Sekretariatsaufgaben. Deshalb wird die Schaffung der beantragten Stelle begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk bis zum geplanten Bezug der Betriebszentrale (F 12/15).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 Ifd. Nr. **99**
 Tätigkeitsbereich **Betrieb und Unterhalt - Werkstätten, Spieleinrichtungen, Baumpflege**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,38	Sachbearbeiter/in Georeferenzierung	VI b	16.454 €	0 €	16.454 €
Vorschlag:	0,38	Sachbearbeiter/in Georeferenzierung	VI b/V c	16.454 €	16.454 €	0 €
beantragt:	0,38	Sachbearbeiter/in Georeferenzierung	V bM	20.786 €	0 €	20.786 €
Vorschlag:	0,38	Sachbearbeiter/in Georeferenzierung	VI b/V c	16.454 €	16.454 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit für den Bereich Straßen - und Grünanlagenbäume und der Bäume in öffentlich zugänglichen städtischen Bereichen müssen die vorhandenen Bäume georeferenziert werden. Gleiches gilt auch für den Bereich der städtischen Spielplätze und Spieleinrichtungen. Die Aufnahmen sind noch nicht abgeschlossen und die vorhandenen Daten müssen weiter gepflegt werden.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Bis zur Zusammenfassung der Bestandserfassung und Bestandsverwaltung im zentralen Betriebsgebäude sind die beantragten Kapazitäten insbesondere zur Aufnahme der Daten noch notwendig.
 Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk F 12/15 bis zum voraussichtlichen Bezug des neuen Betriebsgebäudes.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 Ifd. Nr. **100**
 Tätigkeitsbereich **Betrieb und Unterhalt - Werkstätten, Baumpflege**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Verwaltungskraft	VIII/VII	40.000 €	0 €	40.000 €
Vorschlag:	1,00	Verwaltungskraft	VIII/VII	40.000 €	40.000 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; Fristvermerk F12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Stellenplan des SÖR weist seit seiner Gründung wesentlich weniger Planstellen im Verwaltungsbereich aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde. Die beantragte Kapazität ist befristet bis 12.15 für die Rechnungsbearbeitung der Baumpflegemaßnahmen notwendig. Mit Bezug des neuen Betriebsgebäudes werden Synergieeffekte durch die Zusammenlegung der Werkstätten im Bereich der Auftrags- und Rechnungsbearbeitung umgesetzt werden können.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Aufgrund der räumlichen Verteilung des Betriebs auf mehrere Standorte ergeben sich Kapazitätsbedarfe gerade in den Bereichen Verwaltungs-/Sekretariatsaufgaben. Deshalb wird die Schaffung der beantragten Stelle begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk bis zum geplanten Bezug der Betriebszentrale (F 12.15).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 Ifd. Nr. **101**
 Tätigkeitsbereich **Brückenbau und Wasserwirtschaft - Brückenbau**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €
beantragt:	1,00	Bautechniker/in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Bautechniker/in	V c/IV b	47.300 €	47.300 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung, Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Ziel ist es, die Vergabequote von Planungsleistungen von 74% auf rund 40% zu reduzieren zu Gunsten eines erhöhten Eigenerledigungsanteils, wovon sowohl qualitative als auch quantitative Verbesserungen erwartet werden. Hinzu kommt, dass aufgrund des großen Sanierungsbedarfs auch im MIP mehr Mittel für Brückensanierungen bereitgestellt werden. Aus diesen Gründen ist eine Erhöhung der Stellenkapazität in beantragtem Umfang unbedingt erforderlich..**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Einsparung von Kosten,**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **werden derzeit erarbeitet**

Stellungnahme: **Das verfolgte Ziel, das Verhältnis von Vergaben zu Gunsten der Eigenerledigung zu verschieben und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, ist zunächst als Projekt auf 3 Jahre angelegt und soll jährlich evaluiert werden. Auf dieser Basis wird nach Ablauf der Projektdauer über die dauerhafte Fortführung entschieden.
 Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten zunächst einen Fristvermerk für die Dauer von 3 Jahren bis 12/14.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **102**
 Tätigkeitsbereich **Brückenbau und Wasserwirtschaft - Hochwasserschutz**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bautechniker/in	V c/V b	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Bautechniker/in	V c/V b	47.300 €	47.300 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die Stelle ist notwendig aufgrund der Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes sowie des Bay. Wassergesetzes. Außerdem weist der Stellenplan des SÖR seit seiner Gründung wesentlich weniger Planstellen im Verwaltungsbereich aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde; deshalb ist die beantragte Kapazität bis 12.15 unbedingt notwendig. Mit dem Bezug eines zentralen Betriebsgebäudes werden mögliche Synergieeffekte geprüft.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Mindest Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zum Hochwasserschutz und zu Überschwemmungsgebieten, Sicherung einer ausreichenden Gefahrenabwehr bei Hochwasser.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Zur Sicherstellung der Mindest Erfüllung der Pflichtaufgabe Hochwassernachrichtendienst wird die Schaffung der beantragten Stelle begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk F 12.15 bis zum voraussichtlichen Bezug des zentralen Betriebsgebäudes, da sich bei der Konzentration auf einen zentralen Standort auch in den technischen Bereichen Synergieeffekte ergeben können.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **103**
 Tätigkeitsbereich **Koordinierungsstelle luK**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	DV-Sachbearbeiter/in	V c/IV b	47.300 €	47.300 €	0 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,50	Bauingenieur/in	IV a/III	97.200 €	0 €	97.200 €
Vorschlag:	1,50	Bauingenieur/in	IV a/III	97.200 €	97.200 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Stellenplan des SÖR weist seit seiner Gründung im Verwaltungsbereich wesentlich weniger Planstellen aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde; deshalb ist die beantragte Kapazität dauerhaft notwendig.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs.**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme:

Im Rahmen der Bildung des SÖR hat es eine Stellenverlagerung zum neu gebildeten Bezirk 6 gegeben. Zudem werden alle Instruktionen, die früher bei GBA dezentral bearbeitet wurden, jetzt zentral bei SÖR/V-5 koordiniert.
Deshalb wird die Schaffung der beantragten 1,5 Bauingenieurstellen begutachtet.
Für die beantragte Stelle des/der DV-Sachbearbeiters/in liegt keine (nachvollziehbare) Begründung vor, deshalb kann die Schaffung der Stelle nicht begutachtet werden.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **104**
 Tätigkeitsbereich **Straßen- u. Verkehrsrecht - Straßenaufsicht**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	A 8	23.650 €	0 €	23.650 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	A 8	23.650 €	23.650 €	0 €
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	A 8	23.650 €	0 €	23.650 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	0,25	Verwaltungskraft	VII	10.525 €	0 €	10.525 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die ordnungsgemäße Sachbearbeitung der Ausnahmegenehmigungen verschiedenster Art (z.B. Schwer- und Sondertransporte, Feriendreiseverordnung, Befreiung vom Sonn- und Feiertagsverbot etc.) konnte bisher nur durch überplanmäßige Kapazität erbracht werden; deshalb ist die Erhöhung der WAS auf den betroffenen drei Stellen dauerhaft erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Fallzahlentwicklung zeigt eine tendenzielle Steigerung, allerdings ist der beantragte Stellenumfang daraus nicht abzuleiten. Deshalb kann nur die Schaffung von 0,5 Stellenanteilen begutachtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **105**
 Tätigkeitsbereich **Straßenverkehr u. Wegerecht - Wegerecht und Planfeststellung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	0 €	27.350 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	27.350 €	0 €
beantragt:	0,83	Sachbearbeiter/in	A 11	53.784 €	0 €	53.784 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	0,64	Sachbearbeiter/in	VI b/IV c	27.712 €	0 €	27.712 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Stellenplan des SÖR weist seit seiner Gründung im Verwaltungsbereich wesentlich weniger Planstellen aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde; deshalb ist die beantragte Kapazität dauerhaft notwendig.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die beantragten Stellen resultieren aus der entsprechenden Aufgabenerledigung durch überplanmäßige Kapazitäten. Der beantragte Umfang ist jedoch nicht nachvollziehbar, da entsprechende Kennzahlen zur Beurteilung nicht zur Verfügung stehen. Deshalb wird zum jetzigen Zeitpunkt nur die Schaffung von 0,5 VK vorgeschlagen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **106**
 Tätigkeitsbereich **Verkehrsregelungstechnik**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Techn. Zeichner/in	VI b/V c	43.300 €	0 €	43.300 €
Vorschlag:	1,00	Techn. Zeichner/in	VI b	43.300 €	43.300 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Zur Umsetzung des Ziels einer zentralen Datenhaltung aller georeferenzierten Daten (EinGIS) muss das derzeit noch zum Großteil in Papierform geführte Leitungsnetz (Steuer- und Energiekabel) der Lichtsignalanlagen digitalisiert werden. Für diese Ersterfassung ist eine auf 2 Jahre befristete zusätzliche Zeichnerkapazität erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebes**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält im Hinblick auf den Abschluss der Erfassungsarbeiten einen Fristvermerk (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 Ifd. Nr. **107**
 Tätigkeitsbereich **Projekt Kreuzungsfreier Ausbau Frankenschneidweg**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Techn. Zeichner/in	VII/VI b	42.100 €	0 €	42.100 €
Vorschlag:	1,00	Techn. Zeichner/in	VII/VI b	42.100 €	0 €	42.100 €
beantragt:	1,00	SGL Konstruktiver Ing.bau	I b	81.500 €	0 €	81.500 €
Vorschlag:	1,00	SGL Konstruktiver Ing.bau	I b	81.500 €	0 €	81.500 €
beantragt:	1,00	Bauing. EKrG.Maßnahmen	IIG	69.800 €	0 €	69.800 €
Vorschlag:	1,00	Bauing. EKrG Maßnahmen	IIG	69.800 €	0 €	69.800 €
beantragt:	2,00	GL Elektroingenieur/in	III/II	145.200 €	0 €	145.200 €
Vorschlag:	2,00	GL Elektroingenieur/in	III/II	145.200 €	0 €	145.200 €
beantragt:	2,00	Bauingenieur/in/ Geologe/in	III/II	145.200 €	0 €	145.200 €
Vorschlag:	2,00	Bauingenieur/in/ Geologe/in	III/II	145.200 €	0 €	145.200 €
beantragt:	1,00	GL Landschaftsbau	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	1,00	GL Landschaftsbau	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in Straßenbau	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in Straßenbau	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
beantragt:	1,00	Elektroingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Elektroingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
beantragt:	1,00	Gartenbauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Gartenbauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
beantragt:	1,00	Techniker/in Elektrotechnik	V c/IV b	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Techniker/in Elektrotechnik	V c/IV b	47.300 €	0 €	47.300 €
beantragt:	1,00	Techniker/in Straßenbau	V c/IV b	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Techniker/in Straßenbau	V c/IV b	47.300 €	0 €	47.300 €
beantragt:	1,00	Teamassistent/in	VI b/IV c	43.300 €	0 €	43.300 €
Vorschlag:	1,00	Teamassistent/in	VI b/IV c	43.300 €	0 €	43.300 €
beantragt:	0,50	Techniker/in Umwelt	VI b/IV c	21.650 €	0 €	21.650 €
Vorschlag:	0,50	Techniker/in Umwelt	VI b/IV c	21.650 €	0 €	21.650 €

Stellungnahme von OrgA

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.17; Stellenvermerk x**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Zur Umsetzung des Großprojekts Frankenschnellweg sind die beantragten Stellen bis 12.20 unbedingt erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Umsetzung des Projekts FSW**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme:

Die bisherige Projektstruktur, die sich an den Planungsabschnitten Mitte und West orientiert hat, muss zu Gunsten einer ganzheitlichen Betrachtung des Projekts i. R. der Erstellung des Zuschussantrags durch eine gewerkebezogene Struktur ersetzt werden. Dadurch können die Teilabschnitte nicht, wie bisher geplant, zeitlich nacheinander abgewickelt werden. Mit dem Ende 2011/Anfang 2012 erwarteten Planfeststellungsbeschluss endet die Genehmigungsplanung. Für die Erstellung des Zuschussantrags ist eine detaillierte Planung und Beschreibung der Baumaßnahme notwendig sowie die Ermittlung der Baukosten anhand eines Kostenvoranschlags. Mit der Erlangung des Baurechts (Planfeststellungsbeschluss) sollen die zur weiteren Planung und Durchführung notwendigen Kapazitäten zur Verfügung stehen. Deshalb wird die Schaffung der Stellen im beantragten Umfang begutachtet. Sie erhalten zunächst einen Fristvermerk (F 12/17). Da der Stellenbedarf vom jeweiligen Projektfortschritt abhängt und zeitnah abrufbar sein muss, erhalten die Stellen einen Sperrvermerk.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Gesamtstadt**
 Dienststelle **Zentraler Stellenpool**
 lfd. Nr. **108**
 Tätigkeitsbereich **Einsatzreserve (zbV-Stellen)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	10,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	547.000 €	0 €	547.000 €
Vorschlag:	10,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	547.000 €	0 €	547.000 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: Die Regierung von Mittelfranken hat den Haushalt 2011 mit der Auflage genehmigt, dass die Bereitstellung zusätzlicher (überplanmäßiger) Personalkapazität während des laufenden Haushaltsjahres nur noch möglich ist, wenn die Kapazität zur Erfüllung neuer - nicht bereits absehbarer - Aufgaben benötigt wird und die Kosten im Rahmen des genehmigten Haushaltes gedeckt sind.
 Damit ist die bisherige Handlungsweise, für einen unterjährig auftretenden dringenden Bedarf, überplanmäßig Kapazität bereit zu stellen nur noch sehr eingeschränkt möglich. Alle Dienststellen wurden daher gebeten, soweit bereits jetzt für das Jahr 2012 zusätzlicher Personalbedarf absehbar ist (z. B. bei der Eröffnung einer neuen Einrichtung im Jahr 2012), diesen bereits jetzt für den Haushalt 2012 zu beantragen.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherstellung der Handlungsfähigkeit während des laufenden Haushaltsjahres (ohne bei jedem unabweisbar auftretenden Bedarf einen Nachtragshaushalt zu erlassen)**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Abhängig vom jeweiligen Personalbedarf**

Stellungnahme: Aufgrund der Anmerkungen des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV) und der Auflage der Regierung von Mittelfranken ist eine kurzfristige Abdeckung von unabweisbarem unterjährigem Personalbedarf nicht mehr wie bisher durch überplanmäßig zur Verfügung gestellte Kapazität möglich. Bei der Stadt Nürnberg soll daher, wie dies auch in anderen Kommunen üblich ist, eine Stellenplanreserve im Sollstellenplan geschaffen werden, um bei dringenden Bedarfen kurzfristig reagieren zu können.
 Die Stellen werden dauerhaft zentral im Stellenplan verankert und nicht zur aktuellen Bedarfsdienststelle verschoben. Zum jeweils nächsten Haushalt werden die unterjährig entstandenen Bedarfe dem Stadtrat im Rahmen des Schaffungsverfahrens bei den Haushaltsberatungen vorgelegt. Die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dann auf die neuen Stellen eingewiesen, um die Stellenplanreserve wieder freizumachen.
 Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **109**
 Tätigkeitsbereich **Menschenrechtsbüro-Projektarbeit**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,33	Sachbearbeiter/in	IV a	18.975 €	10.000 €	8.975 €
Vorschlag:	0,17	Sachbearbeiter/in	IV a	9.775 €	10.000 €	-225 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Mit einer Reihe von Beschlüssen hat sich der Stadtrat zu Nürnberg zu einer „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ bekannt und zwischenzeitlich hohes Ansehen auf nationaler und internationaler Ebene erworben. Es ist unumstritten, dass die Etablierung der Menschenrechtsthematik in Bildungsprozessen der effektivste Menschenrechtsschutz ist und eine wichtige präventive Funktion gegen alle Formen von Rassismus und Diskriminierung erfüllt. Eine Zuwendung aus der Paula-Maurer-Stiftung machte es möglich, im Menschenrechtsbüro eine vom 01.02.2010 bis 31.01.2012 befristete überplanmäßige Beschäftigung für die Menschenrechtsbildung mit einem wöchentlichen Stundenkontingent von 13 Stunden einzurichten. Ein Teil der früher im Jugendzentrum für kulturelle und politische Bildung durchgeführten Angebote, wie zum Beispiel Seminare zur Menschenrechtsbildung und auch das Bildungsangebot im Studienforum des Dokumentationszentrums, werden nun vom Menschenrechtsbüro koordiniert und teilweise selbst durchgeführt. Es konnten erste wesentliche Grundlagen für ein umfassendes Angebotskonzept der Menschenrechtsbildung in Nürnberg gelegt werden. Menschenrechtsbildung ist fest in das Ausbildungscurriculum der Stadt Nürnberg aufgenommen worden. Dieses Angebot ist dringend auszubauen: Städtische Dienststellen, die Polizei und die Justiz und vor allem der Bereich der Pflege haben bereits Bedarf signalisiert. Daneben wird in Kooperation mit dem Menschenrechtslehrstuhl der Universität Erlangen-Nürnberg sukzessive ein Qualitätsmanagement für die Menschenrechtsbildung erarbeitet, mit dem Ziel einer Prozessgestaltung, ebenso wie einer zielgerichteten Methodik von Seminaren und sonstigen Veranstaltungen. Ein weiteres zentrales Thema sind die Kinderrechte, die im „Projektlabor“ Straße der Kinderrechte schon in der frühkindlichen Erziehung, spätestens aber ab der Grundschule trainiert werden sollen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Ziel von MRB ist es, Menschenrechtsbildung auf möglichst vielen Ebenen des schulischen und außerschulischen Kontexts in Nürnberg systematisch zu verankern. Gerade Menschenrechtsbildung wird als zentrales Instrument für den Erwerb der Fähigkeit verstanden, sich für seine eigenen und die Menschenrechte anderer einzusetzen. Menschenrechtsbildung muss an den Bedürfnissen und Interessen der jeweiligen Zielgruppe ansetzen und die Fähigkeiten und Wünsche der Einzelnen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld berücksichtigen. Angestrebt wird deshalb ein gesamtstädtisches und differenziertes Angebot der Menschenrechtsbildung im schulischen und außerschulischen Bereich, das sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung als auch weitere menschenrechtssensible Berufsgruppen anspricht.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Heterogenität der Zielgruppen, Zahl der durchgeführten Seminare, Teilnehmerzahlen, Evaluationen, z.B. Feed-back der Teilnehmer/innen, Fremdevaluation, Erreichen nationaler und internationaler Benchmarks**

Stellungnahme: **Unter der Voraussetzung einer vollständigen Deckung sind bis Ende Januar 2012 Kapazitäten im Umfang von 13 WAS in VGr. IVa für Projektarbeiten im Menschenrechtsbüro überplanmäßig begutachtet. Der von der Dienststelle angebotene Deckungsbeitrag reicht für die Finanzierung der beantragten Stellenschaffung leider nicht aus. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung nur im Umfang der Deckung (rd. 7 WAS) erfolgen. Um die Projektarbeit weiter zu betreiben, soll auf die im Stellenplan vorhandenen Personalressourcen (2,5 Vollkräfte) zurück gegriffen werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **110**
 Tätigkeitsbereich **Menschenrechtsbüro-Verwaltung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,17	Verwaltungskraft	VII	7.157 €	7.157 €	0 €
Vorschlag:	0,17	Verwaltungskraft	VII	7.157 €	7.157 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Damit das Menschenrechtsbüro arbeitsfähig ist, braucht es für die Erledigung der administrativen Arbeiten die Unterstützung einer Sekretariatskraft. Dafür stehen MRB derzeit überplanmäßig und finanziert aus BgA-Mitteln 6,5 WAS zur Verfügung.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Reibungsloser Büroablauf, Entlastung der Projektmitarbeiterinnen von administrativen und Routineaufgaben.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Output: Rückstandslose Erledigung der beschriebenen Aufgaben**

Stellungnahme: **Am 26.11.2011 wurden gegen vollständige Kostendeckung Kapazitäten für Verwaltungstätigkeiten im Menschenrechtsbüro im Umfang von 6,5 WAS in VGr. VII bis Ende 2011 überplanmäßig begutachtet. Nach Angaben von BgA und nach Rückkoppelung mit Stk stehen die Deckungsmittel weiterhin zur Verfügung.
 Die Schaffung der beantragten Stellenkapazität im Umfang von 6,5 WAS wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.12).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **111**
 Tätigkeitsbereich **Interkommunale Zusammenarbeit**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in IZ	I a	92.600 €	92.600 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Leiter/in IZ	I a	92.600 €	92.600 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 06.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Im Jahr 2002 haben die Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach beschlossen, ihre Zusammenarbeit zu verstärken und durch die gemeinsame Erledigung von kommunalen Aufgaben Kosten zu sparen und die Qualität der Leistungen zu verbessern. Am 05. Juni 2003 wurde die Notwendigkeit einer zentralen Projektkoordination durch den Beschluss der Lenkungsgruppe IZ, der u.a. die vier Oberbürgermeister der Städte angehören, dokumentiert. Dazu wurde in Erlangen ein Büro mit einem Projektkoordinator (Vollzeit) und einer Mitarbeiterin (Teilzeit 19,25 Std.) eingerichtet. Die Personalkosten werden nach dem IZ-Schlüssel von allen vier Städten getragen. Im Beschluss vom 05. Juni 2003 wurde außerdem festgelegt, dass die Kosten für die Projektkoordination über Einsparungen in den Projekten zu erzielen sind. Eine jährlich fortgeschriebene Tabelle zeigt, dass dieses Ziel erreicht wird. Aufgrund der Freistellungsphase des bisherigen Projektkoordinators und der anderweitigen Verwendung der Mitarbeiterin wurde eine Neubesetzung des Büros erforderlich. Die vier Städte entschieden sich für Nürnberg als neuen Ort des Projektbüros und der Besetzung mit Mitarbeitern der Stadt Nürnberg.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Effektive Koordination von gemeinsamen Projekten der Städte, Initiierung von neuen Projekten, Projektcontrolling und Information der Oberbürgermeister und der Lenkungsgruppe IZ.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Anzahl der initiierten und koordinierten Projekte.**

Stellungnahme:

Das vorher in Erlangen angesiedelte Projektbüro der Interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach ist aufgrund von personellen Veränderungen seit Herbst 2010 in Nürnberg angesiedelt. Die Personalkosten werden von den vier Städten im Verhältnis der Einwohnerzahlen (10:2:2:1) getragen. Die Lenkungsgruppe hat im Juli 2011 das IZ-Projektbüro beauftragt, ein umsetzungsreifes Konzept für die Weiterentwicklung der Interkommunalen Zusammenarbeit vorzulegen. Wesentliche Bausteine des im Oktober 2011 vorzulegenden Konzeptes sollen Ziele, Zielgruppen, Themen, Verfahren, Innovation-Wertschöpfung, Organisation und Ressourcen sein. Neues und vorrangiges Ziel ist die Prozessoptimierung in den vier Städten durch Intensivierung des Informations- und Erfahrungsaustauschs auf den Fachebenen der Verwaltung. Hierzu sollen die Instrumente Wissensmanagement, Netzwerkmanagement und ein neues Informations- und Kommunikationskonzept eingesetzt werden. Infolge soll eine neue Kooperationskultur entstehen. Für die vorbereitenden Arbeiten wird die Schaffung der beantragten Stelle begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 06.12).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 Ifd. Nr. **112**
 Tätigkeitsbereich **Kooperationsstelle Partnerschaft „Ländlicher Raum – Verdichtungsraum in der EMN“**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,77	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	53.746 €	53.746 €	0 €
Vorschlag:	0,77	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	53.746 €	53.746 €	0 €
beantragt:	1,54	Sachbearbeiter/in	III/II	111.804 €	111.804 €	0 €
Vorschlag:	1,54	Sachbearbeiter/in	III/II	111.804 €	111.804 €	0 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V bG	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V bG	54.700 €	54.700 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 08.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Schaffung der Kooperationsstelle „Partnerschaft Ländlicher Raum – Verdichtungsraum in der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN)“ in der Geschäftsstelle EMN**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Projektmanagement:
 Stärkere Verflechtungen zwischen Stadt und Land sichern Wachstum und Wohlstand. Die EMN gilt mit ihrem Ansatz als Stadt-Land-Partnerschaft bereits als Modell in Deutschland und Europa. Durch die Erschließung weiterer Handlungsfelder und die Entwicklung von weiteren Best practices sollen weitere Synergien und Effizienzgewinne durch die in der EMN umgesetzten Maßnahmen erschlossen werden. Weiterhin soll der Modellcharakter ausgebaut werden, um das Renommee der Region nach innen und außen zu steigern.**

Besondere Schwerpunkte liegen in der Weiterentwicklung der Regionalkampagne "Original Regional - aus der Metropolregion Nürnberg" und in der Stärkung des Binnentourismus. Wesentlich ist auch der Aus- und Aufbau von Netzwerken und die Entwicklung von Projekten zur Gestaltung des demografischen Wandels in der EMN.

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Projektmanagement (wissensch. Sachbearbeiter/in):
 - Nachhaltige Netzwerkstrukturen mit stabiler bzw. wachsender Teilnehmerzahl
 - Aufbau und Verstetigung des Informationsflusses zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik
 - Zahl und Qualität von Veranstaltungen und Veröffentlichungen
 Sachbearbeiter/in:
 - Anzahl der Präsentationen zur Metropolregion
 - Anzahl der Aktualisierungen und neuen Darstellungen auf der Website
 - Anzahl/Qualität der organisierten Veranstaltungen**

Stellungnahme: **Mit Zuwendungsbescheid vom 22.09.2010 bewilligte das Bayer. Wirtschaftsministerium Zuwendungen in Höhe von 300.000 € zur Förderung des Projektes einer Kooperationsstelle „Partnerschaft Ländlicher Raum-Verdichtungsraum“ im Förderzeitraum vom 01.09.2010-31.08.2013. Die restlichen Deckungsmittel werden nach Angaben der Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) über den Haushalt der EMN bereitgestellt. Die beantragten Stellenkapazitäten sind bisher überplanmäßig begutachtet. Unter der Voraussetzung einer vollständigen Deckung der Kosten durch Drittmittel wird die Schaffung der beantragten Stellen begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk für die Dauer des Projektes und der sichergestellten Finanzierung (F 08.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **113**
 Tätigkeitsbereich **Projekt BLEIB**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,97	Sachbearbeiter/in	S 11	52.865 €	52.865 €	0 €
Vorschlag:	0,97	Sachbearbeiter/in	S 11	52.865 €	52.865 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 10.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Anfang Februar 2011 startete die 2. Phase des BLEIB-Projektes. Das Projekt wird bis Oktober 2013 laufen. Es wird in Nürnberg vom Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer – AAU e.V. und dem Integrationsrat durchgeführt, die dem Projektverbund FiBA „Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung“ unter Federführung des Münchener Amtes für Wohnen und Migration angeschlossen sind. Strategische Partner sind das Job-Center und die Agentur für Arbeit. Der Oberbürgermeister ist Schirmherr für das Nürnberger Projekt „Bleib in Nürnberg“.**

Der Integrationsrat arbeitet im Rahmen des Projektes vor Ort und ist für die Teilnehmerakquise, Weiterleitung an Qualifizierungsangebote der AAU, Flüchtlingsberatung, Netzwerkarbeit, Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen zuständig. Der örtliche Zuständigkeitsbereich erstreckt sich auf die ganze Metropolregion.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Ziel des Projektes ist die Unterstützung für Bleibeberechtigte und langjährig geduldete Flüchtlinge aus der Metropolregion, die Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Die Flüchtlinge werden beraten und gefördert, um dauerhaft in Beschäftigungsverhältnisse eingegliedert zu werden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Zahl der Beratungen
 Zahl von Veröffentlichungen
 Zahl der Flüchtlinge, die Bleiberecht bekommen haben**

Stellungnahme: **Der Europäische Sozialfond (ESF) und das Bundesarbeitsministerium bezuschussen 90% der Projektkosten. 10% der Mittel sind von den Trägern als Eigenbeteiligung aufzubringen. Aus der Geschäftsstelle des Integrationsrates werden deshalb aus der Stelle Nr. 001.3020 vier WAS als Eigenbeteiligung eingebracht.
 Für das Projektmanagement einschließlich Öffentlichkeitsarbeiten sind in der Projektlaufzeit vom 01.02.2011 bis zunächst 31.12.2011 Personalressourcen im Umfang von 30 WAS in VGr. V b/IV b für die Teilnehmerakquise und im Umfang von 8 WAS in VGr. V b/IV b für Öffentlichkeitsarbeit überplanmäßig begutachtet.
 Unter der Voraussetzung einer vollständigen Deckung der Kosten wird die Schaffung der beantragten Stellenkapazität begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 10.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **114**
 Tätigkeitsbereich **Vorbereitung von Bürgerversammlungen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	V c	23.650 €	0 €	23.650 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	V c	23.650 €	0 €	23.650 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Bürgerversammlungen sind nach Art. 18 GO verpflichtend vom Oberbürgermeister durchzuführen. Um die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Entwicklungen und Planungen in ihrem Stadtteil zu informieren, wird zu Beginn jeder Bürgerversammlung eine vertonte Präsentation / Multimediaschau von ca. 15 bis 20 Minuten Dauer vorgeführt. Mit Mobilien Bürgerversammlungen wird das Angebot der „normalen“ Bürgerversammlungen ergänzt, indem der Oberbürgermeister und die Stadtspitze mit der Bevölkerung über wichtige Projekte und Planungen vor Ort in Dialog treten kann. Die Veranstaltungen werden regelmäßig von 100 und mehr Interessierten besucht. Die Tätigkeiten wurden bis April 2010 durch ein Vollzeitkraft erledigt. Die eingesetzte Personalkapazität konnte auf 19,5 Wochenarbeitsstunden reduziert werden.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Zielgruppe sind die Bürgerinnen und Bürger in ihren jeweiligen Stadtteilen. Mit den Präsentationen und den Mobilien Bürgerversammlungen sollen die Bürgerinnen und Bürger besser über die Situation informiert werden und Gelegenheit zur Beteiligung erhalten. Erstellt werden jährlich Präsentationen für 9 Bürgerversammlungen; 4 bis 5 Mobile Bürgerversammlungen sind in den Sommermonaten vorzubereiten.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Basisinformation für die Bürgerinnen und Bürger, Reduzierung der Zahl der individuellen Anfragen in den Veranstaltungen, Steigerung der Teilnehmerzahl bei Mobilien Bürgerversammlungen von anfangs um 40 Personen auf mittlerweile 100 bis 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

Stellungnahme: **Bürgerversammlungen sind Gelegenheit für einen direkten Dialog zwischen Oberbürgermeister und Verwaltungsspitze und den Nürnberger Bürgern. Im Abstand von zwei Jahren werden in jedem Stadtteil gemeinsam mit den Bürgervereinen über Anregungen und Wünsche diskutiert und versucht, unmittelbar Antworten auf die Anliegen der Bevölkerung zu geben. Bereits bei der vorhandenen Anzahl von 18 Gebieten nehmen nach Angaben von BgA an jeder Versammlung zwischen 150 und 450 Bürger teil. Eine Gebietsreduzierung lässt die Teilnehmerzahl ansteigen und macht es damit unmöglich, dass alle Bürger, die dies wünschen, zu Wort kommen. Durch die Reduzierung der Versammlungsgebiete würden die Wege bis zur Versammlungsstätte zu weit werden. Zudem geht der räumliche Bezug mit seinen spezifischen Problemen verloren. Eine Reduzierung der Gebiete gefährdet auch die bisher gut funktionierende Bürgerbeteiligung und -freundlichkeit der Bürgerversammlungen. Mobile Bürgerversammlungen stellen ein ergänzendes Angebot über die gemäß Gemeindeordnung einzuberufenden Bürgerversammlungen hinaus dar und werden seit 2002 angeboten. Vor Ort stellen Stadtspitze, berufsmäßige Stadträte und Mitarbeiter der Verwaltung interessierten Bürgern aktuelle und stadtteilbezogene Projekte und Planungen aus allen Bereichen des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens vor. Das Interesse an dieser besonderen Form des Dialogs mit den Bürgern ist nach Angaben von BgA groß. Die beantragte und überplanmäßig vorhandene Personalkapazität ist mit der Vorbereitung der Bürgerversammlungen ausgelastet. Nachdem sich aus den genannten Gründen eine weitere Reduzierung der Stellenkapazität auf die Beteiligung der Bürger/innen negativ auswirken würde, wird die Schaffung der Stellenkapazität begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **115**
 Tätigkeitsbereich **Sekretariatsdienst OBM**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	Verwaltungsfachkraft	V c	47.300 €	0 €	47.300 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 05.14 im Umfang von 0,50 VK**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes:

Die Stelle wurde bereits 2005 von BgA beantragt und durch OrgA begutachtet.
 Die zusätzliche Stelle wurde erforderlich, da die Übernahme von neuen Geschäftsfeldern bei BgA zu einem stetig wachsenden Aufwand führt. Neue Geschäftsfelder sind z.B. die Europäische Metropolregion, die Koordination der Interkommunalen Zusammenarbeit, das Bildungsbüro und verstärkte Aktivitäten der Menschenrechtsarbeit. Zudem hat die Übernahme von weiteren Aufgaben durch den Oberbürgermeister (Vorsitz Metropolregion, Mitgliedschaft im AdR bzw. zukünftig Vorsitz des Bayerischen Städtetages) deutliche Auswirkungen auf die administrativen Aufgaben im Sekretariatsdienst.

Die o.g. Zusatzaufgaben haben Auswirkungen auf den Aufwand für die Personalsachbearbeitung und Sekretariatsarbeiten (Wiedervorlagen, Registrierung, Verteilung und Versand, Posteingang, Telefondienst etc.) Die Terminkoordination bzw. Vertretungsanfragen und die damit zusammenhängende Korrespondenz mit Institutionen, Veranstaltern etc. haben sich überdimensional entwickelt, z.T. verdoppelt.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Reibungsloser Büroablauf, der aufgrund der besonderen Außenwirkung der Korrespondenz des Oberbürgermeisters und der Terminkoordination dringend erforderlich ist.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Zügige Erledigung von Terminanfragen und Bearbeitung der Sekretariatsarbeiten.

Stellungnahme:

Zur Unterstützung im Sekretariatsbereich des Oberbürgermeisters, insbesondere für die Terminkoordination, Korrespondenz und allgemeinen Sekretariatstätigkeiten wird seit September 2005 überplanmäßig Personalkapazität im Umfang einer Halbstelle eingesetzt.
 Die zusätzlichen Aufgaben sind unabweisbar. Darüber hinaus wird zusätzliche Personalkapazität zur Unterstützung der Tätigkeit von Herrn OBM in seiner Funktion als Vorsitzender des Bayerischen Städtetages notwendig. Im Umfang von 0,5 VK wird im Hinblick auf die zeitliche Befristung der Funktion ein Fristvermerk F 05.14 angebracht.
 Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Amt für Stadtforschung und Statistik**
 lfd. Nr. **116**
 Tätigkeitsbereich **Ausbau des Projektes "SIKURS" durch die bundesweite KOSIS-Gemeinschaft**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,12	Sachbearbeiter/in	IIIH	8.376 €	8.376 €	0 €
Vorschlag:	0,12	Sachbearbeiter/in	IIIH	8.376 €	8.376 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: Für die KOSIS-Gemeinschaft nimmt die Stadt Nürnberg federführend die Aufgaben für "Kleinräumige Bevölkerungsprognosen - SIKURS" seit Jahren gegen Kostenerstattung wahr. Seit der Einrichtung des Projektes wird im 2-jährigen Turnus durch die Arbeitsgemeinschaft die Finanzierungszusage erneuert. Derzeit ist im Stellenplan von StA, das die Projektleitung innehat, für die Aufgabenerledigung eine bis Ende 2012 befristete Teilzeitstelle Nr. 130.5560 im Umfang von 15,25 WAS eingerichtet. Die Stelleninhaberin arbeitet umfänglich für das Projekt SIKURS der KOSIS-Gemeinschaft. Der Fristvermerk wird jeweils nach Übermittlung der Finanzierungszusage verlängert. Aufgrund wachsender Mitgliederzahlen und der damit erforderlichen Erhöhung des Projektaufwandes soll die vorzuhaltende Personalkapazität unter Beibehaltung der Kostendeckung moderat ausgebaut werden. Die Mitgliederversammlung hat dies entsprechend beschlossen.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- Ausweitung der fachlichen Betreuung des Projektes
- Durchführung von einer erhöhten Anzahl an Schulungen für neue Mitglieder der KOSIS-Gemeinschaft

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Anzahl der Schulungen
- Zufriedenheit der KOSIS-Mitgliedskommunen

Stellungnahme: Der KOSIS-Verband ist eine kommunale Selbsthilfeorganisation und wird vom Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) getragen. Mit Unterstützung des Deutschen Städtetags werden Kooperationsprojekte organisiert, um DV-Instrumente vor allem für kommunale Statistik, Stadtforschung und Planung sowie Wahlen kooperativ und damit kostensparend zu organisieren. Durch die gemeinschaftliche Aufgabenerledigung kann eine kostengünstige Realisierung der Anforderungen an die kommunale Statistik erfolgen. Die Schaffung der beantragten Stellenanteile zur Erhöhung der vorhandenen Stelle wird begutachtet. Die Stelle erhält auch weiterhin einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.12).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Presse- und Informationsamt**
 lfd. Nr. **117**
 Tätigkeitsbereich **Pflege der Dienstleistungs- und Organisationsdatenbank (Internet-Behördenwegweiser)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V bG	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V bG	54.700 €	0 €	54.700 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung, Sperrvermerk 0,5 VK**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Im Rahmen der Projekte zur EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde festgelegt, eine zentrale Datenbanklösung für die Speicherung der Organisations- und Dienstleistungsdaten (DODB) der Stadt Nürnberg zu entwickeln. Dabei wurde vereinbart, dass OrgA eine Software zur Verfügung stellt, die im Zuge des Projekts beschafft werden sollte. Pr sollte nach Fertigstellung des Projekts die dauerhafte Datenpflege der DODB übernehmen. Pr stimmte dieser Arbeitsteilung – aufgrund der bisherigen Erfahrungen – unter der Maßgabe einer Stellenschaffung bei Pr zu.

Seit Januar 2011 wird für die Pflege der DODB zusätzliche Personalkapazität im Umfang einer Halbstelle eingesetzt. Aufgrund des knappen Zeitbudgets gehen die umfangreichen Aufbau- und Pflegearbeiten nur langsam voran. Aufgrund der Pflegepause von 7 Monaten musste teilweise wieder von vorne begonnen werden. Bis August 2011 ist inzwischen die städtische Verwaltungsstruktur komplett auf dem neuesten Stand gebracht. Beim derzeitigen Personalstand (0,5 Stelle) ist mit der kompletten inhaltlichen Fertigstellung nicht vor März 2012 zu rechnen. Eine regelmäßige und fortgeführte Überprüfung der Daten sei mit dieser Personalausstattung aufgrund der aufwendigen Recherche der dezentralen Daten nicht zu realisieren.

Im POA am 14.9.2010 wurde im Beschluss „Bürgerfreundliche Verwaltung-Serviceoffensive 2010“ auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, Internet-Angebote der Stadt Nürnberg weiter auszubauen. Außerdem läuft gerade der Prüfauftrag des Stadtrats für ein Service-Center der Stadt Nürnberg und die Nutzung der zentralen Behördennummer D115. Beide Projekte benötigen für die dann noch zu entwickelnde Wissensdatenbank eine funktionierende DODB als Grundlage. Diese ist ohne die Schaffung der Vollzeitstelle nicht zu schaffen.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Verbesserung des Bürgerservices durch aktuelle Dienstleistungsinformationen
Schaffung einer zentralen und aktuellen Aufzeichnung der Verwaltungsstruktur bis auf Ebene der Sachgebiete
Schaffung einer Grundlage für spätere Wissensdatenbanken, wie D115
Verbesserung der internen Kommunikation, durch Nachschlagewerk der internen Dienstleistungen

Kennzahlen für Zielerreichung:

Anrufzahlen der Bürger im Bereich der Adress- und Kurzauskünfte
Zufriedenheitsmessung bei Bürgern bezüglich Serviceangebot der Stadt Nürnberg

Stellungnahme:

Die Personalsituation wurde in der Referentenbesprechung am 12.10.2010 behandelt. Seit Januar 2011 werden Pr für die Datenpflege der Dienstleistungs- und Organisationsdatenbank (DODB) Personalressourcen im Umfang von 0,5 Vollkräften zur Verfügung gestellt. Laut Aussagen von Pr wird der Betrieb der DODB dadurch bis 01.03.2012 sichergestellt und die weitere Pflege gewährleistet. Im Hinblick auf die voraussichtlich anfallenden Aufgaben zur Schaffung einer Wissensdatenbank für ein zentrales Service-Center, wird zusätzlich zu den bisher eingesetzten Personalressourcen im Umfang von derzeit 0,5 VK eine weitere Halbstelle in VGr. VbG begutachtet. Gleichzeitig wird an die zu schaffende Stellenkapazität ein Sperrvermerk im Umfang von 0,5 VK angebracht.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Standesamt**
 lfd. Nr. **118**
 Tätigkeitsbereich **Personenstandsrecht**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Verwaltungsfachkraft	VI b	86.600 €	0 €	86.600 €
Vorschlag:	2,00	Verwaltungsfachkraft	VII/VI b	84.200 €	0 €	84.200 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung (Gebührenmehreinnahmen seit der Gesetzesänderung); Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen ist u.a. bei der Fortführung der (Alt)Register und der notwendigen Urkundenanforderungen bei geburtenbuchführenden Standesämtern eine erhebliche Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen. Insbesondere da es in Nürnberg 5 Geburtskliniken gibt, die auch von der Bevölkerung der Umlandgemeinden in Anspruch genommen werden, müssen die personenstandsrechtlichen Angelegenheiten durch das Nürnberger Standesamt bearbeitet werden. Die bisher beglaubigten Abschriften aus dem als Heiratseintrag fortgeführten Familienbüchern im Kopierverfahren sind zukünftig nicht mehr zulässig. Vielmehr müssen ausnahmslos alle Anforderungen von Ehekunden manuell unter Zuhilfenahme des PCs (als Schreibmaschine ohne Speichermöglichkeit) erstellt werden. Eine Änderung des Mehraufwandes ist erst mit Einführung des elektronischen Personenstandsregisters mit Wirkung zum 01.01.2014 absehbar. Hierzu wurde seit der Gesetzesänderung überplanmäßige Personalkapazität bereit gestellt.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben**

Kennzahlen für Zielerreichung: **angemessene Bearbeitungs-, Liege und Wartezeiten**

Stellungnahme:

Durch die Novellierung des Personenstandsgesetzes (PStG) ergaben sich insbesondere durch die Abschaffung des sog. Familienbuchs gravierende Änderungen im Aufgabenumfang und der durch das Standesamt durchzuführenden Tätigkeiten. Bis zur Einführung des elektronischen Personenstandsregisters zum 01.01.2014 ist zur Bearbeitung der Anliegen ein Mehraufwand gegeben. Erst danach kann neben dem derzeitigen Mehraufwand auch der bereits beschlossene Konsolidierungsbetrag realisiert werden. Die Schaffung der zwei VK wird begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk bis 2013 (F12.13).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Einwohneramt**
 lfd. Nr. **119**
 Tätigkeitsbereich **EP/1: Einführung des neuen Personalausweises**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	7,00	Schalterkraft	VI b	303.100 €	0 €	303.100 €
Vorschlag:	4,00	Schalterkraft	VI b	173.200 €	0 €	173.200 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung (Gebührenmehreinnahmen durch neue gesetzliche Aufgabe)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Bei der Antragsannahme und bei der Bearbeitung fallen zusätzliche Schritte an:**

- Prüfung der Biometrietauglichkeit des Lichtbildes
- Aufklärung des Antragstellers über die Varianten des Passes
- Aushändigung von Infomaterialien gegen Unterschrift
- Aufklärung über Zusendung des Passwortes sowie die Risiken
- Abnahme der Fingerabdrücke (optional)
- Prüfung der Dokumente in einem Lesegerät
- schriftliche Erklärung über die Nutzung des elektronischen Identitätsausweises
- Ein-/Ausschalten des elektronischen Identitätsnachweises
- Jederzeitiges Aktivieren und Deaktivieren incl. Mitteilung an die ursprünglich ausstellende Behörde

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Ziel der Stellen ist es, trotz Aufgabenmehrung den Service aufrechtzuerhalten und den geordneten "Betriebsablauf" nach innen zu gewährleisten.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Die mittlere Bearbeitungszeit für die Abwicklung der rund 39.000 Fälle pro Jahr erhöhte sich um 11 Minuten. Zusätzlich ist bei 32.591 Ummeldungen bzw. bei 26.922 Zuzügen nach Nürnberg die neue Anschrift auf dem Chip des elektronischen Personalausweises zu speichern (geschätzter Bearbeitungsaufwand 1 Min.). Die gesetzlich vorgeschriebene Einführung eines mobilen Bürgerservice, insbesondere in der JVA, in Altenheimen usw., ist aufgrund der neuen Vorschriften des Passwesens im Umfang von 1,0 VK zu realisieren.**

Stellungnahme: **Die mittlere Bearbeitungszeit für die Abwicklung der rund 39.000 Fälle pro Jahr erhöhte sich bei**

- der Beantragung in 50 % der Fälle von 4,5 auf 10 Minuten sowie in den 50 % der Fällen von 4,5 auf 7,5 Minuten,
- der Lieferung: von 1 auf 2,5 Minuten,
- der Abholung: von 2 auf 3,5 Minuten.

Zusätzlich ist bei rund 59.500 Ummeldungen bzw. Zuzügen nach Nürnberg die neue Anschrift auf dem Chip des elektronischen Personalausweises zu speichern (geschätzter Bearbeitungsaufwand: 1 Min.).

Zunächst ergibt sich ein Personalmehrbedarf im Umfang von 4 VK der VGr. VI b. Die zusätzlichen Stellen in der Meldebehörde sind für die Aufrechterhaltung des Bürgerservice erforderlich. Um die gesetzlichen Änderungen umsetzen und die geplanten Gebührenmehreinnahmen realisieren zu können, wurden die Stellen im reduzierten Umfang zunächst überplanmäßig bereitgestellt. Die Schaffung der Stellen wird im Umfang von 4 VK begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Einwohneramt**
 lfd. Nr. **120**
 Tätigkeitsbereich **EP/2-1: Ausländerwesen - Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	3,00	Sachbearbeiter/in	V c	141.900 €	0 €	141.900 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	0 €	47.300 €
beantragt:	8,00	Verwaltungsfachkraft	VI b	346.400 €	0 €	346.400 €
Vorschlag:	6,00	Verwaltungsfachkraft	VI b	259.800 €	0 €	259.800 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung (Gebührenmehreinnahmen durch neue gesetzliche Aufgabe); Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Mit der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) zum 01.09.2011 wird sich die Aufgabenerfüllung sowie die Ablauforganisation im Sachgebiet "Aufenthaltsbegleitende Maßnahmen" der Abteilung "Ausländerwesen" deutlich verändern. Bei der Antragsannahme, bei der Bearbeitung sowie bei der Aushändigung werden zusätzliche Schritte anfallen:**
 - Prüfung der Biometrietauglichkeit des Lichtbildes
 - Abnahme der Fingerabdrücke
 - Prüfung der Dokumente in einem Lesegerät nach Zustellung durch die Bundesdruckerei
 Die Dokumente werden zukünftig nicht mehr bei EP selbst vor Ort hergestellt, sondern werden analog der Ausweisdokumente dt. Staatsangehöriger zentral durch die Bundesdruckerei erstellt. Die hierfür erforderliche Datenübergabe durch die Ausländerbehörde erfolgt elektronisch; die Ausgabe muss vor Ort durch die Stadt erfolgen.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Ziel der Stellenschaffung ist es, trotz Veränderung der gesetzlichen Grundlagen und die damit verbundene deutliche Erhöhung der Anzahl der Bürgerkontakte mit der Ausländerbehörde (Wechsel von der One-Stop-Strategie hin zu Antragstellung/Abholung) das Dienstleistungsangebot aufrechtzuerhalten und einen geordneten "Betriebsablauf" zu gewährleisten.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Die mittlere Bearbeitungszeit für die Abwicklung der Fälle pro Jahr verändert sich durch die termingesteuerte Vorsprache sowie die Abholung des eAT. Es ist von folgender Anzahl von jährlichen eAT's auszugehen: 7.500 Aufenthaltserlaubnisse (AE), 1.500 Niederlassungserlaubnisse (NE), 7.500 Übertragen der Titel sowie 6.500 Verpflichtungserklärungen (VE).**

Stellungnahme:

Die zusätzlichen Personalkapazität in der Ausländerbehörde sind für die Aufrechterhaltung des Bürgerservices erforderlich. Insbesondere die Erhebung der biometrischen Daten (u.a. Scannen der Fingerabdrücke) führt zu einem erheblichen personellen und zeitlichen Mehraufwand. Es kann aufgrund von Erfahrungswerten im Bereich des Passwesens bei EP/1 mit einem Mehraufwand für die Erhebung der biometrischen Daten je Fall in Höhe von 20 Min sowie für die Sicht- und Datenkontrolle der durch die Bundesdruckerei gefertigten Dokumente vor Aushändigung an den Bürger/die Bürgerin je eAT rund 2,5 Minuten gerechnet werden. Die Änderung der Anschrift auf dem Chip des eAT bei Ummeldungen innerhalb des Stadtgebietes (6.000 Fälle pro Jahr) - Mehraufwand rund 1 Minute je Fall - soll durch die Meldebehörde erledigt werden, sofern die technische Voraussetzung hierzu eingerichtet sind. Dem vorstehend beschriebenen Mehrbedarf durch die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels ist die ersatzlose Streichung der Ausstellung der Dokumente vor Ort in Papierform gegenzurechnen. Zunächst ergibt sich daher insgesamt ein Personalmehrbedarf im Umfang von 7 VK. Um die gesetzlichen Änderungen umsetzen und die geplanten Gebührenmehreinnahmen realisieren zu können, wurden die Stellen ab Sommer 2011 zunächst überplanmäßig bereitgestellt. Die Schaffung der Stellen wird begutachtet. Sie erhalten zunächst einen Fristvermerk, da die endgültige Stellenbemessung erst nach Verstetigung der Vollzugsvorschriften für die bundeseinheitliche Regelung im Rahmen der Stellenschaffungen zum Haushalt 2013 erfolgen wird.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Bürgeramt Nord Ost Süd**
 lfd. Nr. **121**
 Tätigkeitsbereich **Einführung des neuen Personalausweises**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,77	Verwaltungsfachkraft	VI b	76.641 €	0 €	76.641 €
Vorschlag:	1,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	64.950 €	0 €	64.950 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung (Gebührenmehreinnahmen durch neue gesetzliche Aufgabe)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Bei der Antragsannahme und bei der Bearbeitung fallen zusätzliche Schritte an:

- Prüfung der Biometrietauglichkeit des Lichtbildes
- Aufklärung des Antragstellers über die Varianten des Passes
- Aushändigung von Infomaterialien gegen Unterschrift
- Aufklärung über Zusendung des Passwortes sowie die Risiken
- Abnahme der Fingerabdrücke (optional)
- Prüfung der Dokumente in einem Lesegerät
- schriftliche Erklärung über die Nutzung des elektronischen Identitätsausweises
- Ein-/Ausschalten des elektronischen Identitätsnachweises
- Jederzeitiges Aktivieren und Deaktivieren incl. Mitteilung an die ursprünglich ausstellende Behörde

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Ziel der Stellen ist es, trotz Aufgabenmehrung den Service für die Besucher und Kunden nach außen aufrechtzuerhalten, aber auch den geordneten "Betriebsablauf" nach innen zu gewährleisten.

Kennzahlen für Zielerreichung:

Die mittlere Bearbeitungszeit für die Abwicklung der rund 16.000 Fälle pro Jahr erhöht sich um 11 Minuten. Zusätzlich ist bei 4.857 Ummeldungen bzw. bei 3.329 Zuzügen nach Nürnberg die neue Anschrift auf dem Chip des elektronischen Personalausweises zu speichern (geschätzter Bearbeitungsaufwand 1 Min.). Ein Mehrbedarf von rund 2,1 VK kann daher für die drei Bürgerämter ab November 2010 unterstellt werden.

Stellungnahme:

Die mittlere Bearbeitungszeit für die Abwicklung der rund 16.000 Fälle pro Jahr erhöht sich

- bei der Beantragung in 50 % der Fälle von 4,5 auf 10 Minuten sowie in den 50 % der Fällen von 4,5 auf 7,5 Minuten,
- der Lieferung: von 1 auf 2,5 Minuten (58.500 JAM),
- der Abholung: von 2 auf 3,5 Minuten (24.000 JAM).

Zusätzlich ist bei 4.857 Ummeldungen bzw. bei 3.329 Zuzügen nach Nürnberg die neue Anschrift auf dem Chip des elektronischen Personalausweises zu speichern (geschätzter Bearbeitungsaufwand 1 Min.).

Bei den drei Bürgerämtern war hierdurch ab November 2010 ein Mehrpersonalbedarf gegeben. Gegenzurechnen wurden diesem Mehrbedarf jedoch der ab 2011 gegebene Minderaufwand durch den Wegfall der Ausstellung von Ersatzlohnsteuern und die Änderung der Steuermerkmale. Um den veränderten Aufgaben Rechnung zu tragen ist derzeit eine überplanmäßige Kapazität im Umfang von 1,1 VK begutachtet. Bei BANOS ist in den letzten Jahren eine Steigerung der Fallzahlen der auszustellenden Bewohnerparkausweisen zu verzeichnen. Bei den drei Bürgerämtern ist daher dauerhaft insgesamt ein Mehraufwand im Umfang von 1,5 VK gegeben. Die Schaffung wird im erforderlichen Umfang von 1,5 VK begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Bürgeramt Nord Ost Süd**
 lfd. Nr. **122**
 Tätigkeitsbereich **Bürgeramt Süd: Führung der personenstandsrechtlichen Zweitbücher**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Verwaltungskraft	VII	21.050 €	0 €	21.050 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungskraft	VIII/VII	20.000 €	0 €	20.000 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch die Änderung des Personenstandsrechts (PStG) ergab sich ein erheblicher Mehraufwand u.a. bei der Führung der sog. Zweitbücher bei BA/NOS. Dies ist u.a. auf die neu eingeführte Verpflichtung der Übertragung aller Randvermerke und Hinweise zurückzuführen. Es ist eine Steigerung von ursprünglich ca. 9.000 auf rund 27.000 Fällen pro Jahr gegeben. Durch die Einführung des elektronischen Personenstandsregisters wird die Aufgabe spätestens Ende 2013 entfallen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Abbau der Rückstände der in die Sicherungsregister einzutragenden Vorgänge und zeitnahe Eintragung laufender Fälle.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **- Fallzahlen der übertragenen Hinweise und Randvermerke**

Stellungnahme: **Durch die Novellierung des PStG ergaben sich insbesondere bei der Führung der sog. Zweitbücher gravierende Änderungen. Bis zur Einführung des elektronischen Personenstandsregisters zum 01.01.2014 und dem zeitgleichen Entfallen der Zweitbücher ist durch die zusätzliche Übertragung der sog. Hinweise in die Zweitbücher ein Mehraufwand gegeben. Aufgrund der zu erledigenden Übertragungstätigkeiten wird jedoch nur die Wertebene der VGr. VIII/VII erreicht. Die Schaffung der beantragten Stelle wird aufgrund einzuhaltender gesetzlicher Vorgaben begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk F 12.13**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Feuerwehr**
 lfd. Nr. **123**
 Tätigkeitsbereich **Ausbau/Vermarktung städtisches Kabelnetz**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,38	Sachbearbeiter/in	A 9G/10	21.318 €	21.318 €	0 €
Vorschlag:	0,38	Sachbearbeiter/in	A 9G/10	21.318 €	21.318 €	0 €
beantragt:	1,00	Vorarbeiter/in	LGr. 9	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Vorarbeiter/in	LGr. 9	54.700 €	54.700 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 28.09.2005 (offensivere Vermarktung des städtischen Kabelnetzes) wurde das städtische Kabelnetz in den vergangenen Jahren verstärkt vermarktet und in das Vergabewesen intensiviert. Es gelang, zusätzliche Kunden (Bundesagentur für Arbeit, IP Exchange, etc.) für die Anmietung von Kabelleitungen zu gewinnen und steigende Erträge zu erwirtschaften. Um die zusätzliche Vermarktung nachhaltig fortsetzen und eingegangene vertragliche Verpflichtungen erfüllen zu können, muss das bestehende Kabelnetz den Bedürfnissen angepasst und gewartet werden. Darüber hinaus entsteht auch zusätzlicher Verwaltungsaufwand (insbesondere im Bereich Controlling), der ebenso zusätzliches Personal erfordert.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Durch die Verbesserung des Controllings sollen u. a. durch regelmäßiges Erstellen von Reports, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel effizient verwendet und auf Veränderungen/ Abweichungen steuernd reagiert werden können. Eine Kosten- und Leistungsrechnung für den Betrieb gewerblicher Art soll aufgebaut werden. Des Weiteren muss der gestiegene Bedarf an Vergaben (Ausschreibungen, Verträge) bearbeitet werden. Im gewerblichen Bereich ist die Stelle eines/r Vorarbeiters/in erforderlich, weil dadurch die Koordination von Bauvorhaben im LWL- und Kupferkabelbereich vor Ort eigenständig durchgeführt werden kann. Darüber hinaus muss das - durch die Ausweitung des Kabelnetzes - höhere Störungsaufkommen bewältigt werden.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Mit einem verbesserten Controlling kann eine effizientere Vermarktung des Kabelnetzes erreicht und dieses zukunftsfähig gesteuert werden.**

Stellungnahme: **Gemäß Stadtratsbeschluss vom 28.09.2005 sollte FW durch eine intensivere Vermarktung des städtischen Kabelnetzes den Wegfall der N-Ergie kompensieren und darüber hinaus einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 100.000 € p. a. für den Gesamthaushalt erbringen. Durch die erfolgreiche Vermarktung des Netzes konnte dieser Auftrag erfüllt und der Konsolidierungsbeitrag auf 175.000 € p. a. aufgestockt werden. Ab dem Jahr 2013 wird der Konsolidierungsbeitrag des Kabelnetzes auf 300.000 € p. a. erhöht. Durch die Vermarktung und den Ausbau des Kabelnetzes entstand und entsteht erheblicher personeller Mehraufwand (Ausbau, Wartung, Fehlerbeseitigung, Verwaltung, Controlling, etc.). Um die erfolgreiche Vermarktung zu sichern und ausbauen zu können, wird die Schaffung begutachtet. Die Kosten für die neuen Stellen sind in der Kalkulation bereits berücksichtigt.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Tiergarten**
 Ifd. Nr. **124**
 Tätigkeitsbereich **Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,62	Sachbearbeiter/in	III/II	45.012 €	45.012 €	0 €
Vorschlag:	0,62	Sachbearbeiter/in	III/II	45.012 €	45.012 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung durch Tg-Plafond; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: Im Rahmen von „Flocke“ wurde bei Tg erstmalig, aber längst überfällig, Kapazität für Öffentlichkeitsarbeit bereit gestellt. Im Anschluss wurde u.a. die Koordination der notwendigen flankierenden Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt „Delphinlagune“ übernommen. Die entlastende Wirkung für die Dienststellenleitung war enorm.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: Da einerseits das Bauprojekt „Delphinlagune“ in der medialen Betreuung kontinuierlich weitergeführt werden muss, andererseits die Dienststellenleitung dauerhaft im Bereich Presse-Öffentlichkeitsarbeit und interne Kommunikation entlastet werden soll, stellt Tg den Antrag auf Schaffung einer Stelle im Umfang von 0,62 VK. Die Bereitstellung dieser zusätzlichen Kapazität war für Tg bis dato überaus effektiv, ein Verzicht auf diese Stelle ist nicht mehr vorstellbar.

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Einsparung i. H. v. ca. 100.000 Euro im Sachmittelbereich im Jahr 2012 durch vollständige Eigenorganisation des Tg-Jubiläums (Verzicht auf Fremdvergaben)
- Einsparung i. H. v. ca. 10.000 p.a. durch den Verzicht auf Werbemaßnahmen in Printmedien (Ausbau "Intelligente Werbung" über digitale Kommunikationsplattformen wie Facebook oder Twitter)
- Steigerung der Anzahl der Pressternine
- höhere Informationsdichte im Innenverhältnis

Stellungnahme: Tg steht in den letzten Jahren verstärkt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dies ist nicht nur auf die Eisbären-Handaufzucht "Flocke" und den Bau der "Delphinlagune" zurückzuführen. Darüber hinaus muss Tg schon aus Marketinggründen in den (elektronischen) Medien präsent sein sowie auch inhaltlich sachlich informieren. Diese Ausweitung der Kommunikation ist nicht mehr "nebenbei" durch die Dienststellenleitung zu leisten. Neben den mittelbaren Effekten einer verstärkten Öffentlichkeits- und Marketingarbeit (Erhöhung der Besucherzahlen, Image) generiert die Stelle auch unmittelbare monetäre Effekte durch die Einsparung von externen Vergaben (z. B. Eigenorganisation TG-Jubiläum 2012) oder eine Reduzierung von Ausgaben für Printmedien. Die Schaffung der beantragten Stelle wird daher mit Fristvermerk F 12.13 begutachtet.

Die Schaffung bei Tg steht unter dem Vorbehalt des Ergebnisses des Prüfauftrages "Rezentralisierung Öffentlichkeitsarbeit" (HHK 2005, ID 96).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **2. BM**
 Dienststelle **Tiergarten**
 lfd. Nr. **125**
 Tätigkeitsbereich **Betrieb DelphinLagune**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Tierpfleger/in	LGr. 4/5 a	84.200 €	84.200 €	0 €
Vorschlag:	2,00	Tierpfleger/in	LGr. 4/5 a	84.200 €	84.200 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung über Plafond; die Stellen von zwei zusätzlichen Tierpflegern/innen sind im Gutachten von Rödl&Partner (einschl. Finanzierungskonzept) enthalten**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Gemäß dem Wirtschaftlichkeitsgutachten für die DelphinLagune von Rödl&Partner sind für den Betrieb zwei zusätzliche Tierpflegerstellen erforderlich. Dieser Bedarf wurde stets benannt und als unabdingbare Voraussetzung formuliert.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Die beantragten Stellen werden für den Betrieb der DelphinLagune benötigt. Wesentliche Ziele der DelphinLagune sind:**
- Steigerung der Besucherzahlen.
Die Vorstellungen im Delphinarium als Erlebnis- und Bildungsmöglichkeit beruhen auf einer positiven Tier-Mensch-Beziehung. Für Besucher ist die Präsentation der Meeressäuger in den Vorstellungen äußerst informativ, da sie die Tiere nicht nur im Detail beobachten, sondern auch Verhaltensweisen erleben können, die letztendlich Aufschluss über die körperlichen und geistigen Fähigkeiten dieser Tierarten geben.
-Wissensvermittlung und Steigerung der Führungen
Den Besuchern der Vorstellungen werden umfangreiche Informationen über Delphine und Seelöwen vermittelt. Dazu gehören Angaben über die Biologie der Tiere sowie besondere Anpassungen an das Leben im Wasser. Zudem wird gezeigt, wie Delphine und Seelöwen trainiert werden. Die Vorstellung soll darüber hinaus dazu dienen, die Besucher über die Bedrohung verschiedener Delphinarten in der Wildnis zu informieren.
Darüber hinaus gehören die Forschung (Wissensgewinnung für Mensch und Tier), der Artenschutz vor Ort (YAQU PACHA e.V.) und die Delphintherapie (Hilfe für Kinder mit Behinderung) zu den Zielen der Delphinlagune.

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **- Besucherzahlen: Mit der Fertigstellung der Lagune können zukünftig deutlich mehr Menschen in den Genuss kommen, Delphine und Seelöwen "live" zu erleben (Ergebnis: signifikanter Anstieg der Tiergarten-Besucherzahlen).**
- Führungen: Die bereits existierenden Angebote „Lernen im Tiergarten“ „Ein Nachmittag im Delphinarium“ „Blaues Klassenzimmer“ sollen weiter ausgearbeitet bzw. zusätzliche neu Angebote entwickelt werden (Ergebnis: signifikanter Anstieg bei den kostenpflichtigen Führungen).
- Delphintherapie: Ausbau zum Kompetenzzentrum für schwerstbehinderte Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren. Da es noch eine Reihe offener Fragen gibt, werden auch die gemeinsamen Forschungsbemühungen der Universität Würzburg und des Tiergartens Nürnberg fortgesetzt.

Stellungnahme: **Die DelphinLagune ist im Juli 2011 in Betrieb gegangen. Die beiden zusätzlichen Stellen sind - unter anderem um zusätzliche Delphin-Vorstellungen realisieren zu können - in der Konzeption und im Wirtschaftlichkeitsgutachten von Rödl&Partner vorgesehen. Um die DelphinLagune im geplanten Umfang betreiben und die geplanten Mehreinnahmen realisieren zu können, sind die Stellen erforderlich und werden zur Schaffung begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **126**
 Tätigkeitsbereich **Leiter/in des Interkulturellen Elternbüros**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	pädagogische/r Mitarbeiter/in	IV a/III	64.800 €	27.250 €	37.550 €
Vorschlag:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 11	27.250 €	27.250 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F10.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Antrag soll die Weiterführung der zeitlich befristeten Projekte Bildungsassistenten/innen in St. Leonhard/Schweinau sowie NEST (Nürnberger Elternbüro Schulerfolg und Teilhabe) sicherstellen. Eine Arbeitsgruppe aus 3. BM, Ref. V und dem Bündnis für Familien hat unter Federführung der Koordinierungsgruppe "Integration" ein Konzept erarbeitet, das die Ansiedlung der Stelle beim Pädagogischen Institut & Schulpsychologie (3. BM/SPI) vorsieht.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **-Partizipation von Eltern mit Migrationshintergrund in Schule und Gesellschaft.
 -Verbesserung der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus
 -Erhöhung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Einwanderungsgeschichte
 -Verbesserung der schulischen Qualität durch Einbeziehung des Erfahrungshintergrundes von Eltern verschiedener Herkunft**

Kennzahlen für Zielerreichung: **-Entwicklungen bei Übertritten an weiterführende Schulen und Schulabschlüssen
 -Verminderung von Förderschülern mit Migrationshintergrund, Schulabbrechern.
 -Fortbildungsbeteiligung/Evaluation der Maßnahmen
 -Erhebung von Schulzufriedenheit**

Stellungnahme: **Die Aufgabe erscheint zwar wünschenswert, angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine der Antragstellung entsprechende Begutachtung ohne Deckung jedoch leider nicht erfolgen. Für das Elternbüro "NEST" kann die bislang überplanmäßig zur Verfügung gestellte Kapazität im Umfang von 0,5 VK Sozialpädagoge/in unter der Voraussetzung der weiteren Drittmittelfinanzierung durch das BAMF befristet bis 31.10.2012 zur Verfügung gestellt werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **127**
 Tätigkeitsbereich **Pädagogische/r Mitarbeiter/in Umweltstation**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,59	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	IV a/III	38.232 €	38.232 €	0 €
Vorschlag:	0,59	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	IV a/III	38.232 €	38.232 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die befristete Ausweisung der Stelle bis 31.12.2012 ist Voraussetzung für die weitere Anerkennung der Nürnberger Umweltstation durch die Staatsregierung. Andernfalls müssten Fördermittel für das Projekt "Zukunftskompass" der Zukunftsagentur für Schulen (ZAS) zurückgezahlt werden. Die Anerkennung ermöglicht die künftige Förderung von Umweltprojekten durch das Umweltministerium und ist auch im Hinblick auf die Entwicklung des Wöhrder Sees von Bedeutung.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **-Durchführung von Projekten, v.a. „Abenteuer Stadt - Na(h)tur“
 -Vermittlung von Wissen über natürliche Ressourcen, ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Zusammenhänge mit ihren lokalen, regionalen und globalen Vernetzungen.
 -Schulartübergreifende Informations- und Servicestelle für Fragen bezüglich einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.
 -Entwicklung innovativer pädagogischer Projekte zur Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Stadt Nürnberg**

Kennzahlen für Zielerreichung: **-Quantitative und qualitative Ergebnisse des Projektes „Abenteuer Stadt - NA(h)tur“.
 -Erarbeiten von neuen Projektanträgen.
 -Produkte der Öffentlichkeitsarbeit.**

Stellungnahme: **Im Zuge der Neuorganisation von 3.BM/SPI (POA vom 05.07.2011) sind bislang budgetfinanzierte Stellenkapazitäten entfallen. Die Deckung der beantragten Kapazität aus Stellenanteilen sowie aus dem Budget ist damit sichergestellt. Die Schaffung der beantragten Stelle wird daher begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Deckung (F 12.12).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **128**
 Tätigkeitsbereich **Projekt "Intensivierte Berufliche Orientierung für Schüler" (IBOS)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektkoordinator/-in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Projektkoordinator/-in	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Das Projekt richtet sich an Hauptschüler/innen der 8. und 9. Jahrgangsstufe. Durch Langzeitpraktika, verknüpft mit schulischen Unterrichtseinheiten, wird Praxiserfahrung und damit berufliche Orientierung ermöglicht. Die Jugendlichen müssen an einem schulinternen Bewerbungsverfahren um die Einsatzstellen teilnehmen. Das Projekt schließt zu Beginn der 9. Jahrgangsstufe mit der Einmündung in das Angebot SCHLAU ab.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **-Vorbereitung der Schüler/innen für den Übergang Schule/Beruf, Unterstützung bei der beruflichen Orientierung
 -Erwerb bzw. Anwendung von Tugenden wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Höflichkeit, Teamfähigkeit usw.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **-Quote der Hauptschulabsolventen/innen, die einen Ausbildungsplatz finden**

Stellungnahme: **Die Personalkapazität wurde bereits im Wege der überplanmäßigen Begutachtung gegen vollständige Deckung zur Verfügung gestellt. Die Schaffung der beantragten Stelle wird gegen vollständige Drittmittelfinanzierung begutachtet. Sie erhält den Stellenvermerk Z (zuschussabhängig).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **129**
 Tätigkeitsbereich **Ausbildungsplatzaquisiteur/in im Projekt SCHLAU (Schule, Lernerfolg, Ausbildung)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Ausbildungsplatzaquisiteur/in	S 11	54.500 €	54.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Ausbildungsplatzaquisiteur/in	S 11	54.500 €	54.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Zur Verbesserung der Ausbildungsstellensituation hat der/die Ausbildungsplatzaquisiteur/in die Aufgabe, von den Schulen benannte berufsreife und motivierte Schüler/innen aus BVJ-Klassen zu begleiten und zu unterstützen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Aufrechterhaltung des Bewerbungsverfahrens um einen Ausbildungsplatz während des Besuchs einer BVJ-Klasse und damit Vergrößerung der Ausbildungschance**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Vermittlung in Ausbildungsplätze**

Stellungnahme: **Unter dem Vorbehalt einer vollständigen Drittmittelfinanzierung kann der Bedarf begutachtet werden. Der Stellenvermerk Z (zuschussabhängig) wird angebracht.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt Geschäftsbereich Schule**
 lfd. Nr. **130**
 Tätigkeitsbereich **Verwaltungsmäßige Begleitung und Koordination Projekt SCHLAU (Schule, Lernerfolg, Ausbildung)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	16.957 €	10.393 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	16.957 €	10.393 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 08.13; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Verwaltungskoordination des SCHLAU-Projekts als städtischer Anteil im Rahmen der vereinbarten Kofinanzierungsanteile (mit Bundesagentur für Arbeit und Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus). POA-Beschluss vom April 2009 i. V. m. POA-Beschluss vom 20.07.2010.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Unterstützung des reibungslosen Ablaufs des Projekts, vor allem im Hinblick auf die finanziellen Notwendigkeiten im Rahmen einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung**

Kennzahlen für Zielerreichung: **zeitnahe Eingang der Fördergelder**

Stellungnahme: **Das Projekt SCHLAU wurde inkl. der überplanmäßigen Personalkapazität im POA am 20.07.2010 bis 08.13 verlängert. Die Stellenschaffung wird wie beantragt mit Fristvermerk F 08.13 begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**

Dienststelle **Amt für Allgemeinbildende Schulen**

Ifd. Nr. **131**

Tätigkeitsbereich **Ganztagsbetreuung an der Bertolt-Brecht-Schule - Hauptschule (BBS-HS)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,75	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	V b/IV b	41.025 €	41.025 €	0 €
Vorschlag:	0,75	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	V b/IV b	41.025 €	41.025 €	0 €
beantragt:	0,75	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	VI b/IV c	32.475 €	32.475 €	0 €
Vorschlag:	0,75	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	VI b/IV c	32.475 €	32.475 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Deckung aus staatlichen Zuschüssen und Budget; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Entsprechend der Bedarfsabfrage können für die Hauptschule an der BBS ab dem Schuljahr 2010/11 zwei Gruppen und ab dem Schuljahr 2011/12 drei Gruppen gebildet werden, die von staatlicher Seite mit insgesamt 64.500 Euro gefördert werden. Der städtische Eigenanteil von 15.000 Euro für Personal und 1.600 Euro für Sachaufwand ist in Teilen bereits durch das Budget SchA gedeckt bzw. nach Beschluss des Stadtrates vom 19.05.2010 für den Haushalt 2011 bzw. 2012 anzumelden. Städtische Realschule und Gymnasium sowie staatliche Hauptschule an der BBS sind als ein organisatorischer Verbund zu sehen. Der Ganztagsbetrieb muss daher aus einer Hand gesteuert werden. Der sonst übliche Einsatz eines Trägers, der nur die Schüler des staatlichen Hauptschulzweiges betreut, ist aus diesem Grund hier nicht möglich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Verbesserte Betreuung der Hauptschüler/innen an der BBS und damit Reduzierung der Durchfallerquote und Erhöhung der Anzahl der Hauptschulabsolventen**

Kennzahlen für Zielerreichung: **-Quote erfolgreicher Hauptschulabsolventen
-Durchfallerquote**

Stellungnahme: **Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme, die durch das Zuschussprogramm des Staates für Ganztagesklassen unterstützt wird. Entsprechend des Gutachtens des Schulausschusses vom 16.04.2010, welches in der Stadtratssitzung am 19.05.2010 zum Beschluss erhoben wurde, ist SchA im dort genannten Rahmen ermächtigt, entsprechende Anträge zu stellen. Die beantragte Personalkapazität wird daher begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Berufliche Schulen**
 lfd. Nr. **132**
 Tätigkeitsbereich **Projekt SCHLAU (Schule, Lernerfolg, Ausbildung) - Sozialpädagoge/in**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 11	54.500 €	33.790 €	20.710 €
Vorschlag:	1,00	Sozialpädagoge/in	S 11	54.500 €	33.790 €	20.710 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 08.13; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Notwendigkeit der stellenplanmäßigen Aufnahme der bisher überplanmäßig begutachteten Stellenkapazität für das Projekt SCHLAU, vgl. POA-Beschluss vom 20.07.2010**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- **Vertiefte Berufsorientierung und verbessertes Berufsentscheidungsverhalten der Absolventen von Hauptschulen.**
- **Ausbildungsnot veranlasst die Akquisition von neuen dualen Ausbildungsangeboten und die passgenaue Vermittlung von ausbildungswilligen und ausbildungsreifen Hauptschulabsolventen/innen.**
- **Nachhaltigkeit: Ziel ist neben einer vermehrten Vermittlung in nicht geförderte duale Ausbildungsverhältnisse die verbesserte Motivation der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und das Erreichen höherer schulischer Qualifikationsniveaus**

Kennzahlen für Zielerreichung: **-Vermittlungsquote in Ausbildungsberufe**

Stellungnahme: **Das Projekt SCHLAU wurde inkl. der überplanmäßigen Personalkapazität im POA am 20.07.2010 bis August 2013 verlängert. Die Stellenschaffung wird wie beantragt mit Stellenvermerk Z (zuschussabhängig) begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **3. BM**
 Dienststelle **Amt für Berufliche Schulen**
 lfd. Nr. **133**
 Tätigkeitsbereich **Projekt SCHLAU (Schule, Lernerfolg, Ausbildung) - Verwaltungskraft**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,54	Verwaltungskraft	VI b	23.382 €	14.497 €	8.885 €
Vorschlag:	0,54	Verwaltungskraft	VI b	23.382 €	14.497 €	8.885 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Stellenvermerk Z (zuschussabhängig)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Verwaltungsunterstützung vor Ort beim „operativen Team“ des SCHLAU-Projekts als städtischer Anteil im Rahmen des vereinbarten Kofinanzierungsanteils (mit Bundesagentur für Arbeit und Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus). Vgl. POA-Beschluss vom 20.07.2010.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Unterstützung für reibungslosen Verlauf des Projekts, vor allem durch Entlastung der „operativen“ Mitarbeiter im Hinblick auf zeitaufwändige, einfachere Verwaltungstätigkeiten.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Das Projekt SCHLAU wurde inkl. der überplanmäßigen Personalkapazität im POA am 20.07.2010 bis August 2013 verlängert. Die Stellenschaffung wird wie beantragt mit Stellenvermerk Z (zuschussabhängig) begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Referat für Allgemeine Verwaltung**
 lfd. Nr. **134**
 Tätigkeitsbereich **Betriebsärztlicher Dienst**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,28	Arzthelfer/in	VII/VI b	11.788 €	3.536 €	8.252 €
Vorschlag:	0,28	Arzthelfer/in	VII/VI b	11.788 €	1.768 €	10.020 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **Teildeckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Entsprechend den Vorgaben der Unfallversicherungsträger und des Arbeitssicherheitsgesetzes sind vom betriebsärztlichen Dienst entsprechende Untersuchungen und Maßnahmen durchzuführen, für die neben entsprechender ärztlicher Kapazität auch für die Hilfsarbeiten ausreichende Personalkapazität bereitzustellen ist. Das bereitzustellende Stundenmaß hat sich aufgrund rechtlicher Änderungen erhöht. Zudem hat die Zahl der durchzuführenden Untersuchungen in den letzten Jahren stetig zugenommen. Zur Erfüllung des durch rechtliche Vorgaben auferlegten Arbeitsanfalls ist daher zusätzliche Personalkapazität auch im Arzthelferinnenbereich erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Unterstützung bei der Abarbeitung entsprechender Untersuchungen und Maßnahmen zur Erfüllung der Vorgaben der Unfallversicherungsträger und des Arbeitssicherheitsgesetzes.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Anzahl der Sehtests, der Lungenfunktionsprüfungen, der Audiogramme, der Ruhe- und Belastungs-EKGs, Anzahl der durchgeführten Venenpunktionen zum Zwecke der Blutabnahme, Anzahl der Laborarbeiten, Anzahl der Ausfertigungen von Gutachten**

Stellungnahme: **Unter Berücksichtigung der bestehenden Teildeckung wird aufgrund des Anstiegs der arbeitsmedizinischen Untersuchungen der Antrag auf Stellenschaffung im Umfang von 11 WAS begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Referat für Allgemeine Verwaltung/SKN**
 lfd. Nr. **135**
 Tätigkeitsbereich **SAP-Kompetenzzentrum Nürnberg (SKN) - Gewährleistung des laufenden Betriebes, Durchführung von Projekten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	3,00	Modulbetreuer/in	IV b/IV a	172.500 €	0 €	172.500 €
Vorschlag:	3,00	Modulbetreuer/in	IV b/IV a	172.500 €	0 €	172.500 €
beantragt:	2,38	Modulbetreuer/in	A 9/10	133.518 €	0 €	133.518 €
Vorschlag:	2,38	Modulbetreuer/in	A 9/10	133.518 €	0 €	133.518 €
beantragt:	2,44	Modulbetreuer/in	V b/IV b	133.468 €	0 €	133.468 €
Vorschlag:	2,44	Modulbetreuer/in	V b/IV b	133.468 €	0 €	133.468 €
beantragt:	1,00	Modulbetreuer/in	VII	42.100 €	0 €	42.100 €
Vorschlag:	1,00	Modulbetreuer/in	VII	42.100 €	0 €	42.100 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 06.14; die Stellen der Modulbetreuer/innen erhalten einen ku-Vermerk A 9/10 bzw. V b/IV b im Hinblick auf den künftigen Anteil an Projektarbeit.**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Zur Gewährleistung des laufenden Betriebs und zur Durchführung von Projekten ist zusätzliche Personalkapazität erforderlich. Derzeit sind verschiedene Projekte bei der Stadt Nürnberg in Arbeit (z. B. Bau Controllingsoftware für Hochbau und U-Bahnbau; Weiterentwicklung Haushaltswirtschaft u.a.). In der Vorbereitungsphase sind folgende Projekte: Facilitymanagement (CAFM) und Gebäudemanagement; Archivierung; SEPA - Einführung der Single European Payment Area - Funktionen bei KaSt; Instandhaltung und Materialwirtschaft für Th.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme:

Die Schaffung der beantragten Stellen wird für die bisher überplanmäßig begutachteten Kapazitäten zur Gewährleistung des laufenden Betriebs und zur Durchführung von Projekten begutachtet. Sie erhalten zunächst einen Fristvermerk bis 06.14. Im Rahmen der beantragten MIP-Maßnahme wurden die Personalkosten teilweise mit veranschlagt. Die Stellen der Modulbetreuer/innen erhalten einen ku-Vermerk A9 G/10 bzw. V b/IV b, da sich bei Neubesetzung voraussichtlich das Tätigkeitsspektrum ändert.

Für den weiteren Betrieb des SAP-Kompetenzzentrums soll künftig eine laufend fortzuschreibende Projektplanung mit Angabe der geplanten Kapazitäten erfolgen. Außerdem soll für alle neuen Projekte eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeführt werden. Auf der Basis von Leistungsaufschreibungen soll eine Leistungsverrechnung an die Dienststellen aufgebaut werden.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Amt für Organisation, Informationsverarbeitung und Zentrale Dienste**
 lfd. Nr. **136**
 Tätigkeitsbereich **Dokumentenmanagementsystem**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	DMS-Fachkraft	V b/IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	1,00	DMS-Fachkraft	V b/IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
beantragt:	1,00	DMS-Kraft	V b/IV b	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	1,00	DMS-Kraft	V b/IV b	54.700 €	0 €	54.700 €
beantragt:	0,77	Fachkraft für Dokumentation	V b/IV b	42.119 €	0 €	42.119 €
Vorschlag:	0,77	Fachkraft für Dokumentation	V b/IV b	42.119 €	0 €	42.119 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung, Fristvermerk F 12.15**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Der POA hat am 08.12.2009 beschlossen, ein Dokumentenmanagementsystem für die Stadtverwaltung Nürnberg einzuführen. Im Rahmen des MIP 2011- 2014 sind Mittel für die Einführung eingeplant. Derzeit wird aus dem Stellenbestand von OrgA/1 und OrgA/luK die Projektleitung im Umfang von 2,0 VK gestellt. Weitere Kapazitäten sind für die Projektpilotierung und Entwicklung des sog. „Nürnberg Standards“ in nicht unerheblichem Umfang eingebunden gewesen. Die zusätzlichen Kapazitäten sind notwendig, um nach der Einführung der Version 8.01 den weiteren Rollout in der Stadtverwaltung voranzutreiben.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Der Handlungsbedarf bei Ablage und Archivierung sowie erwartete Optimierungspotenziale aus elektronischer Vorgangsbearbeitung machen die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems notwendig und sinnvoll. Die Verwaltung erwartet sich nach einer entsprechenden Einführungs- und Anpassungszeit effizientere Arbeitsabläufe und damit auch Vorteile für Bürgerinnen, Bürger und Beschäftigte.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **- Anzahl der PC-Arbeitsplätze, die mit DMS arbeiten
 - rückläufiger Papierverbrauch und abnehmende Druckkosten
 - Freiwerden von Räumen
 - Verkürzung von Such- und Recherchezeiten und schnellere Verfügbarkeit von Unterlagen am Arbeitsplatz**

Stellungnahme: **Die Schaffung der beantragten Stellen ist erforderlich und wird begutachtet, um die im POA am 8.12.2009 beschlossene Einführung eines Dokumentenmanagesystems für die Stadtverwaltung Nürnberg zu realisieren. Es werden nach einer entsprechenden Einführungs- und Anpassungszeit effizientere Arbeitsabläufe erwartet. Die Stellen erhalten zunächst einen Fristvermerk bis 12.15. Im Rahmen der beantragten MIP-Maßnahme wurden die Personalkosten mit veranschlagt.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Amt für Organisation, Informationsverarbeitung und Zentrale Dienste**
 lfd. Nr. **137**
 Tätigkeitsbereich **Heilig-Geist-Haus**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Pförtner/in	VIII	40.000 €	0 €	40.000 €
Vorschlag:	1,00	Pförtner/in	VIII	40.000 €	0 €	40.000 €
beantragt:	1,00	Handwerker und Hausmeister	LGr. 4/5 a	42.100 €	0 €	42.100 €
Vorschlag:	1,00	Handwerker und Hausmeister	LGr. 4/5 a	42.100 €	0 €	42.100 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die Umbau- und Sanierungsarbeiten des Heilig-Geist-Hauses wurden im Frühjahr 2011 abgeschlossen. Das Gebäude verfügt über 4.500 qm Nutzfläche. Das Gebäude wird künftig intensiv von sehr heterogenen Gruppen mit unterschiedlichsten Anforderungen genutzt. Neben der Hochschule für Musik, die den Festsaal im EG mit dazugehörigen Einspiel- und Lagerräumen an ca. 30 Wochen im Jahr für ihre Zwecke nutzen kann, wird das Gebäude von folgenden städtischen Dienststellen bzw. externen Organisationen genutzt: Amt für Senioren- und Generationenfragen (SenA), Amt für internationale Beziehungen (IB), Menschenrechtsbüro, Forum für jüdische Geschichte, Büro der Bürgervereine, Integrationsbeirat, Menschenrechtszentrum, Dante Alighieri Gesellschaft Nürnberg, Arabisches Museum e.V. Als hausverwaltende Dienststelle wurden von ZD (jetzt OrgA) für die Funktion eines Pförtners und eines Hausmeisters zwei Vollzeitstellen beantragt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Ziel der beantragten Stellenschaffungen ist es, einen geordneten "Betriebsablauf" sowohl nach innen als auch für Besucher und Kunden nach außen zu gewährleisten.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Das Heilig-Geist-Haus wurde Ende Januar 2011 bezugsfertig. Für die Aufgabenerfüllung i. S. e. geordneten Betriebs ist zwingend zusätzliche Kapazität erforderlich. Hierfür werden 1 VK Pförtner und 1 VK Handwerker und Hausmeister begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
 Dienststelle **Personalamt**
 lfd. Nr. **138**
 Tätigkeitsbereich **Personalservice - Sachgebiet Schule und Soziales, Sachgebiet Technische Dienste**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,50	Sachbearbeiter/in	A 10	86.250 €	86.250 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	54.700 €	0 €	54.700 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Die Zahl der Stellenbesetzungsverfahren nimmt mit Blick auf die Demographie weiterhin beständig zu. Zudem ist seit 2009 die Zahl der zu bewertenden externen Bewerbungen im Vergleich zu den Vorjahren überproportional angestiegen. Darüber hinaus ist mit Blick auf die Rechtsprechung in Konkurrentenstreitigkeiten, wie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, die Bewerberauswahl noch sorgfältiger zu dokumentieren. Aus dem neuen Dienstrecht i.V. mit den Übergangsregelungen ergeben sich noch die unterschiedlichsten Fallkonstellationen, die zu prüfen und umzusetzen sind. Im Tarifbereich werden noch die neue Entgeltordnung bzw. bis zu deren Vereinbarung noch diverse Tarifabschlüsse mit entsprechenden komplizierten Nachbesserungen erwartet. Festzustellen ist auch, dass vor dem Hintergrund der diversen Haushaltskonsolidierungsrunden die Anstrengungen zur Vermittlung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Mobilitätsmanagement zunehmend mehr Personalkapazität beanspruchen. Auch die Einhaltung der Wiederbesetzungssperre und die beabsichtigte Entwicklung eines Controlling-Information-Systems wird Personalkapazität beanspruchen. Außerdem erfordert die Begleitung struktureller Veränderungen in der Stadtverwaltung zunehmend mehr Personalkapazität (z. B. Einrichtung des Eigenbetriebes SÖR in zwei Stufen, Facility Management). Die Einführung der für PA/2 maßgebenden und wichtigen Personalmanagement-Module Bewerberverwaltung und Delegationsdatenbank bindet noch geraume Zeit mehr Personalkapazität.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Eine qualitativ hochwertige wie effiziente Personalsachbearbeitung sichert intern zunächst die Kundenzufriedenheit und die Zufriedenheit der städtischen Beschäftigten mit ihrem Arbeitgeber/Dienstherrn. Letztendlich dient sie aber der Sicherstellung einer leistungsfähigen Stadtverwaltung und somit der Bürgerzufriedenheit.

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Die Stelleninhaberin/der Stelleninhaber trägt dazu bei, dass die Kundenzufriedenheit, die Mitarbeiterzufriedenheit und letztendlich die Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Stadtverwaltung gesteigert werden kann.

Stellungnahme:

Insbesondere für die Umsetzung des Neuen Dienstrechts ab 01.01.2011 und für die Einführung der Management-Module Bewerberverwaltung und Delegationsdatenbank wurde für das Jahr 2011 der Einsatz von 1,5 VK, BGr. A9G/10 überplanmäßig begutachtet. Da sich die Anzahl der Stellen für die Gesamtstadt (einschließlich Eigenbetriebe, ohne Klinikum und Staatstheater) von 2006 bis 2011 um 283 erhöht hat und darüber hinaus die Anzahl der Beschäftigten der Stadt Nürnberg aufgrund erhöhter Teilzeitbeschäftigungsquote überproportional gestiegen ist, wird die Schaffung einer VK-Stelle begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Finanzreferat**
 lfd. Nr. **139**
 Tätigkeitsbereich **Projektleitung "Weiterentwicklung Haushaltswirtschaft"**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektleiter/in	A 15	92.600 €	0 €	92.600 €
Vorschlag:	1,00	Projektleiter/in	A 15	92.600 €	0 €	92.600 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 06.14 und Stellenplanvermerk ku**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Mit Beschluss des Ältestenrates vom 25.03.2009 wurde das Projekt Fortschreibung der Budgetierung, Einführung der produktorientierten Gliederung des Haushalts, Anpassung des Controlling-Konzeptes inkl. Berichtswesen (Projektkurzbezeichnung; "Weiterentwicklung Haushaltswirtschaft") beschlossen. Mit OrgA-Vermerk vom 18.08.2010 wurde für die Projektleitung "Weiterentwicklung Haushaltswirtschaft" für den Zeitraum vom 01.11.2010 bis 30.06.2014 Kapazität im Umfang einer Vollkraft überplanmäßig begutachtet.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen Produkthaushalts, der zusammen mit Zielen und einem Kennzahlensystem eine am Output (Leistung) und Outcome (Wirkung) ausgerichtete Steuerung ermöglichen soll. Auch durch das neue Haushalts- und Rechnungswesens insgesamt mehr Transparenz in der Öffentlichkeit, der Politik und der Stadtverwaltung erzielt werden.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Im Grobkonzept des Projekts sind die Ziele und die einzelnen Bausteine des Projektes dargestellt. Für das Projekt wurde ein grober Zeitplan erstellt. Wichtige Meilensteine des Projektes sind:
 1. Produktivstart der Haushaltsplanung nach der neuen Systematik ab dem 01.03.2013 und
 2. Produktivstart der Bewirtschaftung nach der neuen Systematik ab dem 01.01.2014.**

Im Rahmen eines Projektcontrollings wird der Projektplan mindestens monatlich fortgeschrieben. Die Projektleitung legt einen Statusbericht vor, der Informationen über die zeitliche Einhaltung von Terminen, über die Qualität und die Einhaltung des vereinbarten Leistungsumfangs beinhaltet. Anhand des Statusberichtes lässt sich der aktuelle Zielerreichungsgrad feststellen.

Stellungnahme: **Die Einführung des Produkthaushalts erfolgt im Rahmen einer gesetzlichen Vorgabe und ist darüberhinaus wichtig für die Steuerung der Stadt Nürnberg. Die Schaffung der beantragten Stelle wird mit Stellenplanvermerk ku begutachtet und mit Anbringung eines Fristvermerks für die voraussichtliche Dauer des Projekts (F 06.14 ku) .**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Kassen- und Steueramt**
 Ifd. Nr. **140**
 Tätigkeitsbereich **Kompetenzzentrum Steuern**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in (Bilanzbuchhalter/in)	IV a	28.750 €	0 €	28.750 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in (Bilanzbuchhalter/in)	IV a	28.750 €	0 €	28.750 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: Die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen hat eine verstärkte Prüfung der Betriebe gewerblicher Art durch die Finanzbehörden mit sich gebracht. Während im kameralen Haushaltswesen anstelle von Steuerbilanzen sich aus der Haushaltsrechnung ergebende Einnahmen und Ausgabenrechnungen aus Kulanz akzeptiert wurden, müssen nun der Finanzverwaltung die gesetzlich vorgeschriebenen Bilanzen vorgelegt werden. Auch hat der Prüfungsumfang durch das Finanzamt erheblich zugenommen. Statt für bisher fünf Betriebe gewerblicher Art müssen nun künftig für 16 Betriebe Steuererklärungen abgegeben werden, Tendenz nach Ansicht von KaSt weiter steigend.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: Verringerung der Steuerlast für den Konzern Stadt Nürnberg: Die Ende 2010 abgeschlossene Betriebsprüfung der Zeiträume 2001 – 2004 führte zu Nachzahlungen, einschließlich Zinsen, an die staatliche Finanzverwaltung in Millionenhöhe. Diese Nachzahlungen hätten zumindest teilweise vermieden werden können, wenn bereits im Vorfeld eine intensivere Prüfung der steuerlichen Buchungen der Dienststellen durch KaSt sowie steuerliche Optimierungsmöglichkeiten durchgeführt worden wären. Steuerliche Fehlbuchungen der Dienststellen wären möglicherweise vermeidbar gewesen. Eine Verstärkung des Teams durch eine steuerlich erfahrene Fachkraft trägt hier kapazitätsmäßig maßgeblich zu einer Ausweitung der Prüfungsmöglichkeiten der Abteilung KaSt/5 bei.

Kennzahlen für Zielerreichung: Anzahl der zu erstellenden Steuerbilanzen: Für 11 BgAs besteht zwingend die gesetzliche Pflicht zur Bilanzerstellung wegen deren Umsatzhöhe. Bei weiteren 5 BgAs ist zwar derzeit kein Überschreiten der maßgeblichen Umsatzgrenze gegeben, jedoch wird, soweit nach Handelsrecht eine Bilanz erstellt wird, vom Finanzamt regelmäßig die Einreichung von Steuerbilanzen eingefordert (bisher: nur für 2 BgAs). Für 6 BgAs muss darüber hinaus neben der Steuerbilanz zusätzlich ein aufwändiges Anlagevermögensgitter erstellt werden.

Stellungnahme: Da die alternative Vergabe an externe Steuerberater erheblich höhere Kosten verursachen würde (und hierzu umfangreiche Zuarbeiten erforderlich wäre), wurde bereits zum Haushalt 2010 eine Stelle der Wertebene VGr. IVa BAT im Umfang von 0,5 VK mit Fristvermerk F 12.11 geschaffen. Die Befristung erfolgte, um die Entwicklung in diesem Bereich abzuwarten und danach die nötige Personalkapazität auf Dauer einzurichten. Zum damaligen Zeitpunkt lagen kaum Erfahrungen vor, so dass man zum einen von einer deutlich geringeren Zahl steuerlich relevanter BgAs ausging, sowie von Erfahrungswerten, die bei der erstmaligen eigenen Erstellung des „Jahresabschlusses Marktamt“ (bis dato extern vergeben) gesammelt wurden. Vor dem Hintergrund der steigenden Zahlen ist die Ausweitung und Verstetigung eigener Kompetenz in diesem Bereich notwendig und wirtschaftlicher als eine externe Vergabe.

Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Kassen- und Steueramt**
 lfd. Nr. **141**
 Tätigkeitsbereich **Gewerbsteuer - Intensivierung der Zerlegungsprüfung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in, Betriebsprüfer/in	A 10	28.750 €	28.750 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in, Betriebsprüfer/in	A 10	28.750 €	28.750 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch eine Intensivierung und Systematisierung der Prüfungstätigkeit in der Gewerbsteuer können lt. Rödl & Partner (Haushaltskonsolidierungsvorschläge 2010 – 2013 (ID-Nr.: 15) mit hoher Wahrscheinlichkeit Potenziale für die Erzielung von Mehreinnahmen erschlossen werden. Rödl & Partner geht hier beim Einsatz einer halben Vollkraft von einem jährlichen Potenzial in Höhe von 250.000 € aus und schlägt die Schaffung einer entsprechenden Stelle vor. Zur Verifizierung der erwarteten Effekte wurde zunächst eine Kapazität im Umfang einer halben Vollkraft (BGr. A 10) für drei Jahre ab Einarbeitung der/des Mitarbeiter/in zur Verfügung gestellt. Im Zusammenhang mit der oben genannten von Rödl & Partner vorgeschlagenen Maßnahme „Intensivierung und Systematisierung der Prüfungstätigkeit in der Gewerbsteuer“ wurde bisher eine überplanmäßige Personalkapazität im Umfang von einer halben Vollkraft zur Verfügung gestellt. Für den verbleibenden Verifizierungszeitraum (F 06.13) soll nun eine Stellenschaffung zum Haushalt 2012 erfolgen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Generierung von Mehrerlösen im Bereich "Zerlegungsprüfung Gewerbsteuer" in Höhe von 250.000 €**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Mehreinnahmen nach erfolgten Zerlegungsprüfungen**

Stellungnahme: **Der Modellversuch "Intensivierung der Zerlegungsprüfung" bei KaSt (Konsolidierungsziel: 250.000,-- Euro) ist zur Verifizierung bis 06/2013 angelegt. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich aber dennoch schon eine vorsichtig optimistische Prognose abgeben: Erste Hochrechnungen haben ergeben, dass im Vergleich zu 2009 die direkt der Intensivierung der Zerlegungsprüfung zuzurechnenden Mehreinnahmen gegenüber 2009 bei 230.945,00 EUR lagen.**

Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk für die Dauer des Modellversuchs (F 12.13).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Kassen- und Steueramt**
 lfd. Nr. **142**
 Tätigkeitsbereich **Grundabgaben**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,75	Sondersachbearbeiter/in	A 10	43.125 €	30.619 €	12.506 €
Vorschlag:	0,75	Sondersachbearbeiter/in	A 10	43.125 €	30.619 €	12.506 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 7	43.300 €	30.743 €	12.557 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter	A 7	43.300 €	30.743 €	12.557 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	VI b	43.300 €	30.743 €	12.557 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	VI b	43.300 €	30.743 €	12.557 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Neben den seit Jahren im Bereich Grundabgaben steigenden Fallzahlen haben auch verschiedene Gesetzesänderungen (insbesondere die Abkehr vom Prinzip der Gesamtschuldnerschaft im Gebührenbereich), geänderte Bescheidzyklen und die weitere Zunahme von Zwangsverwaltungen und Insolvenzen zu einer immer komplexer werdenden Sachbearbeitung und einer dauerhaften Mehrbelastung in diesem Bereich geführt. Zudem wurde aufgrund der zwingend notwendigen Ablösung des bisherigen (sehr komfortablen) Fachverfahrens (Großrechnerlösung) das SAP-Modul TFA eingeführt. Dies führte insgesamt zu einem erheblichen Rückstand in der Sachbearbeitung, zu deren Abbau und zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs bereits mehrfach Kapazität überplanmäßig zur Verfügung gestellt wurde.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Aufrechterhaltung des Regelbetriebs, zeitnahe Sachbearbeitung und damit Vermeidung von Zinsverlusten und auch Verlusten in der Haupt(gebühren)sache**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Anzahl der Bescheide/Mitarbeiter/in**

Stellungnahme: **Die, insbesondere während der Einführungsphase des SAP-Moduls TFA, entstandenen Bearbeitungsrückstände sind weitestgehend abgebaut. Die in der Übergangsphase überplanmäßig bereitgestellte Kapazität in Höhe von 5,5 Vollkraftstellen sind daher in diesem Umfang nicht mehr erforderlich. Um den genauen Personalbedarf für den Regelbetrieb zu verifizieren, soll 2012 in einem Personalbemessungsprozess die erforderliche Personalkapazität festgestellt und dann dauerhaft eingerichtet werden. Bis zum Abschluss dies Prozesses werden die beantragten Stellen deshalb befristet begutachtet; sie erhalten einen Fristvermerk bis zum Ende des Jahres 2012 (F 12.12).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Kassen- und Steueramt**
 lfd. Nr. **143**
 Tätigkeitsbereich **Zweitwohnungssteuer**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Sachbearbeiter/in	A 8	94.600 €	0 €	94.600 €
Vorschlag:	2,00	Sachbearbeiter/in	A 8	94.600 €	0 €	94.600 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Am 28.10.2004 wurde vom Stadtrat die Einführung der Zweitwohnungssteuer in Nürnberg beschlossen. Die Zweitwohnungssteuer ist als örtliche Aufwandssteuer eine reine Kommunalsteuer und besteuert das Innehaben einer weiteren Wohnung (Zweitwohnung) neben einer Hauptwohnung. In der Veranlagung der Zweitwohnungssteuer haben Gesetzesänderungen (insbesondere die Änderung des Art. 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) / Prüfung der Einkommensgrenzen) oder geänderte Rechtsprechungen zu einer sehr umfangreichen Sachbearbeitung geführt.

Um den enormen Arbeitsaufwand während der Einführungsphase und der Erstveranlagung bewältigen zu können, wurden überplanmäßige Personalkapazitäten eingesetzt und zusätzlich Kräfte innerhalb des Steueramtes gebündelt und verschiedenste personelle Notmaßnahmen ergriffen.

Zwischenzeitlich sind die seit Einführung der Zweitwohnungssteuer bestehenden Bearbeitungsrückstände weitestgehend aufgearbeitet, so dass zum 01.07.2011 im Sachgebiet Zweitwohnungssteuer nunmehr der Normalbetrieb aufgenommen werden konnte.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Die angepasste Personalausstattung dient im Sinne der Steuergerechtigkeit einer ordentlichen und zeitnahen Sachbearbeitung, insbesondere da die Zweitwohnungssteuer als reine kommunale Steuer mit relativ wenig Akzeptanz bei den betroffenen Steuerzahlern wohl auch weiterhin wie in den letzten Jahren zu einem relativ hohen Aufkommen an Widersprüchen und Klagen, sowie Eingaben an die Stadtspitze mit entsprechendem Verwaltungsaufwand führen wird. Mit der Stellenschaffung soll eine adäquate, rechtzeitige und gleichzeitig effiziente Sachbearbeitung gewährleistet werden.

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Steuerfälle (mit Zahllast) je Mitarbeiter/in, gemeldete Nebenwohnungen je Mitarbeiter/in im interkommunalen Vergleich

Stellungnahme:

Die Zweitwohnungssteuer erzielt neben den originären Steuereinnahmen (2010: 850.000,- Euro) nach wie vor v.a. erhebliche Sekundäreffekte wie erhöhte Konzessionsabgaben der StWN durch das Überschreiten der 500.000- Einwohner-Grenze (ca. 4,5 Mio. € p.a.), erhöhte Schlüsselzuweisungen (ca. 1,5 Mio. € p.a.) und erhöhte Einkommenssteueranteile (ca. 0,8 Mio. € p.a.) und soll daher nach dem Willen des Stadtrats fortgeführt werden. Nach Einführung der Zweitwohnungssteuer in Nürnberg wurden zum Haushalt 2005 hierfür 3 Vollkraft-Stellen neu geschaffen. Darüber hinaus wurde seitdem für die Erstveranlagung Kapazität überplanmäßig in unterschiedlichem Umfang (bis zu 8,2 Vollkräfte) bereit gestellt. Die teilweise hohen Begutachtungen waren insbesondere auch zum Abbau der seit der Einführung der Zweitwohnungssteuer entstandenen Bearbeitungsrückstände nötig. Für den Regelbetrieb ist die Personalausstattung auch nach Schaffung der Stellen im Vergleich zu anderen (bayerischen) Kommunen am unteren Ende. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Kassen- und Steueramt**
 lfd. Nr. **144**
 Tätigkeitsbereich **Anlagenbuchhaltung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,50	Sachbearbeiter/in	VI b	64.950 €	0 €	64.950 €
Vorschlag:	1,50	Sachbearbeiter/in	VI b	64.950 €	0 €	64.950 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Aufgrund neuer gesetzlicher Vorschriften wurde seit 2008, auch aus Gründen der Bilanzwahr- und -
 klarheit, das Verfahren der zentralen Abwicklung und Aktivierung der geringwertigen
 Wirtschaftsgüter ab 150,- Euro (früher 410,- Euro) in der Anlagenbuchhaltung eingeführt. Seit
 01.01.2010 besteht ein Wahlrecht zwischen der früheren Veranlagung und der neuen Abschreibung
 für GWGs. Gleichwohl spricht eine Vielzahl von Gründen für eine Fortführung des seit 2008
 praktizierten Verfahrens (wie die die bereits erwähnte Bilanzwahr- und klarheit sowie mittelbare
 Vorteile für den städtischen Haushalt durch ein erhöhtes Anlagevermögen). Dies und die daneben
 angestrebte beschleunigte Erstellung des Jahresabschlusses erfordern zusätzliche Personalkapazität.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Durch die zentrale Wahrnehmung der Aufgaben wird eine qualitativ genauere Verbuchung der GWG's
 angestrebt, ein besserer Überblick über das vorhandene Anlagevermögen sowie eine Erhöhung des
 Anlagevermögens in der Bilanz. Durch die zusätzliche Personalkapazität in der Anlagenbuchhaltung
 ist auch eine frühere Erstellung des Jahresabschlusses möglich.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Früherer Abschluss der Jahresabschlussarbeiten**

Stellungnahme: **Zum Haushalt 2009 wurde bereits eine Stelle in BGr. A 7 mit Fristvermerk F 12.10 geschaffen.
 Hintergrund der Befristung war, dass zum damaligen Zeitpunkt mangels belastbarer Erfahrungswerte
 die erforderliche Personalkapazität noch nicht absehbar war. Als sich die erforderlichen Arbeiten als
 aufwendiger als ursprünglich geplant herausstellten, wurde zusätzliche Personalkapazität zur
 Verfügung gestellt. Die zentralisierte Bearbeitung der GWGs bei KaSt hat sich in Bezug auf eine
 Verbesserung der Erfassungsqualität und eine Erhöhung des städtischen Anlagevermögens bewährt.
 Im Laufe des Projekts "Neue Haushaltswirtschaft" soll zudem eine zentrale Rechnungseinweisung
 geprüft werden.
 Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Kassen- und Steueramt**
 lfd. Nr. **145**
 Tätigkeitsbereich **Vollstreckung öffentl.-rechtl. Forderungen für den Zweckverband "Komm. Verkehrsüberwachung im Großraum Nürnberg"**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,09	Gruppenleiter/in, Sachbearbeiter/in	A 9/10	5.049 €	5.049 €	0 €
Vorschlag:	0,09	Gruppenleiter/in, Sachbearbeiter/in	A 9/10	5.049 €	5.049 €	0 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in, stv. Gruppenleiter/in	V c	47.300 €	47.300 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in, stv. Gruppenleiter/in	V c	47.300 €	47.300 €	0 €
beantragt:	1,91	Buchhalter/in	VI b	82.703 €	82.703 €	0 €
Vorschlag:	1,91	Buchhalter/in	VI b	82.703 €	82.703 €	0 €
beantragt:	3,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	151.550 €	151.550 €	0 €
Vorschlag:	3,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	151.550 €	151.550 €	0 €
beantragt:	1,00	Verwaltungsfachkraft, Springkraft	VI b	43.300 €	43.300 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Verwaltungsfachkraft, Springkraft	VI b	43.300 €	43.300 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Am 21.10.2009 wurde durch den Stadtrat beschlossen, gemeinsam mit den Städten Fürth, Erlangen und Schwabach einen Zweckverband "Kommunale Verkehrsüberwachung im Großraum Nürnberg" (KVÜ) mit Wirkung zum 01.01.2010 zu gründen. In der Verwaltungsvereinbarung der vier Städte über den gemeinsamen Zweckverband vom 17.09.2009 wird die Stadt Nürnberg (KaSt) nach § 13 mit dem Vollstreckungswesen (Mahn- und Beitreibungsverfahren) für Forderungen des Zweckverbandes beauftragt. In einer weiterführenden Verwaltungsvereinbarung über die Finanzverwaltung und Vollstreckungswesen zwischen dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung und der Stadt Nürnberg / Kassen- und Steueramt (KaSt) wurde die Aufgabenerfüllung im März 2011 weiter konkretisiert. Im einzelnen werden die Finanzverwaltung (§ 14 VV ZV KVÜ), das Vollstreckungswesen (§ 13 VV ZV KVÜ) und die Zahlbarmachung der Bezüge (§ 12 Abs. 3 VV ZV KVÜ) von KaSt durchgeführt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Die zwischen dem Zweckverband (gegen Kostenerstattung) vereinbarten Leistungen sollen qualitativ hochwertig und effizient durch das Kassen- und Steueramt erbracht werden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Bußgeldbescheide der Kommunalen Verkehrsüberwachung je Kalenderjahr (Planung des Zweckverbands)**

Stellungnahme: **In der Verwaltungsvereinbarung vom März 2011 wird weiterhin (wie bei Gründung des Zweckverbandes) von ca. 60.000 Bußgeldbescheiden jährlich ausgegangen. Entsprechend den Festlegungen von 2009 bei der Gründung des Zweckverbandes sind daher weiterhin insgesamt 10,41 Vollkräfte für die Abwicklung der seitens des Zweckverbands an KaSt übertragenen Aufgaben erforderlich. Die hierfür anfallenden Personalkosten trägt der Zweckverband.**

Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
 Dienststelle **Friedhofsverwaltung**
 lfd. Nr. **146**
 Tätigkeitsbereich **Finanzwesen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Gruppenleiter/in, Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Gruppenleiter/in, Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung (zur Finanzierung wird an der Stelle 740.6180 eine kw-Vermerk angebracht)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die Zentralisierung der Buchhaltung und die Einführung der ordnungsrechtlichen Bestattung erweitern den Tätigkeitsbereich der Abteilung 1. Die Erfordernisse des Kostendeckers Friedhofsverwaltung mit zwei getrennten Betrieben gewerblicher Art hinsichtlich Haushaltsplanung und Vollzug, sowie der Ausrichtung und Steuerung der Buchhaltung im Hinblick auf eine aussagefähige Kosten- und Leistungsrechnung als Basis betrieblicher Planung, Preis- und Gebührenkalkulation, bedürfen im Hinblick auf die Kapazitäten und Strukturen in der Buchhaltung einer weiteren Stellenkapazität. Die Anforderungen können auf der Abteilungsleitungsstelle nicht im erforderlichen Umfang wahrgenommen werden. Die Ergebnisse der Betriebsprüfung für zurückliegende Perioden und die damit verbundene Aufarbeitung der Finanzdaten von Frh belegen, dass für den Finanzbereich nur unzureichende Datengrundlagen geschaffen wurden.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Schaffung einer den Anforderungen eines modernen Betriebs gerecht werdenden Finanzdatengrundlage für die Haushaltsplanung, die Kalkulation von Preisen und Gebühren, sowie für die Steuerung der gesamten Dienststelle mit all ihren Teilbereichen.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Verbesserung des Betriebsergebnisses**

Stellungnahme: **Zur Erstellung und Einführung eines entsprechenden Kosten- und Leistungsrechnungsmodells wurde bereits zusätzliche personelle Kapazität im Umfang einer Vollkraft (BGr. A 11) überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Für die kostendeckende Einrichtung Frh mit einem hoheitlichen und einem gewerblichen Bereich ist eine moderne, aussagekräftige KLR ein unverzichtbares Instrument für strategische Entscheidungen, Controlling und die Basis für die Kalkulation von Gebühren und Preisen. Die dauerhafte Stellenschaffung geht einher mit einer Neuordnung des (bislang) zersplitterten Rechnungswesens und Bündelung der Kompetenz in der Abteilung 1. Die Schaffung der beantragten Stelle wird in der Kapazität begutachtet, die Aufgaben sind jedoch mit VGr. IV a tarifgerecht bewertet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat III**
 Dienststelle **Umweltamt**
 lfd. Nr. **147**
 Tätigkeitsbereich **Hochwasserschutz**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in Hochwasserschutz	V b/IV b	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in Hochwasserschutz	V b/IV b	27.350 €	0 €	27.350 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.19**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Mit der Neufassung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Bayerischen Wassergesetzes (Abweg) zum 01.03.2010 sowie der nachfolgenden Bundes- und landesrechtlichen Regelungen wurden bzw. werden u. a. die Verfahren im Rahmen wasserrechtlicher Genehmigungsbescheide ausgeweitet. Auf Grund dieser neuen gesetzlichen Vorgaben, auch in Folge der EU-Hochwasserrisiko-Managementrichtlinie (HWRM-RL), müssen bis Ende 2013 für das Stadtgebiet mögliche Überschwemmungsgebiete mit hohem Schadenspotenzial an den Gewässern auf der Basis eines 100-jährlichen Hochwassers (= HQ100) ermittelt und per Rechtsverordnung festgesetzt werden (Risikogebiete). Ansonsten ist eine anderweitige rechtliche Sicherung einschl. der weiteren notwendigen Schritte auf der Zeitschiene, mind. jedoch bis 2019 notwendig (Zeitplan der HWRM-RL). (siehe auch Beschluss des Umweltausschusses vom 08.07.2009)**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Verringerung des Risikos hochwasserbedingter Folgen, insbesondere auf menschliche Gesundheit und Leben, die Umwelt, das Kulturerbe sowie die wirtschaftliche Tätigkeit und Infrastruktur sowie Rechts- und Planungssicherheit für Bürger, Firmen, Planungsbüros und für Fachdienststellen der Stadt Nürnberg**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Einhaltung der in der Begründung dargelegten Bearbeitungszeiträume. Entwicklung der Fläche der gesicherten potentiellen Gefährdungsbereiche.**

Stellungnahme: **Beim technischen Hochwasserschutz handelt es sich um eine neue gesetzliche Aufgabe, die unter zeitlichem Druck (2019; Zeitplan der HWRM-RL) steht. Deshalb wird zusätzliche Stellenkapazität im Umfang von 0,5 VK befristet bis 31.12.2019 begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat III**
 Dienststelle **Umweltamt**
 lfd. Nr. **148**
 Tätigkeitsbereich **Altlastenkataster**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Umweltschutzingenieur/in	V b/IV a	28.750 €	28.750 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Umweltschutzingenieur/in	V b/IV a	28.750 €	28.750 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Bereits im Oktober 2008 erfolgte eine Überprüfung der zur Aufgabenerfüllung im Bereich Altlastenkataster erforderlichen Personalkapazität. Im Dezember 2009 legte UwA zudem dar, dass im Zuge der Aufgabenveränderungen in der Abteilung Technischer Umweltschutz die Aufgaben im Bereich Altlastenmanagement nicht mehr abgedeckt werden können.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Erfüllung der Pflichtaufgabe Altlastenmanagement.**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Im Februar 2010 wurde die zusätzliche Kapazität im Bereich Altlastenmanagement begutachtet. Die zusätzliche Kapazität ist durch den Einzug freier Stellenanteile bereits gedeckt. Die Schaffung der beantragten Stelle wird zur stellenplanmäßige Anpassung der bereits vorhandenen Personalkapazität begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat III**
 Dienststelle **Umweltamt**
 lfd. Nr. **149**
 Tätigkeitsbereich **Biodiversitätsagentur**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	IV a/III	32.400 €	32.400 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	IV a/III	32.400 €	32.400 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 04.16**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Mit dem Projekt „Biodiversität und Infrastruktur - Knotenpunkt Nürnberg“ möchte UwA die erfolgreichen und in der SandachseAgentur erprobten Ansätze des kooperativen Naturschutzes zur Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie aufnehmen und ausbauen. Bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Nürnberg wurde eine sog. Biodiversitätsagentur eingerichtet. Die Agentur reaktiviert zunächst die im Rahmen der SandachseAgentur aufgebaute Zusammenarbeit mit Partnern aus Verwaltung und Wirtschaft und erschließt neue Partner, wie z.B. Kirchen und Sportvereine.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Erhalt und Steigerung der biologischen Vielfalt in Nürnberg; Ausgleich für bereits erfolgten Eingriffe im Stadtgebiet.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Effizienzkontrolle (Monitoring auf der Grundlage von Auswertungen des Ist-Zustandes); Jährlicher Bericht und Abschlussbericht mit Bilanz (Partner, Fläche, spez. Arten).**

Stellungnahme: **Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 04.16). Die Finanzierung erfolgt durch Ausgleichszahlungen des Naturschutzfonds.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat III**
 Dienststelle **Umweltamt**
 lfd. Nr. **150**
 Tätigkeitsbereich **Projektunterstützung "Wöhrder See"; Baumschutzverordnung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V b/IV a	57.500 €	0 €	57.500 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.16**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Angesichts der Bedeutung des Wöhrder Sees und seines Umfelds für Naherholung und Naturschutz sowie Natur- und Freiraumgestaltung der Stadt Nürnberg ist es erforderlich das Vorhaben mit einem Projektbeauftragten zu begleiten. Das erforderliche wasserrechtliche Genehmigungsverfahren wird bei UwA durchgeführt, so dass die Projektleitung ebenfalls bei UwA eingerichtet werden soll. Hierfür soll eine bewährte Kraft aus UwA eingesetzt und im erforderlichen Umfang freigestellt werden. Für deren Vertretung/Ersatz sind zusätzlichen Kapazitäten im beantragten Umfang erforderlich. Zudem treten im Bereich "Baumschutzverordnung" dauerhaft deutlich überdurchschnittliche Fallzahlen (1400, davon mindestens die Hälfte schwierige komplexe Fälle) auf. Hier soll durch die StelleninhaberIn/den Stelleninhaber im Rahmen freier Kapazitäten ebenfalls Unterstützung stattfinden.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Unterstützung der Leitung des Projektes „Wöhrder See“ zur Wahrnehmung, Koordination und Abstimmung der Interessen der verschiedenen Dienststellen / Geschäftsbereiche der Stadt Nürnberg und zur intensiven Kooperation mit den zuständigen staatlichen Stellen. Verantwortbare Belastung, Sachbearbeitung im Bereich Baumschutz. Ermöglichung bürger- und unternehmensorientierter Bearbeitungszeiten.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Zielerreichung Zeit- und Programmplan Projekt „Wöhrder See“.**

Stellungnahme: **Die beantragte Kapazität wurde im Mai 2011 vorab begutachtet und soll befristet bis 31.12.2016 (voraussichtlicher Abschluss des Projekts "Wöhrder See") weiter zur Verfügung gestellt werden. Eine teilweise Refinanzierung durch den Freistaat Bayern soll durch die Aktivierung staatlicher Mittel für Planungs- und Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Projektes erfolgen. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Die Stelle erhält zunächst einen Fristvermerk (F 12.16).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat III**
 Dienststelle **Gesundheitsamt**
 lfd. Nr. **151**
 Tätigkeitsbereich **Kinder- und Jugendärztlicher Dienst / aufsuchende Gesundheitshilfe**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Kinderkrankenschwester	Kr. IV/Va	45.650 €	0 €	45.650 €
Vorschlag:	0,50	Kinderkrankenschwester	Kr. IV/Va	22.825 €	0 €	22.825 €
beantragt:	0,50	Jugendarzt/-ärztin	II/la	43.525 €	0 €	43.525 €
Vorschlag:	0,25	Jugendarzt/-ärztin	II/la	21.762 €	0 €	21.762 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: Für den weiteren Ausbau der aufsuchenden Gesundheitshilfe nach dem Konzept des JHA wurden ab 01.02.2010 eine Halbstelle einer Kinderkrankenschwester und ab 01.11.2010 eine Arztstelle im Umfang von 0,25 VK überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Konzeption sah eine Gesamtkapazität von 0,75 Arztstellen und 3,0 Kinderkrankenschwester-Stellen vor.
 Die Arbeitsaufwände und Mehrarbeitsstunden bedingen entsprechend dem Stand des Ausbaus der aufsuchenden Gesundheitshilfe derzeit einen Bedarf von 0,5 VK Arzt/Ärztin. Neben der Überführung der überplanmäßigen Kapazität im Umfang von 0,25 VK in die Planstelle wird daher die Schaffung zusätzlicher Kapazität im Umfang von 0,25 VK (insgesamt 0,5 VK) beantragt.
 Darüber hinaus soll die nächste Ausbaustufe mit einer weiteren Halbstelle Kinderkrankenschwester (damit zusammen 1,0 VK) erreicht werden. Damit wären 2,0 von den vorgesehenen 3,0 Kinderkrankenschwester-Stellen realisiert. Die derzeitigen Arbeitsaufwände und Mehrarbeitsstunden bedingen den Bedarf.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Abwicklung der stetig steigenden Fallzahlen, Betreuung und Weitervermittlung der Familien, Sicherstellung der ärztlichen Betreuung.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Fallzahlen, Zahl der Begutachtungen, Interventionen pro Fall.**

Stellungnahme: Die weitere Umsetzung des Konzeptes "Frühwarnsystem und frühe Hilfen für Eltern und Kinder" erscheint sinnvoll, eine Ausweitung des Stellenplans über das in der Referentenbesprechung vom 12.10.2010 festgelegte Maß ist aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation aber leider nicht möglich. Es wird angeregt, die weitere Umsetzung des wichtigen Konzeptes aufgrund einer entsprechenden Aufgabenpriorisierung innerhalb von Gh zu überdenken. Eine Begutachtung im beantragten Umfang ohne Deckung kann derzeit leider nicht erfolgen. Die Überführung der vorab überplanmäßig bereitgestellten Kapazität in dauerhafte Stellenplankapazität wird begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Museen der Stadt Nürnberg**
 Ifd. Nr. **152**
 Tätigkeitsbereich **Memorium "Nürnberger Prozesse"**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,64	Wissensch. Mitarbeiter/in	IIH	44.672 €	0 €	44.672 €
Vorschlag:	0,64	Mitarbeiter/in	III/II	46.464 €	0 €	46.464 €
beantragt:	0,50	Verwaltungskraft	VII	21.050 €	0 €	21.050 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Für das Memorium Nürnberger Prozesse muss ein speziell auf die Thematik "Nürnberger Prozesse und die Auswirkungen auf das Völkerstrafrecht" zugeschnittenes pädagogisches Begleitprogramm erarbeitet werden. Die Inhalte des Memoriums bieten sich geradezu exemplarisch dazu an, die Thematik des Völkerstrafrechts für außerschulische Zusammenhänge unter dem Postulat "aus der Geschichte lernen" aufzubereiten. Schon jetzt zeichnet sich ein höheres Fortbildungsinteresse aus dem Bereich der Schulen und Verbände als ursprünglich erwartet ab. Das Angebot eines umfassenden pädagogischen Begleitprogramms im Memorium ist unabdingbar. Neben einer wissenschaftlichen Stelle für die Konzeption und Durchführung pädagogische Arbeit wird auch eine Verwaltungskraft für die Verwaltungstätigkeiten im Büro Fürther Str. 80a und der Buchung und Terminierung der Veranstaltungen benötigt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **- qualitativ und zeitlich angemessen Bewältigung des Besucherzuspruches**
- Vermittlung von Kenntnissen und Zusammenhängen zu den Nürnberger Prozessen und der Auswirkungen für das Völkerstrafrecht
- Zufriedenheit der Besucher mit Angebot und Organisation des Memoriums

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **- quantitativ: Zahl der Veranstaltungen und Zahl der Teilnehmer**
- qualitativ: Beurteilungen der Veranstaltungen über Feedbackbögen; Äußerungen im Besucherbuch; Beschwerden

Stellungnahme: **Die dauerhafte Personalkapazität für das Memorium im Umfang von 1,0 VK wissenschaftl. Mitarbeiter/in (VGr. II) und 1,0 VK Verwaltungsfachkraft (VGr. V c) wurde bereits im POA am 19.05.2009 vorbegutachtet. Zusätzlich wurde zum Aufbau des pädagogischen Begleitprogrammes im Wege der überplanmäßigen Begutachtung gegen vollständige Deckung Personalkapazität in Höhe von 25 WAS zur Verfügung gestellt. Nachdem die Deckung nicht aufrecht erhalten wird bzw. für die Verwaltungstätigkeiten keine Deckung angeboten wurde, kann angesichts der angespannten Haushaltssituation eine Begutachtung leider nicht erfolgen. Nachdem im Dokumentationszentrum bereits Kapazitäten für das genannte Aufgabenspektrum vorhanden sind, könnte das pädagogische Begleitprogramm ggf. von dort mit aufgebaut und betreut werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Museen der Stadt Nürnberg**
 lfd. Nr. **153**
 Tätigkeitsbereich **Deutsches Spielearchiv Nürnberg**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Fachkraft	IV a/III	64.800 €	40.000 €	24.800 €
Vorschlag:	1,00	Fachkraft	IV a/III	64.800 €	40.000 €	24.800 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Im April 2010 wurde aufgrund entsprechender Beschlussfassung im Kulturausschuss am 15.05.2009 das Deutsche Spielearchiv mit finanzieller Unterstützung der Sparkasse erworben. Die Nürnberger Spielwarenmesse hat einen auf fünf Jahre befristeten jährlichen Zuschuss von 40.000 Euro zum Betrieb des Archivs zugesagt. In der Kulturausschusssitzung vom 9.7.2010 wurde ein Stufenplan vorgelegt, wie sich einem in allen Funktionen nutzbaren Deutschen Spielearchiv Nürnberg angenähert werden kann. In der ersten Stufe wird Kapazität für eine wissenschaftl. Fachkraft im Umfang einer Vollstelle benötigt.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- Etablierung Nürnbergs als Spielestadt
- Wahrnehmung archivalischer Kernaufgaben
- Aufnahme eines punktuellen Spielbetriebes

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Archivierungsquote
- Besucherzahlen
- Deckungsbeitrag
- Zahl der Veranstaltungen
- Zuwachs der Sammlung

Stellungnahme: **In der Sitzung des Kulturausschusses vom 09.07.2010 wurde durch Referat IV dargestellt, dass ein Betrieb des Spielearchivs nur mit zusätzlicher personeller Kapazität möglich ist. Angesichts der Haushaltslage konnte eine Stellenplanausweitung zum Haushalt 2011 nicht erfolgen. Im Rahmen der Referentenrunde am 12.10.2010 wurde festgelegt, dass 0,5 VK gegen Deckung aus dem o. g. Zuschuss der Spielwarenmesse zur Verfügung gestellt werden sollen. Es wurde 2011 noch 0,5 VK im Wege der überplanmäßigen Begutachtung gegen vollständige Deckung aus Drittmittel und Budget begutachtet, so dass derzeit für das Spielarchiv Personalkapazität in Höhe von 1,0 VK vorhanden ist. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Museen der Stadt Nürnberg**
 lfd. Nr. **154**
 Tätigkeitsbereich **Gemälde- und Skulpturensammlung - Grafische Sammlung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Wissensch. Mitarbeiter/in	IIH	139.600 €	0 €	139.600 €
Vorschlag:	2,00	Wissensch. Mitarbeiter/in	IIH	139.600 €	0 €	139.600 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	0 €	57.500 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Aufgrund der Anforderungen des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) wurde durch den Einsatz überplanmäßiger (teils befristeter) Personalkapazität mit der Revision und Bewertung des Kunstbesitzes der Stadt Nürnberg begonnen. Unabhängig vom Abschluss des Projektes sind jedoch eine wissenschaftliche Erschließung des städtischen Sammlungsbestandes und ein zeitgemäßes Sammlungsmanagement als dauerhafte und originäre Kernaufgabe des Museumsbetriebes unerlässlich.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **- Wertermittlung des Kunstbestandes der Stadt Nürnberg
- Inventarisierung und digitale Erschließung des gesamten Sammlungsbestandes**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **- Zahl der digitalisierten Objekte bzw. Konvolute**

Stellungnahme: **Die Schaffung der beantragten Stellen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen wird für die Dauer der Erfassung des städtischen Kunstbesitzes begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk F 12.13. Zusätzlich eine/n Sachbearbeiter/in zur Unterstützung mit der Inventarisierung und Digitalisierung zu betrauen, erscheint zwar wünschenswert. Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung ohne Deckung jedoch leider nicht erfolgen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Amt für Kultur und Freizeit**
 lfd. Nr. **155**
 Tätigkeitsbereich **KinderKunstRaum**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in KinderKunstRaum	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Leiter/in KinderKunstRaum	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €
beantragt:	0,50	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	V b/IV b	27.350 €	0 €	27.350 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Das Projekt wird derzeit mit überplanmäßiger Personalkapazität auf Grundlage des Kulturausschussbeschlusses vom 11.07.2008 entwickelt. Die beantragten Stellen sind auch im Betriebskonzept für die Kulturwerkstatt auf AEG (ehemaliges AEG-Gelände) aufgeführt (vgl. Kulturausschussvorlage vom 25.02.2011).**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- einen lebendigen, öffentlichen Raum für Kunst, Kultur sowie soziales und interkulturelles Miteinander schaffen
 - außerschulisch in Ergänzung zu schulischer Bildung wirken
 - soziale und fachliche Kompetenzen und Schlüsselkompetenzen vermitteln**

Kennzahlen für Zielerreichung: **- Zahl der Kulturkontakte/ durchgeführter kunst- und kulturpädagogischer Projekte (zentral und dezentral)**

Stellungnahme:

Der Kulturausschuss hat am 11.07.2008 dem Projekt KinderKunstRaum zugestimmt und empfohlen, für die Startphase Personalkapazität in Höhe von 1,5 VK pädagogisches Fachpersonal bereitzustellen. Die Personalkapazität im Umfang 1,0 VK (VGr. IVa) wurde bereits im Wege der überplanmäßigen Begutachtung plafondfinanziert (aus Nachlassmitteln) zur Verfügung gestellt. Die Schaffung dieser Stelle wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.14).

Die Fertigstellung der Kulturwerkstatt auf AEG ist für 2015 geplant. Für Vorläuferaktivitäten des KinderKunstRaumes kann eine Begutachtung ohne Deckung leider nicht erfolgen.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Amt für Kultur und Freizeit**
 lfd. Nr. **156**
 Tätigkeitsbereich **Kulturladen Muggenhof**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in der Einrichtung	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Leiter/in der Einrichtung	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €
beantragt:	1,00	Animator/in	V b/IV b	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung über Plafond**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Die Aufgaben werden derzeit überplanmäßig wahrgenommen. Der Kulturausschuss hat am 25.02.11 die Realisierung einer neuen Stadtteileinrichtung im Nürnberger Westen beschlossen. Ein angemieteter Veranstaltungsraum auf AEG ist voraussichtlich ab September 2011 in Betrieb.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

- Niederschwellige Zugänge zu Kultur und Kunst im Stadtteil
- Orientierung an den Interessen der Nutzer/innen
- Begegnungen ermöglichen
- Förderung von kulturellen und gesellschaftlichen Initiativen und Nachwuchskünstlern

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

- Zahl der Kulturkontakte
- Ergebnisse der Kundenbefragung

Stellungnahme:

Die Personalkapazität im Umfang von 1,0 VK (VGr. IV a) wurde bereits im Wege der überplanmäßigen Begutachtung plafondfinanziert zur Verfügung gestellt. Die Schaffung dieser Stelle wird vorbehaltlich der weiteren Plafondfinanzierung begutachtet.
Die Fertigstellung der Kulturwerkstatt auf AEG ist für 2015 geplant. Für Vorläuferaktivitäten des Kulturladens Muggenhof kann eine Begutachtung ohne Deckung leider nicht erfolgen.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **KunstKulturQuartier Nürnberg**
 lfd. Nr. **157**
 Tätigkeitsbereich **Kulturinformation**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,54	Verwaltungskraft	VII	22.734 €	22.734 €	0 €
Vorschlag:	0,54	Verwaltungskraft	VII	22.734 €	22.734 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung aus Budget/Stellenplan**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Nachdem Beschäftigungsverhältnisse auf Basis von freier Mitarbeit innerhalb der Kulturinformation des KuKuQ von der Deutschen Rentenversicherung beanstandet wurden, sollen diese in Stellenplankapazität umgewandelt werden. Neben Einsparungen durch WAS-Reduzierungen an anderen Stellen und der Anpassung von Stellenwerten wird dies durch die bislang aus dem Budget finanzierten Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen im Umfang von rd. 22.700 € gegenfinanziert.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Gewährleistung eines durchgängigen Counterbetriebes und damit optimale Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten aus dem Kartenvorverkauf
 - Vermeidung von Beanstandungen der deutschen Rentenversicherung bezgl. Beschäftigungsverhältnissen bei freien Mitarbeiter/innen**

Kennzahlen für Zielerreichung: **- Deckungsbeitrag aus Einnahmen durch den Kartenvorverkauf
 - keine Beanstandungen durch die Deutsche Rentenversicherung**

Stellungnahme: **Auf die POA Vorlage vom 26.10.2010 zum gleichen Sachverhalt wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Die zusätzliche Stellenkapazität soll überwiegend für den Dienst am Counter (Kartenvorverkauf, Auskunft über kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen) herangezogen werden.
 Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **BildungsCampusNürnberg**
 lfd. Nr. **158**
 Tätigkeitsbereich **Projekteagentur Ausbildungsplatzakquisiteur**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Ausbildungsplatzakquisiteur	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Ausbildungsplatzakquisiteur	V b/IV b	54.700 €	54.700 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Projekt der Bay. Staatsregierung mit dem Ziel Jugendliche mit nicht deutschsprachigem muttersprachlichen Hintergrund oder mit Bedarf an ergänzendem Deutschunterricht über den Arbeitsmarktfonds, Förderschwerpunkt 2 (Schwerpunktregion Nürnberg), besser zu integrieren.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- Akquise von Ausbildungsplätzen in Betrieben, die bisher noch nicht ausbilden
- Beratung und Unterstützung der Jugendlichen zur Verbesserung der Vermittlung in Aus- und Weiterbildung
- Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit

Kennzahlen für Zielerreichung: **Die Zielerreichung lässt sich anhand der Zahl der vermittelten Jugendlichen in Aus- oder Weiterbildung feststellen.**

Stellungnahme: **Für die genannte Zielgruppe erscheint der Einsatz eines Ausbildungsplatzakquisiteurs sinnvoll. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.12).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Existenzsicherung und Soziale Integration**
 lfd. Nr. **159**
 Tätigkeitsbereich **Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Abteilungsleiter/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Abteilungsleiter/in	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €
beantragt:	3,00	Sozialpädagoge/in	S 12	163.500 €	163.500 €	0 €
Vorschlag:	2,00	Sozialpädagoge/in	S 11	109.000 €	109.000 €	0 €
beantragt:	1,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	82.050 €	82.050 €	0 €
Vorschlag:	1,26	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	68.922 €	68.922 €	0 €
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in EDV	V b/IV b	27.350 €	27.350 €	0 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	8,00	Verwaltungskraft	VII/VI b	336.800 €	336.800 €	0 €
Vorschlag:	8,00	Verwaltungskraft	VII/VI b	336.800 €	336.800 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: mit Deckung; Fristvermerk F 12.15; Sachbearbeiter/in Stellenvermerk ku

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: Im Zuge des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches wurde für „Bildung und Teilhabe“ zum 01.04.2011 rückwirkend zum 01.01.2011 eine neue kommunale Leistung eingeführt. Im Hinblick auf die SGB II-Berechtigten wird die Möglichkeit der sog. Rückübertragung wahrgenommen.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- Sicherstellung eines ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Dienstbetriebes für die Gewährung von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket
- Versorgung der berechtigten Nürnberger Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit den ihnen zustehenden neuen und zusätzlichen Sozialleistungen für „Bildung und Teilhabe“

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Fall- und Finanzstatistiken
- Gesetzliche Berichtspflichten

Stellungnahme: Die Aufgabe wurde gemäß Beschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Nürnberg-Stadt (JCN) für die SGB II-Leistungsberechtigten auf die Stadt Nürnberg - zunächst befristet auf 5 Jahre - rückübertragen. Für die weiteren Berechtigten (SGB XII, Wohngeld, Kindergeldkasse) liegt die Zuständigkeit ohnehin bei der Stadt Nürnberg. Für den Vorläuferbetrieb wurde bislang überplanmäßige Kapazität im Umfang von 1 VK Abteilungsleiter/in, 1,26 VK Sachbearbeiter/in, 8 VK Verwaltungskraft sowie 2 VK Sozialpädagog/innen begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk F 12.15. Für die weitere Kapazität zur Lernförderung ist im Rahmen eines Antrags aus dem Schulbereich separat zu entscheiden. Darüber hinausgehende Anträge, auch im EDV-Bereich, sind sicherlich wünschenswert, können aufgrund der bisherigen Sachlage jedoch nicht begutachtet werden.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Existenzsicherung und Soziale Integration**
 lfd. Nr. **160**
 Tätigkeitsbereich **Dienstleistung für das Jobcenter Nürnberg (JCN)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 10	57.500 €	57.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 10	57.500 €	57.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Beschluss der Trägerversammlung über den Dienstleistungskatalog der Stadt Nürnberg für den
Jobcenter Nürnberg**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

- **Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Dienstbetriebes für die Gewährung von Leistungen nach dem SGB II**
- **Ordnungsgemäße und wirtschaftliche Abwicklung des kommunalen Finanzanteils für den Aufgabenvollzug im SGB II**
- **Steuerung von kommunalen Geldern für den Verwaltungsvollzug im Jobcenter**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Ein Kennzahlssystem soll durch den Stelleninhaber entwickelt werden.**

Stellungnahme:

Gemäß Beschluss der Trägerversammlung vom 19.01.2011 erbringt SHA Dienstleistungen wie Beschaffungs- und Immobilienmanagement für das Jobcenter Nürnberg-Stadt. Die Aufgabenübertragung erfolgt für 2011 und ggf. 2012 jährlich, danach aus Planungsgründen jeweils für 3 Jahre. Da die entstehenden Personalkosten über eine entsprechende Pauschale vollständig abgedeckt sind, konnte die benötigte Personalkapazität für 2011 überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden. Bis zur Entscheidung der Trägerversammlung über die weitere Aufgabenübertragung erhält die Stelle einen Fristvermerk.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Existenzsicherung und Soziale Integration**
 lfd. Nr. **161**
 Tätigkeitsbereich **Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Asyl**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	82.050 €	39.100 €	42.950 €
Vorschlag:	1,50	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	82.050 €	39.100 €	42.950 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **POA vom 24.10.2006: aufgrund der Fallzahlentwicklung ist erforderlich, die Personalkapazität mittels vereinbarter Fallrate den Entwicklungen anzupassen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **• Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Sozialhilfegewährung**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Vergleichsring der großen Großstädte (con_sens)**

Stellungnahme: **Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) war mit einer Personalbemessung im Leistungsbereich des SHA nach Einführung des SGB II beauftragt. Der POA hat am 24.10.2006 die ermittelte Fallzahl pro Mitarbeiter/in beschlossen. Aufgrund von Fallzahlerhöhungen wird die beantragte Kapazität begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Existenzsicherung und Soziale Integration**
 lfd. Nr. **163**
 Tätigkeitsbereich **Ermittlungsdienst**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,62	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	33.914 €	33.914 €	0 €
Vorschlag:	0,62	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	33.914 €	33.914 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Beschluss der Trägerversammlung über den Dienstleistungskatalog der Stadt Nürnberg für den Jobcenter Nürnberg**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- **Sicherstellung einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Gewährung von Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII.**
- **Vermeidung von Leistungsmissbrauch**
- **Beratung von Leistungsempfängern in persönlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten**

Kennzahlen für Zielerreichung:

- **Leistungsstatistik**
- **Feststellung der eingesparten Transferleistungen**
- **Abrechnung nach Fallpauschalen mit dem Jobcenter**

Stellungnahme: **Die Begründung der Dienststelle ist nachvollziehbar. Mit Hilfe des Ermittlungsdienstes kann die zielgerichtete Hilfeleistung sichergestellt werden, indem einerseits Leistungsmissbrauch verhindert wird, andererseits die Hilfesuchende aber auch über ggf. vorrangige Leistungen informiert werden. Hierfür ist entsprechend ausgebildetes Fachpersonal erforderlich. Die Finanzierung ist über die Kostenerstattung durch das Jobcenter Nürnberg vollständig gesichert, so dass bereits überplanmäßige Kapazität eingesetzt werden konnte. Die Schaffung der beantragten Teilstelle wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Senioren und Generationenfragen**
 lfd. Nr. **164**
 Tätigkeitsbereich **Einrichtung eines Pflegestützpunktes**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,90	Leitung	S 18	65.340 €	65.340 €	0 €
Vorschlag:	0,90	Leitung	S 17	58.320 €	58.320 €	0 €
beantragt:	0,64	Sozialpädagoge/in	S 11	34.880 €	34.880 €	0 €
Vorschlag:	0,64	Sozialpädagoge/in	S 11	34.880 €	34.880 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; der Stellenwert der Leitungsfunktion muss zu gegebener Zeit geprüft werden (Stellenvermerk: ku)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Das Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung (BayStMAS) hat mit Allgemeinverfügung vom 22.10.2009 die Rahmenvorgaben für die Einrichtung von sogenannten Pflegestützpunkten (PSP) erlassen. Diese PSP sollen eine umfassende und unabhängige Auskunft und Beratung zu den landes- und bundesrechtlich vorgesehenen Sozialleistungen ermöglichen und erfordern insbesondere die enge Abstimmung zwischen den Krankenkassen und der Kommune. In Nürnberg konnte unter Trägerschaft einer GbR mit der „Zentralen Anlaufstelle für Pflege (ZAPf)“ bereits ein anerkanntes Vorläufermodell geschaffen werden, das nun in die städtische Trägerschaft überführt und künftig bei SenA im Senioren Rathaus Heilig Geist verortet werden soll. Für die Übernahme des Personals der ZAPf werden rd. 1,6 VK beantragt.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **a) Betrieb einer unabhängigen Pflegeberatungsstelle (Pflegestützpunkt -PSP-Nürnberg) zu allen Fragen der Pflege und zur Hilfe im Alter. Dies beinhaltet Auskunft und Beratung, Koordinierung und Vernetzung von Angeboten, sowie Hilfestellung bei der Inanspruchnahme von Leistungen durch Bürgerinnen und Bürger.
 b) Inhaltliche Weiterentwicklung der Pflegeberatung. Dies beinhaltet die Verbesserung und Optimierung der Beratungen sowohl in fachlicher als auch in methodischer Hinsicht. U.a. auch durch Erhebung aller Hilfs- und Unterstützungsangebote vor Ort.
 c) Strategische Weiterentwicklung der Pflegeberatung. Dies beinhaltet den Aufbau von Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen, Zusammenarbeit und ggf. Einbindung von Beratungsstellen, die Abstimmung der Leistungen, die Einbindung von Ehrenamtlichen, usw.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **a) Fallzahlen (Unterteilt nach: Gesamt, telefonische Beratung, persönliche Beratung, Hausbesuch).
 b) Beratungsarten (Unterteilt nach: Information, Beratung, Begleitung, Versorgungsplan/Case-Management).**

Stellungnahme: **Der Sozialausschuss stimmte in seiner Sitzung vom 29.07.2010 dem Konzept von SenA zur Einrichtung des PSP im Senioren Rathaus Heilig Geist zu. Durch die Übernahme von ZAPf konnte die Einrichtung des Pflegestützpunktes entsprechend den staatlichen Vorgaben erfolgen. Zudem ist die Finanzierung über eine Anschubfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sowie Zuschusskürzungen im Bereich der freien Träger sichergestellt. Die erforderliche Kapazität wurde zunächst überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **165**
 Tätigkeitsbereich **Kindertagesstätten - Personalbedarf 2011**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	11,00	Erzieher/in	S 6	520.300 €	187.308 €	332.992 €
Vorschlag:	10,80	Erzieher/in	S 6	510.840 €	183.902 €	326.938 €
beantragt:	10,00	Kinderpfleger/in	S 3	414.000 €	149.040 €	264.960 €
Vorschlag:	10,20	Kinderpfleger/in	S 3	422.280 €	152.021 €	270.259 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung (Elternbeiträge und Personalkostenzuschuss)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch die Eröffnung neuer Einrichtungen und Platzaufstockungen sowie die Umsetzung eines verbesserten Anstellungsschlüssels von 1:10 bzw. 1:10,5 ergibt sich - auch unter Anrechnung der Berufspraktikant/innen - ein rechnerischer Mehrbedarf von 23,92 VK Erzieher/in sowie 0,81 VK Kinderpfleger/in.**
Für neue Einrichtungen und die Erhöhung der gebuchten Stundenkontingente wurde 2010 der Einsatz von Kinderpfleger/innen im Umfang von 10 VK überplanmäßig genehmigt. Stellenschaffungen sind dringend erforderlich.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **ordnungsgemäßer Betrieb von Kindertagesstätten**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Buchungszeiten und Belegungszahlen**

Stellungnahme: **Zur Umsetzung des vom JHA am 23.07.2009 beschlossenen Anstellungsschlüssels in den Kindertagesstätten und zur Inbetriebnahme neuer Einrichtungen wurde die dafür unabdingbar notwendige Kapazität im Umfang von 10,8 VK Erzieher/in sowie 10,2 VK Kinderpfleger/in für 2011 überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Damit konnten die Beschlüsse des Stadtrates umgesetzt werden. Insbesondere wurde auch die lfd. Nr. 22 des Gutachtens von Rödl & Partner, Berufspraktikanten/innen in den Anstellungsschlüssel einzubeziehen, umgesetzt. Im Durchschnitt aller Einrichtungen errechnete sich damit für 2011 ein Anstellungsschlüssel von 1:10,5. Um die Kinderbetreuung in der bisherigen Qualität beibehalten zu können, wird die Stellenschaffung begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **166**
 Tätigkeitsbereich **Projekt "Mehr Männer in KiTas"**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektleitung	S 17	64.800 €	64.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Projektleitung	S 17	64.800 €	64.800 €	0 €
beantragt:	0,77	Fachliche Beratung	S 15	44.275 €	44.275 €	0 €
Vorschlag:	0,77	Fachliche Beratung	S 15	44.275 €	44.275 €	0 €
beantragt:	1,00	Medienpädagoge/in	S 12	54.500 €	54.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Medienpädagoge/in	S 12	54.500 €	54.500 €	0 €
beantragt:	0,67	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	36.649 €	36.649 €	0 €
Vorschlag:	0,67	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	36.649 €	36.649 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Im Rahmen des Modellprogramms „Mehr Männer in KiTas“ des Europäischen Sozialfonds (ESF) will J den bisherigen Anteil männlicher Erzieher und Kinderpfleger in den Kindertagesstätten (KiTas) bis Ende 2013 verdoppeln. Gleichzeitig sollen Strategien, Materialien und Qualifizierungsprogramme für eine nachhaltige Wirkung entwickelt und erprobt werden. Das Projekt ist auf eine Laufzeit von 3 Jahren angelegt (01.01.2011 bis 31.12.2013). Der finanzielle Umfang des Projekts beläuft sich lt. Projektantrag auf 1.321.182,50 EUR, davon 714.749,76 EUR für das Projektpersonal.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Erhöhung der Anzahl männlicher Fachkräfte in KiTas: bis Ende 2013 soll der Anteil an Männern in KiTas verdoppelt werden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Auswertung der Anzahl männlicher Fachkräfte in KiTas.**

Stellungnahme: **Das Projekt ist durch eine Projektförderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundes in voller Höhe gesichert. Für die Durchführung des Projekts und der von J benannten Aufgaben wurde zunächst überplanmäßige Kapazität im Umfang von 3,44 VK zur Verfügung gestellt. Die Schaffung der beantragten Stelle/n wird begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **167**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 Hortnotprogramm**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in	S 15	57.500 €	20.700 €	36.800 €
Vorschlag:	1,00	Leiter/in	S 15	57.500 €	20.700 €	36.800 €
beantragt:	2,00	Leiter/in / stv. Leiter/in	S 13	109.400 €	39.384 €	70.016 €
Vorschlag:	2,00	Leiter/in / stv. Leiter/in	S 13	109.400 €	39.384 €	70.016 €
beantragt:	2,00	Leiter/in / stv. Leiter/in	S 10	109.800 €	39.528 €	70.272 €
Vorschlag:	2,00	Leiter/in / stv. Leiter/in	S 10	109.800 €	39.528 €	70.272 €
beantragt:	39,49	Erzieher/in	S 6	1.867.877 €	672.436 €	1.195.441 €
Vorschlag:	39,49	Erzieher/in	S 6	1.867.877 €	672.436 €	1.195.441 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung (Elternbeiträge und Personalkostenzuschüsse); Sperrvermerk X**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Aufgrund der vorliegenden Anmeldezahlen fehlen bis zu ca. 1.300 Hortplätze in Nürnberg. Derzeit wird geprüft, ob die äußerst prekäre Situation im Hortbereich durch Platzaufstockungen in vorhandenen Einrichtungen, Platzschaffungen in Kinder- und Jugendhäusern und über die Anmietung von zusätzlichen Räumen und Container minimiert werden kann. Es ist geplant für die Container-Standorte Freie Träger zu gewinnen. Die avisierte Installation eines Zentralhorts in der Rollnerstraße hat sich zerschlagen, soll jedoch über eine Zwischenlösung in der Bayreuther Straße zum Teil kompensiert werden. Eine Teilanrechnung von Berufspraktikanten kann nach Erhöhung der Zahl der Berufspraktikantenstellen erfolgen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **- Erhöhung der Platzzahlen
 - Reduzierung der fehlenden Hortplätze
 - Reduzierung von Elternbeschwerden**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **- Jährliche Aufstellung der Belegungszahlen
 - Reduzierung der Absagen wegen fehlender Hortplätze**

Stellungnahme:

Durch die Erweiterung bestehender Einrichtungen und die Inbetriebnahme von Containern sollen ab September 2011 380 - 620 weitere Betreuungsplätze in Horten angeboten werden. Für den ordnungsgemäßen Betrieb wird zusätzliches Personal benötigt. Der erforderliche Umfang wurde mangels konkreter Buchungen auf Basis von Erfahrungswerten und auf der Grundlage eines Anstellungsschlüssels von 1:10,7 hochgerechnet. Da zum einen die Vergabe der vorhandenen Plätze noch nicht abgeschlossen werden konnte, zum anderen auch die tatsächliche Umsetzung der Erweiterungen noch nicht endgültig geklärt ist, kann der Stellenbedarf noch sinken. Um rechtzeitig ausreichendes Personal gewinnen und die von der Stadt Nürnberg ausgebildeten Berufspraktikant/innen übernehmen zu können, wurde zunächst Kapazität im Umfang von 39 VK Erzieher/in überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Schaffung einer entsprechenden Zahl von Stellen wird begutachtet. Wegen der noch nicht erreichten Vollauslastung erhalten fünf Stellen zunächst einen Sperrvermerk. Da für den Betrieb der neuen KiTa-Container keine Freien Träger gewonnen werden konnten, werden darüber hinaus Stellen für die erforderlichen Leitungs- und stv. Leitungsfunktionen begutachtet. Die Wertigkeit der Stellen ist abhängig von den tatsächlichen Belegungen und muss ggf. angepasst werden, sobald sich diese stabilisiert haben.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **168**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen aufgrund der Buchungszeiten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,33	Erzieher/in	S 6	62.909 €	62.909 €	0 €
Vorschlag:	1,33	Erzieher/in	S 6	62.909 €	62.909 €	0 €
beantragt:	2,43	Kinderpfleger/in	S 3	100.602 €	100.602 €	0 €
Vorschlag:	2,43	Kinderpfleger/in	S 3	100.602 €	100.602 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; zur stellenplanmäßigen Absicherung werden die Stellen Nr. 520.0671, 520.0673, 520.0677, 520.0679, 520.1051 in vollem Umfang sowie die Stelle Nr. 520.0681 im Umfang von 0,5 VK herangezogen.**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Aufgrund der Buchungszeiten sind für den ordnungsgemäßen Betrieb der Kindertagesstätten zusätzliche Stellen für Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen:

- Erhöhung der Platzzahlen
- Reduzierung der fehlenden Hortplätze
- Ausbau der Plätze für Schülertreffs
- Erhöhung der Platzzahlen für Kinder unter 3 Jahren
- Reduzierung der fehlenden Krippenplätze

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

- Jährliche Aufstellung der Belegungszahlen
- Reduzierung der Absagen wegen fehlender Hortplätze
- Jährliche Aufstellung der Belegungszahlen
- Reduzierung der Absagen wegen fehlender Krippenplätze

Stellungnahme: **Auf Grundlage eines Anstellungsschlüssels von 1:10,7 für die Regeleinrichtungen, 1:10 für Häuser und Orte für Familien sowie 1:9 für Krippen und Integrative Einrichtungen ergibt sich aufgrund der Buchungszeiten - ohne Hortnotprogramm - ein zusätzlicher Bedarf an 1,33 VK Erzieher/in bzw. 2,43 VK Kinderpfleger/in. Dieser Bedarf entstand im Wesentlichen durch die Aufstockung der beiden Einrichtungen Julius-Leber-Straße bzw. Hauchstraße. Aufgrund der vorhandenen Deckung konnte hierfür bereits überplanmäßige Kapazität zur Verfügung gestellt werden. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **169**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 Betreuung für PCs in Kindertagesstätten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	PC-Betreuung KiTas	V c	47.300 €	0 €	47.300 €
Vorschlag:	1,00	PC-Betreuung KiTas	V c	47.300 €	0 €	47.300 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **In den KiTas sind ca. 250 "pädagogische" PCs aufgestellt, die über das Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung finanziert wurden. Sie dienen der medienpädagogischen Bildung der Kinder in den Einrichtungen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **- ein Ansprechpartner für die Betreuung der pädagogischen PC
- funktionierende Hard- und Software-Ausstattung für die Kinder in den Kitas**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Anzahl der Nachfragen**

Stellungnahme: **Die Aufgabe wurde zunächst über die NOA bzw. eine AB-Maßnahme wahrgenommen. Da die Tätigkeit eine Daueraufgabe darstellt, wurde der betroffene Mitarbeiter im Sommer 2009 fest eingestellt. Die Stellenschaffung zum Abbau überplanmäßiger Kapazität wird zu Lasten des Budgets von J begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **170**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 Erzieher/innen-Stellen für den Mobilen Dienst (MOB) in Kindertagesstätten (Krankheitsvertretungen)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	20,00	Erzieher/in	S 6	946.000 €	511.300 €	434.700 €
Vorschlag:	10,80	Erzieher/in	S 6	510.840 €	510.840 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Einsatz des Mobilen Dienstes wurde vom Stadtrat am 29.09.1994 beschlossen. Auf der Zahlenbasis der Ausfalltage 1993 der Mitarbeiter/-innen wurde ein Finanzierungsbedarf für den Mobilen Dienst i. H. v. 1 Mio. DM (511.300 EUR) festgestellt, was 19 VK entsprach. Aufgrund der Personalkostenentwicklung können inzwischen maximal etwa 17 VK aus diesem Budget finanziert werden. Diese Zahl ergibt sich aus der Zugrundelegung der tatsächlichen Personalkosten für Berufsanfänger/-innen (EGr. S6, Stufe 2), mit denen der MOB in der Regel besetzt wird, da er eine wichtige Form der Personalgewinnung darstellt. Darüberhinaus wurden in den vergangenen Jahren mehrere neue Einrichtungen in Betrieb genommen, sowie bestehende Einrichtungen erweitert. Zur Kompensation dieser Personalmehrung erscheint es sachgerecht, mindestens 20 VK im MOB vorzuhalten.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Ordnungsgemäßer Betrieb der Kindertagesstätten (KiTas) auch im Krankheitsfall.**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Der Antrag der Dienststelle zur Ausstattung eines angemessen bestückten Springerpools ist grundsätzlich nachvollziehbar und wird im Umfang der vorhandenen Teildeckung, d.h. 10,8 VK, begutachtet. Aufgrund der Haushaltssituation ist eine Begutachtung weiterer Stellen ohne die erforderliche Deckung leider nicht möglich. Krankheitsvertretungen können zudem ohne gesondert dafür ausgewiesene Stellen sichergestellt werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **171**
 Tätigkeitsbereich **J/B1 Projekt "Schwerpunkt Kindertagesstätten (KiTa): Sprache und Integration"**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,50	Erzieher/in	S 8	121.250 €	121.250 €	0 €
Vorschlag:	2,50	Erzieher/in	S 8	121.250 €	121.250 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.14**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Das Projekt Schwerpunkt-KiTa Sprache und Integration richtet sich an Einrichtungen, die auch Kinder unter drei Jahren betreuen und überdurchschnittlich häufig von Kindern mit besonderem Sprachförderbedarf besucht werden. Es läuft von 01.04.2011 bis 31.12.2014 und fördert den Einsatz von je 0,5 VK Erzieher/in an folgenden Einrichtungen:**

- Kindergarten Matthäus-Herrmann-Platz 1
- Haus für Kinder Regensburger Straße 402
- Familienzentrum Imbuschstraße 70/72
- Haus für Kinder Grünwaldstraße 18 a-c
- Kindergarten Olgastraße 15

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Für das wünschenswerte Projekt konnten aufgrund der Deckung aus Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds sowie Mitteln aus der Qualitativen Weiterentwicklung 2,5 VK überplanmäßig zur Verfügung gestellt werden. Die Wertigkeit der Stellen in EGr. S 8 ergibt sich aus den Förderbedingungen. Für die Restlaufzeit des Projekts werden die entsprechenden Stellenschaffungen mit Fristvermerk F 12.14 begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **172**
 Tätigkeitsbereich **J/B2 Jugendsozialarbeit an Schulen (JAS) (ehemals SDN)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,75	Sozialpädagoge/in	S 11	95.375 €	0 €	95.375 €
Vorschlag:	1,75	Sozialpädagoge/in	S 11	95.375 €	0 €	95.375 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Stellenvermerke: F 12.12 und K (keine Budgetgutschrift)**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Umsetzung des Beschlusses des JHA- und Schulausschusses vom 21.07.2005 und des POA-Beschlusses vom 09.05.2006: Konzepte und Maßnahmen zur schulischen und berufsbezogenen Qualifizierung von sozial benachteiligten Jugendlichen. Diese Maßnahmen dienen der sozialen und beruflichen Integration. Steigender Bedarf aufgrund der negativen Entwicklung (Ausbildungsnot) auf dem Jugendarbeitsmarkt und eher sinkende Qualifikationen von Jugendlichen. Vorgesehen sind Stellen an folgenden Schulen:
 RS Peter-Henlein-Schule (1,00 VK), GS Insel Schütt (0,75 VK)**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Die Ziele sind vorgegeben in der gemeinsamen „Rahmenkonzeption Jugendsozialarbeit an Schulen für Nürnberg“ des Referats V und des Geschäftsbereichs Schule beim 3. BM (Schul- und Jugendhilfeausschuss vom 30.06.2009), insbesondere:**

- Einzelfallbezogene Hilfen (Beratung, Krisenintervention, Betreuung ...)
- Vernetzung und Kooperation
- Organisation und Vermittlung von Angeboten für Schüler und Eltern
- Durchführung von Gruppenangeboten und Projekten in der Schule

Kennzahlen für Zielerreichung: **Die Stelleninhaber dokumentieren die Arbeit jährlich nach einem standardisierten Berichtssystem, darin insbesondere:**

- Quantifizierung der Beratungsleistung
- Differenzierung der Leistungen bzgl. der Zielgruppen, insbes. Migranten
- Quantifizierung der strukturellen Leistungen; innerhalb der Schule, bei Beratungsdiensten, bei Trägern der beruflichen Orientierung, bei Freizeiteinrichtungen (...)
- Qualitative Bewertung; individuelle Leistungen, Strukturelle Leistungen; Qualitätssicherung

Stellungnahme: **Beide Einsätze haben sich aus dem inzwischen abgeschlossenen Projekt "Migration und Schule" ergeben und werden aus personalwirtschaftlichen Gründen geführt. Eine Bezuschussung ist bislang nicht vorgesehen. Der Einsatz an der Insel-Schütt endet zum 15.01.2013 wegen Altersteilzeit. Die Stellen werden begutachtet. Um zu prüfen, ob auch die andere personalwirtschaftliche Maßnahme beendet werden kann, erhalten beide Stellen einen Fristvermerk F 12.12.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **173**
 Tätigkeitsbereich **J/B3 Projekt Strukturprogramm/Beschäftigung und Jugendhilfe im Tandem**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 15	28.750 €	28.750 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Sozialpädagoge/in	S 15	28.750 €	28.750 €	0 €
beantragt:	8,00	Sozialpädagoge/in	S 12	436.000 €	327.000 €	109.000 €
Vorschlag:	8,00	Sozialpädagoge/in	S 12	436.000 €	327.000 €	109.000 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 06.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Teilnahme am Modellprojekt „Beschäftigung und Jugendhilfe im Tandem“. In Kooperation von JCN (ehemals Arge), NOA und ASD werden Familien mit langzeitarbeitslosen Eltern ganzheitlich betreut. Zum einen werden die Eltern durch intensive Betreuung zur Arbeitsaufnahme motiviert. Zum anderen wird den Kindern vermittelt, dass der Lebensunterhalt regelmäßig durch Erwerbstätigkeit erzielt wird. Die Durchführung des Projekts mit der beantragten Kapazität wurde im POA vom 20.07.2010 einstimmig beschlossen. Wegen der mehrjährigen Projektlaufzeit ist die Schaffung befristeter Stellen erforderlich.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Vermittlung langzeitarbeitsloser Eltern mit Kindern schwerpunktmäßig bis 12 Jahren.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Auswertung der Anzahl der vermittelten Eltern**

Stellungnahme: **Die Projektstellen sind weitgehend über Projektmittel finanziert. Als Eigenanteil sollte im Rahmen des Projekts der Einsparvorschlag Nr. 22 von Rödl&Partner mit umgesetzt werden: teilnehmende Familien, die Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) bereits erhalten oder ihrer in Kürze voraussichtlich bedürfen, sollten durch eine verstärkte Beratung/Betreuung im Projekt aus dem SPFH-Bezug herausfallen. Aufgrund der geringen Anzahl von SPFH-Fällen im Projekt (17 Familien) sowie der in der Praxis doch grundlegend anderen Aufgabenstellung, ist der vorgesehene Einsparerfolg jedoch nicht erzielbar; auch lassen sich belastbare Daten im Sinne des Rödl-Vorschlags nicht erheben. Eine anderweitige Deckung wurde durch Ref. V bisher nicht benannt. Eine Begutachtung der Projektstellen zu Lasten des Gesamthaushalts ist erforderlich, um die mit der Projektteilnahme eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu können.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **175**
 Tätigkeitsbereich **J/B4 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und Gebühren für Kindertagesstätten**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	3,00	Sachbearbeiter/in	V c	141.900 €	0 €	141.900 €
Vorschlag:	3,00	Sachbearbeiter/in	V c	141.900 €	0 €	141.900 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aufgrund von erheblichen Fallzahlsteigerungen sowohl bei der Erstattung von KiTa-Gebühren wie auch bei der Rückforderung von Unterhaltsvorschüssen ist dauerhaft zusätzliche Kapazität erforderlich, um eine ordnungsgemäße Sachbearbeitung zu ermöglichen.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **- Abbau der Rückstände
- Dauerhafte ordnungsgemäße Sachbearbeitung der laufenden Fälle**

Kennzahlen für Zielerreichung: **- Abbau der Rückstände bzw. Altfälle**

Stellungnahme: **Durch die Optimierung der Prozessabläufe und Strukturen können inzwischen die laufenden Anträge ordnungsgemäß bearbeitet werden. Aufgrund des Einsatzes von überplanmäßiger Kapazität im Umfang von 3 VK konnte mit dem Abarbeiten der Rückstände begonnen werden. Diese Arbeiten sollen voraussichtlich 2013 abgeschlossen werden. Die Schaffung der Stellen wird begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk F 12.13.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
 Dienststelle **Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**
 lfd. Nr. **176**
 Tätigkeitsbereich **J/B4-6 - Ausbildungsförderung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	47.300 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	47.300 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch Veränderungen im Bereich des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) und des Aufstiegsförderungsgesetzes (AFBG) hat die Zahl der Anträge seit 2006 um rd. 1/3 zugenommen. Mit dem vorhandenen Personal können nur die dringendsten Aufgaben erledigt werden. Trotz erheblicher Überstunden können Beratungsleistungen, Rückforderungen sowie Überleitungen an Unterhaltspflichtige nur in unzureichendem Maß erbracht werden.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- Einhaltung der vorgeschriebenen Bearbeitungsdauer (§ 51 Abs. BAföG)
- Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung über Fördervoraussetzungen und Leistungsansprüche
- zeitnahe Bearbeitung von Rückforderungen

Kennzahlen für Zielerreichung:

- Beschleunigung der Bearbeitungszeit für die eingehenden BAföG-Anträge
- Einhaltung der dafür vorgesehenen gesetzlichen Bearbeitungsdauer
- Abbau der Rückstände und vielen Überstunden der in der Abteilung eingesetzten Mitarbeiter/Innen
- Vermeidung von Samstagsarbeit zum Abbau der Rückstände

Stellungnahme: **Bereits zum Haushalt 2009 wurde für die Aufgabenerfüllung eine Stelle geschaffen. Der zusätzliche Bedarf ist aufgrund der erneut gestiegenen Fallzahlen nachvollziehbar. Die derzeit aufgelaufenen Rückstände müssen dringend abgearbeitet werden, um gesetzliche Vorgaben einhalten zu können und Kosten für die Stadt Nürnberg zu vermeiden. Die Stellenschaffung erfolgt unter Einbeziehung der vorhandenen Deckung.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Baureferat**
 lfd. Nr. **177**
 Tätigkeitsbereich **Vergabemanagement**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Aufgrund der hohen Bauinvestitionstätigkeit ist die Anzahl der Neuvergaben und Nachträge in den letzten Jahren angestiegen. Dies führte zu einem Überhang bei der Nachtragssachbearbeitung. Im Rahmen der überplanmäßig zur Verfügung gestellten Kapazität im Umfang von 2,0 VK konnte der Überhang der unbearbeiteten Nachträge von 155 Fälle auf 113 reduziert werden. Nachdem die Bauinvestitionen auch weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben werden, wird die Schaffung einer Bauingenieurstelle zur Nachtragssachbearbeitung beantragt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Ziel der Nachtragsprüfung ist es, unberechtigte Forderungen der Auftragnehmer rechtssicher und begründet abzuwehren.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Anzahl der Nachträge und Nachtragsforderungen**

Stellungnahme: **Nachdem sich abzeichnet, dass durch die zukünftigen Investitionen, wie beispielsweise Sonderprogramm zum Krippen- und Hortausbau, kreuzungsfreier Ausbau Frankenschnellweg, Neubau Ost im Klinikum Nord, kein kurzfristiger Rückgang der Neuvergaben und Nachträge zu erwarten ist, ist der Personalbedarf nachvollziehbar. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk F 12.13.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Verkehrsplanungsamt**
 lfd. Nr. **178**
 Tätigkeitsbereich **Stab Verkehrsrecht**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a	57.500 €	57.500 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Gemäß Beschluss des POA vom 02.12.2008 wurde der strategische Teil der Verkehrsbehörde von SÖR zu Vpl verlagert. Die Verwaltung hat die für die Aufgabenerfüllung bei Vpl notwendigen Kapazitäten ermittelt und die beschriebenen verkehrsbehördlichen Aufgaben des Verkehrsrechts einschließlich der festgestellten Kapazitäten Vpl zugeordnet. Die Umsetzung erfolgte zum 02.05.2011. Unter anderem zur Kompensation nicht transferierter Leitungsanteile soll im Stab Verkehrsrecht bei Vpl eine neue Stelle Sachbearbeiter/in geschaffen werden.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Die neue Stelle ist Teil der Sachbearbeitungs-Kapazitäten, die von SÖR zu Vpl verlagert wurden, um den Aufgabenumfang in der neuen Stabsstelle gerecht zu werden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Zur Kompensation beim Übergang der Aufgaben von SÖR an Vpl nicht transferierter Leitungs- und Sachbearbeitungskapazitäten wurde im April 2011 überplanmäßige Kapazität im Umfang von 1,0 VK Sachbearbeiter/in für den Bereich Stab Verkehrsrecht begutachtet, die jetzt dauerhaft in den Stellenplan Vpl überführt werden soll. Die Deckung erfolgt über freie Stellenanteile bei Vpl. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Verkehrsplanungsamt**
 Ifd. Nr. **179**
 Tätigkeitsbereich **Fahrradverleihsystem**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	64.800 €	64.800 €	0 €
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	V c/V b	23.650 €	23.650 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	V c/V b	23.650 €	23.650 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Das Konzept zum Aufbau und Betrieb eines öffentlichen Fahrradverleihsystems in Nürnberg wurde vom Verkehrsausschuss am 08.07.2010 einstimmig begutachtet und vom Stadtrat am 14.07.2010 einstimmig beschlossen. Das beinhaltet auch die für die Durchführung des Modellversuchs notwendigen 1,5 Stellen. Das Projekts ist bis 31.12.2012 befristet und wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Aufbau und Betrieb eines öffentlichen Fahrradverleihsystems in Nürnberg**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Nach der Zustimmung zu dem Modellvorhaben durch den AfV und den Stadtrat wurden die von Vpl für die Dauer der Modellphase beantragten Kapazitäten im Umfang von 1,5 VK, 1,0 VK Sachbearbeiter/in in VGr. IVa/III, 0,5 VK Sachbearbeiter/in in VGr. Vc/V b, für die Zeit vom 01.08.2010 bis zum 31.12.2012 überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung erfolgt zu 80% aus den Projektkosten und zu 20% durch die Förderung von Stundenanteilen vorhandener Mitarbeiter/innen, so dass sich für den städtischen Haushalt keine zusätzlichen finanziellen Belastungen ergeben. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Bauordnungsbehörde**
 lfd. Nr. **180**
 Tätigkeitsbereich **Planprüfung und Genehmigung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Die Anzahl der Bauanträge, deren Baugenehmigung eine umfassende bauaufsichtliche Prüfung erfordert, ist durch die Novellierung der BayBO 2008 und 2009 sowie durch den Vollzug des Kinderförderungsgesetzes stark angestiegen. Dadurch haben sich u.a. die Laufzeiten im Genehmigungsverfahren erhöht.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Ziel ist die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Kindertagesstätten zum Erhalt von staatlichen Zuschüssen und die Verkürzung der Bearbeitungszeiten.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Laufzeit der Baugenehmigung**

Stellungnahme: **Aufgrund des Vollzugs des Kinderförderungsgesetzes hat die Anzahl an Bauanträgen zugenommen. Deshalb wurde bereits am 30.11.2010 überplanmäßige Personalkapazität im Umfang von 1,0 VK zur Verfügung gestellt. Zur Aufgabenerfüllung ist die beantragte Stelle bis Ende 2012 notwendig. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk F 12.12.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 Ifd. Nr. **181**
 Tätigkeitsbereich **Bereich Bau**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,64	Bauingenieur/in	III/II	46.464 €	46.464 €	0 €
Vorschlag:	0,64	Bauingenieur/in	III/II	46.464 €	46.464 €	0 €
beantragt:	0,50	Bauingenieur/in	V b/IV a	28.750 €	28.750 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Bauingenieur/in	V b/IV a	28.750 €	28.750 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung, Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Für die tatsächlichen Personalkosten erfolgt Kostenerstattung durch FSN.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Für überplanmäßig beschäftigte Mitarbeiter/innen sind Planstellen auszuweisen.**

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Stellungnahme: **Nachdem die Kosten der Bauleitungsaufgaben für Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen von dem Eigenbetrieb FSN erstattet werden, sind die Personalkosten gedeckt.
Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten zunächst einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **Hochbauamt**
 lfd. Nr. **182**
 Tätigkeitsbereich **Bereich H/T-KEM, Kommunales Energiemanagement**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Ingenieur/in KEM	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Ingenieur/in KEM	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
beantragt:	1,00	Techniker/in KEM	V bM	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Ingenieur/in KEM: Grundlage für den Stellenbedarf ist die Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009 sowie die EUGebäuerichtlinie 2010. Bisher mussten nur für öffentliche Gebäude bis 1.000 m² Energieausweise erstellt werden. Diese Aushangpflicht wurde nun auf Gebäude mit einer NGF unter 1.000 m² ausgeweitet. Außerdem erweitert die gültige EnEV 2009 die Nachrüstpflichten für Wärmedämmung auf sämtliche ungedämmten und begehbaren Dächer.

Techniker/in KEM: Trotz verbesserter Energieeffizienz in der Elektro- und der Anlagentechnik und trotz der intensiven Arbeit des Energiemanagements hat sich der Stromverbrauch bei städtischen Liegenschaften in den letzten Jahren wieder erhöht. Mit systematischen Gebäudeuntersuchungen und Durchführungen von stromsparenden Maßnahmen soll diesem Trend entgegengewirkt werden. Zusätzlich kommt es durch die Solarinitiative des Umweltreferates zu einem verstärkten Bau von Fotovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf städtischen Dächern. Zur Einhaltung der städtischen Vorgaben (z.B. Brandschutz) und zum Schutz der städtischen Gebäude müssen hierbei die Fremd Investoren beaufsichtigt werden und der spätere Betrieb der Anlagen über 20 Jahre koordiniert werden.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Ingenieur/in KEM: Erfüllung zwingender gesetzlicher Vorschriften durch die Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) bzw. durch die EU-Gebäuerichtlinie 2010.
Techniker/in KEM: Reduzierung der Stromverbräuche und damit der Stromkosten bei den städtischen Dienststellen und Liegenschaften.

Kennzahlen für Zielerreichung:

Ingenieur/in KEM: Zielerreichung lässt sich anhand der erstellten Energieausweise ermitteln.
Techniker/in KEM: Eine zusätzliche Reduzierung der Stromverbräuche um nur 1% führt zu einer jährlichen Einsparung von ca. 70.000 Euro/Jahr.

Stellungnahme:

Ingenieur/in KEM: Für die Umsetzung der Energieeinsparverordnung EnEV wurde überplanmäßige Personalkapazität im Umfang einer Ingenieurstelle bis Ende 2011 zur Verfügung gestellt. Mit Novellierung der EU-Richtlinie 2009 wurde die Pflicht zur Erstellung von Energieausweisen von Gebäuden mit einer Nettogrundfläche (NGF) ab 1000 m² erweitert auf Gebäude mit einer NGF ab 500 m². Damit werden Energieausweise für ca. 60 weitere städtische Gebäude notwendig. Der Personalbedarf ist nachvollziehbar. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk (F 12.13).

Techniker/in KEM: Eine der originären Aufgaben des KEM ist die Reduzierung der Verbräuche bei Wärme, Wasser und Strom. Das aufgezeigte Potenzial ist durch entsprechende Prioritätensetzung mit der vorhandenen Personalkapazität zu verwirklichen. Im nächsten Energiebericht sollten hierzu konkrete Maßnahmen mit dem jeweiligen Einsparungsziel priorsiert dargestellt werden. Die Schaffung der beantragten Kapazität kann vor diesem Hintergrund leider nicht begutachtet werden.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **U-Bahnbauamt**
 lfd. Nr. **183**
 Tätigkeitsbereich **Bauvorbereitung/Baudurchführung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	A 12	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **In den nächsten Jahren stehen bei UB umfangreiche Aufgaben in den Bereichen Neubau und Erneuerung an. Dabei handelt es sich im Einzelnen um den Neubauabschnitt der U3, Klinikum Nord-Nordwestring, den Abschnitt Gustav-Adolf-Straße - Großreuth bei Schweinau und den Abschnitt Großreuth bei Schweinau - Gebersdorf. Die Erneuerungsmaßnahmen fallen auf den Linien 1 und 2 an und müssen bei laufendem U-Bahnbetrieb erfolgen.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Einhaltung der geplanten Eröffnungstermine bei den Neubaustrecken und Substanzerhaltung. Sicherung einer qualitativ hochwertigen Planung und Bauvorbereitung, um Folgekosten zu vermeiden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Wenn alle Maßnahmen plangerecht umgesetzt werden, ist ab 2011 ein jährliches mittleres Investitionsvolumen von ca. 42 Mio. € zu bewältigen, während in den letzten 10 Jahren das jährliche mittlere Investitionsvolumen bei ca. 30 Mio. € lag.**

Stellungnahme: **In Anbetracht des deutlich erhöhten Investitionsvolumens und der zeitlichen Rahmenbedingungen für die Baufertigstellungen wird eine zusätzliche Bauingenieurstelle befristet bis 12/2014 begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
 Dienststelle **U-Bahnbauamt**
 lfd. Nr. **184**
 Tätigkeitsbereich **Entschädigung/Verwaltung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,65	Sachbearbeiter/in	IV b	35.555 €	0 €	35.555 €
Vorschlag:	0,65	Sachbearbeiter/in	V c	30.745 €	0 €	30.745 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **Für 2011 ist eine Teildeckung in Höhe von 13.374 € durch eine Stundenreduzierung um 7 WAS auf 32 WAS auf der Stelle 655.0220, Bauingenieur/in, VGr. IVa/III, gegeben.**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Mit Bildung des U-Bahnbauamtes (UB) sind Aufgaben der Allgemeinen Verwaltung, des Zuschuss-, Finanz- und Personalwesens, die bis dahin zentral im bisherigen Tiefbauamt erledigt wurden, auf UB übergegangen. Dazu wurde eine Vollzeitstelle (A 10) aus dem ehemaligen T zur Erfüllung der Aufgaben UB zugeordnet.**
Die Erfahrungen zeigen, dass diese Kapazität nicht ausreicht, um die Aufgaben sowohl quantitativ als auch qualitativ zu bewältigen. Gerade im Hinblick auf die in den nächsten Jahren anstehenden Erneuerungsmaßnahmen besteht ein höherer Abstimmungsbedarf mit den Zuschussgebern, um entgegen der bisherigen Verfahrensweise diese Maßnahmen künftig bezuschusst zu bekommen. Auch die Ertüchtigung des U-Bahnsystems in brandschutztechnischer Hinsicht muss mit den Zuschussgebern hinsichtlich Umfang, Prioritäten und Finanzierung verhandelt werden. Im Zuschussbereich kam es bereits zu gravierenden Engpässen bei der Bearbeitung.

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Abwendung von wirtschaftlichen Schäden für die Stadt durch Versäumnisse bzw. Fehler bei der Zuschussbearbeitung.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die geschilderte Problematik ist nachvollziehbar. Die zuvor bei T in einer zentralen Einheit auf mehreren Stellen (mit entsprechenden Vertretungsverhältnissen) verteilten Aufgaben wurden bei UB auf einer Stelle komprimiert. UB hat keine ausgeprägte Verwaltungsstruktur, in der eine angemessene Vertretung sichergestellt ist. Insbesondere im Bereich der Zuschussbearbeitung besteht die Gefahr von Personalengpässen, die wirtschaftliche Schäden für die Stadt nach sich ziehen können. UB wurde im Rahmen der Verselbstständigung bzw. Ausgliederung die Übertragung von Stellen im Umfang von 1,35 VK von SÖR zugesagt. Nachdem die Zuordnung einer Verwaltungsstelle bereits Anfang 2009 vorgenommen wurde, kann jetzt auch die Zuordnung der noch ausstehenden 0,35 Stellenanteile in VGr. Vc realisiert werden. Darüberhinaus wird die Aufstockung auf eine ganze Stelle befristet bis F 12.14 begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Wirtschaftsreferat**
 Ifd. Nr. **185**
 Tätigkeitsbereich **EU-Büro**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,28	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	19.544 €	19.544 €	0 €
Vorschlag:	0,28	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	19.544 €	19.544 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Überführung der bisherigen überplanmäßigen Stellenkapazität im Umfang von 10,92 WAS in den Stellenplan.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Erfüllung der Aufgabeninhalte und des Tätigkeitsspektrums des Europabüros mit EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Zielerreichung ist gegeben, wenn Qualität und Quantität der Tätigkeiten des Europabüros mit EUROPE DIRECT-Informationszentrum beibehalten werden können, insbesondere die Information und Beratung der städt. Dienststellen z.B. bei Fragen zu EU-Fördermöglichkeiten sowie die Durchführung von Konferenzen und Tagungen zu kommunalrelevanten EU-Politikbereichen.**

Stellungnahme:

Unter der Voraussetzung der vollständigen Kostendeckung aus Mitteln von Ref.VII sind für den Betrieb des EU-Büros und die Aufgabeninhalte des Informationsrelais des EUROPE DIRECT Personalressourcen im Umfang von 0,28 VK bis zum 14.02.2012 überplanmäßig begutachtet. Weil weiterhin Deckungsmittel vorhanden sind und die Kapazität von Ref. VII, nach wie vor, gebraucht wird, wird die Schaffung der beantragten Stellenkapazität begutachtet. Sie erhält einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.12).

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Liegenschaftsamt**
 lfd. Nr. **186**
 Tätigkeitsbereich **U-Bahn, Frankenschnellweg**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 11	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 11	64.800 €	0 €	64.800 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Eine Bearbeitung der abzuwickelnden Grundstücksgeschäfte kann nur dann erfolgen, wenn die erforderlichen Personalkapazitäten bis zum Vollzug der Grundstücksgeschäfte, einschließlich der hiermit verbundenen Nacharbeiten, vorgehalten werden. Personalkapazität im Umfang von 1 VK wurde überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Im Norden (Nordast) wurden die Vorwegmaßnahmen zwischenzeitlich begonnen. Beginn der Rohbauarbeiten ist aktuell im Jahr 2012. Die grundstücksrechtlichen Voraussetzungen für die offenen Bauwerke und den Tunnelvortrieb in Anspruch zu nehmenden Privatgrundstücke müssen spätestens zu diesem Zeitpunkt vorliegen. Im Süden (Südast; Abschnitt Gustav-Adolf-Straße- Züricher Straße) sind voraussichtlich 2012 Vorwegmaßnahmen erforderlich, außerdem müssen die Grundstücksverhandlungen vorab geführt werden. Aus derzeitiger Sicht ist auch im Süden ein Enteignungsverfahren wahrscheinlich. Besitzeinweisungen und Enteignungen setzen rechtlich in jedem Falle ausreichende Vorverhandlungen voraus, selbst wenn absehbar ist, dass eine Einigung nicht erzielt werden kann. Ohne dass die grundstücksrechtlichen Voraussetzungen rechtzeitig geschaffen sind, ist der Weiterbau der U3 sowie der Ausbau des Frankenschnellwegs in der gewünschten Zeit nicht bzw. nur mit erheblichen Baustillstandskosten möglich. Neben dem aktuellen „Tagesgeschäft“ können aber, ohne Zurückstellung anderer Aufgaben, zusätzliche Aufträge aus den Bereichen U3 und Frankenschnellweg von LA nicht mehr abgearbeitet werden.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Sicherstellung der für den U-Bahnbau bzw. später für den Bau des Frankenschnellweges erforderlichen grundstücksmäßigen Voraussetzungen und die Vermeidung von Baustillstandskosten.

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Das Ziel ist dann erreicht, wenn alle erforderlichen Grundstücksgeschäfte des letzten Bauabschnitts der U-Bahn bzw. zum Bau des Frankenschnellwegs im Grundbuch vollzogen und die mit den Grundstücksgeschäften verbundenen Angelegenheiten vollständig abgewickelt sind. Nordast: 6 Erwerbs- bzw. Dienstbarkeitsfällen (ein Fall ist bisher komplett abgeschlossen). Zwei weitere Fälle, darunter eine große Eigentumswohnanlage (190 Miteigentümer) wurden beurkundet und befinden sich derzeit in Abwicklung. In zwei weiteren Fällen wurde grundsätzlich Einigung über die Konditionen erzielt. Möglicherweise wird in einem Fall eine Enteignung unumgänglich. Südast: bisher 3 Fälle beurkundet, wovon 2 bereits komplett abgeschlossen sind, beim dritten Fall sind noch Nacharbeiten durchzuführen. Abzuwickeln sind noch 3 Fälle mit Einzeleigentümern. Dazu kommen jedoch noch sieben Eigentümergemeinschaften, bei denen "klassische" Unterfahrdienstbarkeiten zu bestellen sind, weil die U-Bahn direkt unter den Wohngebäuden durchfahren wird. Es handelt sich hierbei um 296 "Einzelfälle".

Stellungnahme:

Für den Ausbau der U3 und des Frankenschnellweges sind zur Unterstützung und Entlastung der Sachbearbeitung bei LA seit 14.11.2008 überplanmäßig Personalressourcen im Umfang einer Sachbearbeiterstelle in VGr. IVa/III bzw. A11 begutachtet. Die Aufgaben sind im Vorfeld durchzuführen, damit die Baumaßnahmen beginnen können und daher unabweisbar. Die Schaffung der beantragten Stelle wird begutachtet. Es wird ein Fristvermerk 12.12 angebracht.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Liegenschaftsamt**
 lfd. Nr. **187**
 Tätigkeitsbereich **Öffentlicher Raum - Überprüfung der aufgestellten Kundenstopper**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	21.650 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungsfachkraft	VI b	21.650 €	21.650 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Die Nutzung des öffentlichen Raums zu eigenen Werbezwecken wird von immer mehr Geschäftsinhabern durchgeführt. Eine Anzahl von Firmen beantragen die hierzu notwendigen Sondernutzungserlaubnisse, eine Vielzahl von Ladeninhabern nutzt den öffentlichen Raum aber auch ohne die rechtmäßige Entgeltzahlung. Um zum einen dem Wildwuchs der Werbung im öffentlichen Straßenraum Einhalt zu gebieten, um andererseits aber auch eine rechtskonforme Nutzung des Straßenraumes zu gewährleisten, wurde mit Wirkung vom 01. Juli 2010 überplanmäßige Personalkapazität im Umfang von 0,5 VK in VGr. VI b zur Überwachung der Sondernutzungen zur Verfügung gestellt. In den vergangenen 9 Monaten hat sich gezeigt, dass eine Überprüfung durchaus notwendig ist. Durch die überplanmäßige Personalkapazität können auf 12 Monate hochgerechnet insgesamt 250 Geschäfte überprüft werden, d.h. dabei würden 120 unerlaubte Sondernutzungen festgestellt und 70 neue Sondernutzungserlaubnisse erteilt werden können.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Mit wirksamen Kontrollen könnten zusätzliche Einnahmepotenziale erschlossen werden und die Kosten des Überwachungspersonals mehr als ausgeglichen werden (entgangene Sondernutzungsgebühren, Zwangsgelder, Bußgelder evtl. Einführung einer gebührenpflichtigen Verwarnung). Ohne ausreichende Kontrolle wird hier billigend in Kauf genommen, dass sich unkorrekte Nutzer erstens finanziell und zweitens organisatorisch besserstellen als erlaubniskonforme Nutzer. Nur die Einhaltung der jeweils festzusetzenden Auflagen und Bedingungen führt überhaupt erst zur Genehmigungsfähigkeit der vielfältigen Nutzungen im öffentlichen Raum ohne nicht hinnehmbare Beeinträchtigungen des Gemeinwohls und der Anlieger.

Kennzahlen für Zielerreichung:

Durch die bisherige Tätigkeit der überplanmäßigen Mitarbeiterin kann schon jetzt festgestellt werden, dass durch die Außendiensttätigkeit in den vergangenen neun Monaten insgesamt 18.500 € zusätzliche Sondernutzungsgebühren erhoben werden konnten. Weitere 6.100 € konnten dadurch erzielt werden, dass insbesondere im Bereich der Fußgängerzone durch vermehrte Kontrollgänge ein gewisser „Erziehungseffekt“ bei den Ladenbesitzern eintrat und vermehrt Antragseingänge zu verzeichnen waren. Auf 12 Monate hochgerechnet kann mit zusätzlichen Einnahmen von i. H. V. 32.800 € gerechnet werden

Stellungnahme:

Seit Mitte 2010 sind zur Unterstützung der Überwachung, Feststellung und weiteren Sachbehandlung bisher nicht bekannter Sondernutzungen überplanmäßige Personalressourcen im Umfang einer Halbstelle in VGr. VI b eingesetzt. Nach Angaben von LA konnten durch wirksame Kontrollen Mehreinnahmen erzielt werden. Die Schaffung der beantragten Stellenkapazität mit Fristvermerk (F12.12) wird begutachtet.

Wird die beantragte Stellenkapazität darüber hinaus gebraucht, ist die Finanzierung durch eine nachvollziehbare Auswertung tatsächlich eingegangener, zusätzlicher Erträge nachzuweisen. Diese Auswertung ist ergänzend zur Auswertung der erlassenen Bescheide zu entwickeln.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Liegenschaftsamt**
 lfd. Nr. **188**
 Tätigkeitsbereich **Projekt Ausbau Kindertagesstätten (KiTa)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,49	Sachbearbeiter/in	A 11	31.752 €	0 €	31.752 €
Vorschlag:	0,49	Sachbearbeiter/in	A 11	31.752 €	0 €	31.752 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V bM	54.700 €	0 €	54.700 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V bM	54.700 €	0 €	54.700 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **ohne Deckung; Fristvermerk F 12.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes:

Im Bereich der Kindertagesstätten wird bis zum Jahr 2013 ein erheblich gesteigerter Versorgungsgrad angestrebt. Die neuen Kindertagesstätten entstehen nicht immer durch Neubauten. Dazu fehlen die Standorte in ausreichendem Umfang, sondern auch durch Anmietungen und Umbau von Bestandsobjekten. Diese sind fast ausschließlich auf dem freien Immobilienmarkt und im Bestand großer Wohnbaugesellschaften oder auch Wirtschaftsunternehmen zu finden. Der Großteil der neuen Plätze und Einrichtungen muss daher durch Anmietungen, aber auch durch Bestellung von Erbbaurechten an stadteigenen Grundstücken zu Gunsten freier Träger realisiert werden. Im Erbbaurechtsbereich sind aufgrund von Trägerschaftsbeschlüssen des JHA in nächster Zeit mindestens 15 Erbbaurechte zu bestellen.

Unter Umständen werden auch bisherige KiTa-Mietverhältnisse aufgrund des „Rödl-Gutachtens“ in Erbbaurechte umzuwandeln sein (ca. 10 weitere Fälle). Um bis 2013 die erforderliche Anzahl geeigneter Objekte/Standorte zu finden, wurde das Projekt „DLZ KiTa 2013“ ins Leben gerufen. Aufgrund der Projektstruktur ergeben sich sowohl im Anmietungs- als auch im Erbbaurechtsbereich flankierende Personalerfordernisse bei LA, die seit 01.08.2008 fortlaufend jährlich durch OrgA begutachtet worden sind. Mit den derzeit bei LA stellenplanmäßig vorhandenen Personalressourcen kann die Sonderaktion keineswegs qualifiziert und im vorgegebenen Zeitrahmen umgesetzt werden. Eine entsprechende Stellenschaffung bei LA ist daher unabdingbar notwendig.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

- Steigerung des Versorgungsgrades mit Kinderkrippenplätzen auf 35,0 % im Jahr 2013 (2009: 15,1 %)
- Steigerung des Versorgungsgrades mit Kindergartenplätzen auf 100 % im Jahr 2013 (2009: 93,0%)
- Steigerung des Versorgungsgrades mit Kinderhortplätzen auf 40,0 % im Jahr 2013 (2009: 26,1 %)

Kennzahlen für Zielerreichung:

Steigerung des Versorgungsgrades bei Kinderkrippen-, Kindergarten- und Kinderhortplätzen (wie oben), insbesondere im Krippen- und Hortbereich, wobei hier das in Planungs- und Sozialregionen eingeteilte Stadtgebiet insgesamt differenziert zu betrachten ist.

Stellungnahme:

Für das Projekt KiTa 2013 wurden nach Angaben von LA 509 Standorte akquiriert. Die Bereitsstellung von Flächen erfolgt im Wesentlichen über Anmietungen und durch die Bestellung von Erbbaurechten. Insbesondere fallen umfassende Rechercharbeiten über Internet und Printmedien, die Aufbereitung ausgewählter Objekte (Lagepläne, Umfelduntersuchungen, Exposé), die Inaugenscheinnahme von Standorten, die Prüfung bestehender Mietverträge, die Koordination und Abstimmung/Rückkoppelung mit anderen Dienststellen und der WBG, der Wissenstransfer mit dem DLZ Kita einschließlich der Teilnahme an gemeinsamen Jour-Fixe-Terminen etc. an. Hierfür sind entsprechende Personalressourcen erforderlich.

Da die Unterstützung von LA im Projekt KiTa weiterhin erforderlich ist, wird die Schaffung der beantragten Stellen im Umfang von 1,5 Vollkräften bis Ende 2013 begutachtet.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wirtschaft**
 lfd. Nr. **189**
 Tätigkeitsbereich **Regionale Koordination und Projekte Kultur- und Kreativwirtschaft**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	34.900 €	34.900 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	34.900 €	34.900 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 12.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Nach Erarbeitung und im Jahr 2010 erfolgter Vorlage des Berichts zur Kultur- und Kreativwirtschaft in der Metropolregion Nürnberg (EMN) soll dieser Wirtschaftszweig systematisch weiterentwickelt werden; denn es steht fest, dass sich die 11 Teilbranchen der Kultur- und Kreativwirtschaft insgesamt doppelt so dynamisch entwickeln wie die Gesamtwirtschaft in der EMN. 2007 erwirtschafteten 36.500 Erwerbstätige in 7.750 Unternehmen, Freiberufler und Alleinselbständige der Kultur- und Kreativwirtschaft der EMN Umsätze in Höhe von 3,25 Mrd. Euro. Die derzeit vorhandene Personalkapazität (0,5 VK) wurde seit 01.04.2009 überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Personalkosten wurden bisher über einen Finanzierungsanteil der EMN und aus Projektmitteln des Ref. VII/RK bzw. WiV gedeckt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungsfeldes „Kreativ- und Kulturwirtschaft“ in Stadt und Region Nürnberg, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherung von Steuereinnahmen**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Kündigungszahlen, Anzahl der Insolvenzen, Anzahl der Beschäftigtenzahlen, Arbeitslosenzahlen, Gewerbesteuerereinnahmen**

Stellungnahme: **Für das Projektmanagement Kreativ- und Kulturwirtschaft sind befristet bis 31.12.2011 Personalressourcen im Umfang einer Halbstelle in VGr. IIH überplanmäßig begutachtet. Unter der Voraussetzung der weiteren Kostendeckung aus Projektmitteln wird die Schaffung der beantragten Stellenkapazität mit Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 12.12) begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wirtschaft**
 lfd. Nr. **190**
 Tätigkeitsbereich **Regionale Kooperation und Projekte - Projektkoordination Applikationen-Master**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	34.900 €	34.900 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	34.900 €	34.900 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **mit Deckung; Fristvermerk F 09.12**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **„Qualifizierung zum Applikationen-Master“ ist ein Förderprojekt der ZBFS (Zentrum Bayern Familie und Soziales, Region Mittelfranken, Team 65, Europäische Sozialfonds). Die Förderung beträgt rund 60 %, Partner- und Teilnehmerbeiträge finanzieren weitere 30 %. Die Eigenmittel der Stadt Nürnberg als Träger (WiV) betragen 10 %. Für die Aufgaben sind Personalressourcen im Umfang von bis zu 20 WAS für den Zeitraum vom 21.03.2011 bis 20.09.2012 zur Verfügung gestellt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Interessierten Unternehmen in der Europäischen Metropolregion Nürnberg (EMN) sollen in Informationsveranstaltungen über den Applikationen-Markt informiert und die Möglichkeiten der Nutzung aufgezeigt werden. In Kooperation mit der Hochschule Ansbach sollen Mitarbeiter der Firmen eine Zusatzqualifizierung zum „App-Master“ durchlaufen.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Anzahl der interessierten Firmen, Anzahl der teilnehmenden Partner-Unternehmen, Anzahl der Firmenmitarbeiter als Teilnehmer an der Qualifizierung
Spätere Umsetzung/Nutzung der neuen Technologie durch die ansässigen Firmen**

Stellungnahme: **Für die Koordination des Projektes "Applikationen-Master" sind für die Projektlaufzeit vom 21.03.2011 bis 20.09.2012 und unter der Voraussetzung, dass für den Gesamthaushalt keine zusätzlichen Aufwendungen entstehen, Personalressourcen im Umfang von bis zu 20 WAS in VGr. IIH überplanmäßig begutachtet.
Die Schaffung der beantragten Stellenkapazität wird mit Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 09.12) begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wirtschaft**
 Ifd. Nr. **191**
 Tätigkeitsbereich **EU-Strukturförderung, Europäischer Sozialfonds (ESF)-Programm-Management**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	34.900 €	0 €	34.900 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **In der vorangegangenen Förderperiode (2000 - 2006) bestand für Nürnberg durch Ausweisung eines Ziel-2 Gebietes (Nürnberger Südstadt) eine festgelegte gebietsbezogene Förderung. In der derzeit laufenden Förderperiode 2007 - 2013 steht Nürnberg mit allen anderen Bayerischen Gebietskörperschaften (Ausnahme; Planungsregion 14) in Konkurrenz um EFRE-Fördermittel (Europäische Fonds für regionale Entwicklung). Umso wichtiger ist ein ständiger Kontakt zu den Bewilligungsstellen. Für den erforderlichen Koordinationsaufwand ist entsprechende Personalkapazität unerlässlich. Bislang wurden Personalressourcen im Umfang von 0,5 VK überplanmäßig zur Verfügung gestellt.**

Die Stelle kann bis Ende 2013 (Ende der Förderperiode) befristet werden. Inwiefern nachgehende Arbeiten zu leisten sein werden, kann derzeit noch nicht definiert werden.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung der Teilhabe Nürnbergs an der geförderten regionalen Entwicklung, Stärkung der Standortkompetenz im Bereich Forschung und Entwicklung, Verbesserung von Boden- und Gebäudesubstanz mittels geförderter Investitionen, Generierung weiterer förderfähiger Projekte.**

Kennzahlen für Zielerreichung: **Anzahl der geförderten Projekte,
Summe der nach Nürnberg fließenden Fördermittel
Mehring der Standortkompetenz**

Stellungnahme: **Für Aufgaben im Bereich der EU-Strukturförderung sind seit Januar 2009 Personalressourcen im Umfang einer Halbstelle in VGr. IIH überplanmäßig begutachtet. Mit Wirkung vom 23.11.2009 wurde zur Bündelung gemeinsamer Aufgaben und zur Nutzung von Synergien der Stab Regionale Kooperation und Projekte (Ref.VII/RK) als Abteilung Regionale Kooperation und Projekte, Beschäftigungsförderung (WiV/3) in das Amt für Wirtschaft integriert. WiV/3 umfasst derzeit 5,32 Vollkraftstellen. Eine Vollkraftstelle ist derzeit bis Ende 2011 befristet. Ende 2009 wurden außerdem durch Umschichtung von Personalkapazitäten die vorhandenen Kapazitäten im wissenschaftlichen Bereich aufgestockt. Es wird deshalb empfohlen, angesichts der angespannten Haushaltssituation, für Aufgaben der EU-Strukturförderung auf die vorhandenen Personalressourcen zurück zu greifen. Die Schaffung der beantragten Stellenkapazität ohne Deckung kann nicht begutachtet werden.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wirtschaft**
 lfd. Nr. **192**
 Tätigkeitsbereich **Projekt Zukunfts- und Beschäftigungssicherung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Projektleiter/in, wissensch. SB	I b	81.500 €	73.350 €	8.150 €
Vorschlag:	1,00	Projektleiter/in, wissensch. SB	I b	81.500 €	73.350 €	8.150 €
beantragt:	2,00	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	139.600 €	125.640 €	13.960 €
Vorschlag:	2,00	Wissensch. Sachbearbeiter/in	IIH	139.600 €	125.640 €	13.960 €
beantragt:	2,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	129.600 €	116.640 €	12.960 €
Vorschlag:	2,00	Sachbearbeiter/in	IV a/III	129.600 €	116.640 €	12.960 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	42.570 €	4.730 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	V c	47.300 €	42.570 €	4.730 €

Anmerkungen, Stellenver-
 merke, Deckungshinweise: **mit Teildeckung; Fristvermerk F 03.13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
 Stellenbedarfes: **Zur Minderung der Folgen der Insolvenz des Versandhauses „Quelle“ wurde ein Projekt „Zukunfts- und Beschäftigungssicherung“ aufgelegt, das vom Freistaat Bayern mit 90 % gefördert wird. Die Personalkapazität wurde für die gesamte Projektdauer von 3 Jahren überplanmäßig zur Verfügung gestellt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
 ung erreicht werden sollen: **Für ehemaligen Quellezuliefer-Firmen und Firmen die aufgrund der sich veränderten Auftrags- und Beschäftigungssituation in geschäftliche Notlage gerieten/geraten, soll durch Einzelbetreuung, Beratung, Netzwerkbildung, Unterstützung bei der Partnersuche, Aufzeigen von Möglichkeiten der Diversifikation etc. die Zukunftsfähigkeit verbessert werden. Letztlich sollen Arbeitsplätze für die Nürnberger Bevölkerung sowie Gewerbesteuereinnahmen gesichert werden.**

Kennzahlen für
 Zielerreichung: **Kündigungszahlen, Anzahl der Insolvenzen,
 Anzahl der Beschäftigtenzahlen
 Arbeitslosenzahlen
 Gewerbesteuereinnahmen**

Stellungnahme: **Für das Projekt „Netzwerk Zukunfts- und Beschäftigungssicherung in der Region Nürnberg“ sind die jetzt zur Stellenschaffung beantragten Kapazitäten unter der Voraussetzung einer 90%-igen Kostendeckung über Drittmittel für eine Projektlaufzeit von voraussichtlich insgesamt drei Jahren überplanmäßig begutachtet. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Sie erhalten einen Fristvermerk für die Dauer der sichergestellten Finanzierung (F 03.13).**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**
 Dienststelle **Amt für Wirtschaft**
 lfd. Nr. **193**
 Tätigkeitsbereich **Einheitlicher Ansprechpartner, Ethnische Ökonomie**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A 11	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes:

Die Funktion des Einheitlichen Ansprechpartners wurde im Rahmen der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie WiV zugeordnet. Für die Sachbearbeitung und die Inbetriebnahme der Funktion des Einheitlichen Ansprechpartners (EAP) wurden, zunächst auf ein Jahr befristet, überplanmäßig Personalressourcen im Umfang einer Vollkraftstelle in VGr. V b/IV b zur Verfügung gestellt.

Die Auswertung nach einem Jahr ergab, dass hierfür keine Vollstelle erforderlich ist, eine Aufgabenerfüllung jedoch ohne zusätzliche Personalressourcen nicht erbracht werden kann. Aus dem seinerzeitigen EU-Projekt „EQUAL“ ist die Wahrnehmung, der Aufbau und die Betreuung des Arbeitsfeldes „ethnische Ökonomie“ erwachsen. Für die weitere Entwicklung dieses Arbeitsfeldes wurden nach Auslaufen des Projektes und Abwicklung der Abschlussarbeiten in 2008 zwei Mitarbeiter, die im Projekt EQUAL tätig waren, bis zur Ruhestandsversetzung mit den Aufgaben der ethnischen Ökonomie betraut. Für dieses Arbeitsfeld stehen derzeit keine stellenplanmäßigen Personalressourcen mehr zu Verfügung. Der für die Aufgaben des einheitlichen Ansprechpartners zugeordnete Mitarbeiter betreut seit Anfang 2011 dieses Arbeitsgebiet mit. Die Mitglieder des RWA gaben in der Sitzung am 08.12.2010 anlässlich des Berichts über die ethnische Ökonomie zu Protokoll, dass dieses Arbeitsfeld wichtig ist, weiter bearbeitet und regelmäßig berichtet werden soll. Die SPD-Fraktion stellte am 20.12.2010 den Antrag, zu untersuchen und zu berichten, ob und wie eine Auszeichnung für Unternehmer/innen mit Migrationshintergrund nach dem Vorbild Münchens eingerichtet und künftig regelmäßig vergeben werden kann. Für das Sachgebiet „ethnische Ökonomie“ ist zusätzliche Personalkapazität von mindestens einer Halbstelle erforderlich. Für beide Arbeitsgebiete wird eine Vollstelle beantragt.

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen:

Erfüllung des gesetzlichen Auftrags im Bereich EAP.
Förderung und Unterstützung der ethnischen Ökonomie in Nürnberg, die einen erheblichen Anteil am Wirtschaftsleben hat und eine gewichtige Wirtschaftskraft darstellt.
Stärkung der Attraktivität de Standortes für Unternehmen mit Migrationshintergrund, Sicherung von Arbeitsplätzen, Sicherung von Steuereinnahmen.
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes um qualifizierte ethnische Arbeitskräfte.
Stärkung der grenzübergreifenden Wirtschaftsnetzwerke, Stärkung der Kooperationsbasis des Wirtschaftsstandortes mit ausländischen Märkten, Stärkung der Exportchancen aus dem Wirtschaftsstandort.

Kennzahlen für
Zielerreichung:

Zahl der Unternehmen mit Migrationshintergrund
Zahl der Arbeitsplätze für Migranten und Einheimische
Steuereinnahmenvolumen aus Migrantenunternehmen

Stellungnahme:

WiV gliedert sich derzeit in die drei Abteilungen, Rathaus Direkt (10,5 VK), Innovationsförderung und Standortmarketing (8,58 VK) und Regionale Kooperation und Projekte (4,32 VK). Angesichts der angespannten Haushaltssituation kann eine Begutachtung ohne Deckung leider nicht erfolgen. Die Erledigung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners und die Betreuung des Arbeitsfeldes ethnische Ökonomie sollte durch geeignete Maßnahmen, wie die Verlagerung von Arbeitsschwerpunkten, mit den vorhandenen Personalressourcen zu bewerkstelligen sein.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 Ifd. Nr. **194**
 Tätigkeitsbereich **Werkleitung u. Werkleitungsbüro**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	2. Werkleiter/in	B 2	104.800 €	0 €	104.800 €
Vorschlag:	1,00	2. Werkleiter/in	B 2	104.800 €	104.800 €	0 €
beantragt:	1,00	Beauftragte/r Managementsysteme	III/II	72.600 €	0 €	72.600 €
Vorschlag:	1,00	Beauftragte/r Managementsysteme	III/II	72.600 €	72.600 €	0 €
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in Öffentlichkeitsarbeit	III/II	36.300 €	0 €	36.300 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in Öffentlichkeitsarbeit	III/II	36.300 €	36.300 €	0 €
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in Bürgertelefon	V bG	27.350 €	0 €	27.350 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in Bürgertelefon	V bG	27.350 €	27.350 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan; die Stelle "2. Werkleiter/in" erhält den Stellenvermerk ku A 16**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Stellenplan des SÖR weist seit seiner Gründung im Verwaltungsbereich ca. 40 Planstellen weniger aus als im Mummert-Gutachten für den Start als erforderlich erachtet wurde; deshalb ist die beantragte Kapazität dauerhaft notwendig.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Notwendigkeit der beantragten Funktionen und Kapazitäten wurde bereits im Rahmen der Gründung des SÖR anerkannt und standen bis zum jetzigen Zeitpunkt überplanmäßig zur Verfügung. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet. Im Hinblick auf die geplante neue Werkleitungsstruktur ab 2013 wird die Stelle "2. Werkleiter/in" mit einem ku-Vermerk nach BGr. A 16 versehen.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **195**
 Tätigkeitsbereich **Verwaltung - Finanzen- und Rechnungswesen**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,20	Sachbearbeiter/in	IV b/IV a	11.500 €	0 €	11.500 €
Vorschlag:	0,20	Sachbearbeiter/in	V b/IV b	10.940 €	10.940 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **mit Deckung über Stellenplan und Wirtschaftsplan**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Die neu entwickelte SAP-Struktur mit Produkthaushalt in den Bezirken macht aufgrund der großen Anwenderzahl eine entsprechende Fachkapazität in der SÖR-Verwaltung erforderlich. Deshalb soll ein überplanmäßiger Mitarbeiter auf eine Stelle in diesem Bereich eingewiesen werden, die derzeit 31,20 WAS umfasst und um 7,8 WAS (0,2 VK) auf ein VK-Stelle aufgestockt werden soll.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Sicherung des reibungslosen Dienstbetriebs**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Die Kapazität für diese Aufgaben wurde überplanmäßig im Umfang von einer Vollkraft begutachtet. Im Rahmen der Stellenplanmäßigen Bereinigung sind 0,2 VK nicht über den Stellenplan gedeckt. Die Schaffung der beantragten Stellenanteile wird begutachtet.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **196**
 Tätigkeitsbereich **Betrieb und Unterhalt - Bezirke; Projekt 'Hunde in der Stadt'**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Mehrzweckfahrer/in Hundekotsaugmobil	LGr. 3/4a	82.800 €	0 €	82.800 €
Vorschlag:	2,00	Mehrzweckfahrer/in Hundekotsaugmobil	LGr. 3/4a	82.800 €	82.800 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan, Fristvermerk 06/13**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Der Werkausschuss SÖR hat am 28.04.2010 das Konzept 'Hunde in der Stadt' beschlossen. Zur Umsetzung wurde überplanmäßig die Kapazität von 2 Mehrzweckfahrer/innen für Hundekotsaugmobile befristet für zwei Jahre bereitgestellt. Seit 01.06.2011 sind die Mitarbeiter/innen im Einsatz.**

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen:

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Das Konzept 'Hunde in der Stadt' besteht aus verschiedenen Maßnahmen u.a. auch im Hinblick auf die Beseitigung von Hundedreck. Dazu werden zunächst in einer Probephase für 2 Jahre Hundekotsaugmobile eingesetzt. Für deren Bedienung wird die Schaffung der beantragten Stellen begutachtet. Sie erhalten bis zum Abschluss der Probephase einen Fristvermerk F 06/13.**

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Eigenbetriebe**
 Dienststelle **Service Öffentlicher Raum**
 lfd. Nr. **197**
 Tätigkeitsbereich **Technischer Hochwasserschutz - Wasserwirtschaft**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in Wasserwirtschaft	IV a/III	64.800 €	0 €	64.800 €
Vorschlag:	0,50	Bauingenieur/in Wasserwirtschaft	IV a/III	32.400 €	32.400 €	0 €

Anmerkungen, Stellenvermerke, Deckungshinweise: **Wirtschaftsplan, Fristvermerk F 12.19**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des Stellenbedarfes: **Durch die Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes im Mai 2005 und des Bayerischen Wassergesetzes im Dezember 2007 wurden die Bestimmungen für Hochwasserschutz und Überschwemmungsgebiete erheblich verschärft (vgl. §§ 31a ff. WHG und Art. 61 ff. BayWG). Aufgrund dieser Regelungen wurden und werden nun auch für die kleineren Gewässer Nürnbergs Überschwemmungsgebiete ermittelt. Über Art. 61b des BayWG und der daraus resultierende Hochwassernachrichtendienstverordnung ist auch die Stadt Nürnberg in die Verantwortung genommen, den Hochwasserdienst für die neuen Überschwemmungsgebiete aufzubauen, fortzuschreiben und zu betreiben. Bis zum Jahr 2012 müssen für das Stadtgebiet mögliche Überschwemmungsgebiete an Gewässern mit erheblichem Schadenspotential ermittelt und rechtlich behandelt werden. Diese Aufgabe wird in Kooperation verschiedener städtischer und staatlicher Stellen umgesetzt.**
Die fachtechnische Umsetzung dieser Vorgaben für die Gewässer 3. Ordnung (z. B. Gräben und Bäche) liegt in der Verantwortung von SÖR/Wasserwirtschaft.

Ziele, die durch Stellenschaffung erreicht werden sollen: **Fristgerechte Umsetzung gesetzlicher Vorgaben**

Kennzahlen für Zielerreichung:

Stellungnahme: **Beim technischen Hochwasserschutz handelt es sich um eine neue gesetzliche Aufgabe, die auch unter einem gewissen zeitlichen Druck steht. Mit der Neuregelung des Wasserrechts 2010 müssen bis zum Jahr 2013 mögliche Überschwemmungsgebiete an Gewässern mit erheblichem Schadenspotential ermittelt und rechtlich behandelt sein; bis 2019 muss ein Risikomanagement entwickelt werden.**
Deshalb wird die Schaffung von 0,5 Stellenanteilen begutachtet. Die Stelle erhält einen Fristvermerk F 12.19.

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Gesamtstadt**
 Dienststelle **Zentraler Stellenpool**
 lfd. Nr. **198**
 Tätigkeitsbereich **Arbeitsplätze zur Rehabilitation schwerbehinderter Menschen (REHA-Arbeitsplätze)**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.-Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	7,00	Reha-Arbeitsplatz	VII	294.700 €	0 €	294.700 €
Vorschlag:	7,00	Reha-Arbeitsplatz	VII	294.700 €	0 €	294.700 €

Anmerkungen, Stellenver-
merke, Deckungshinweise: **ohne Deckung**

Begründung der Dienststelle:

Grundlagen des
Stellenbedarfes: **Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 20.09.1988 beschlossen, zur besseren Integration von Menschen mit Behinderung, Arbeitsplätze für Rehabilitanden bei der Stadt Nürnberg auszuweisen. Diese Arbeitsplätze sind keiner bestimmten städtischen Dienststelle zugeordnet und wurden bisher - über den eigentlichen zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Bedarf hinaus - überplanmäßig zur Verfügung gestellt.**

Ziele, die durch Stellenschaff-
ung erreicht werden sollen: **Durch die Bereitstellung von REHA-Arbeitsplätzen soll es schwerbehinderten Menschen ermöglicht werden, sich in die Arbeitsgebiete einer Dienststelle einzuarbeiten. Ziel ist es, Mitarbeiter/innen die während ihrer Beschäftigung bei der Stadt Nürnberg schwerbehindert "werden" und von der Stadt weiterbeschäftigt werden bzw. schwerbehinderte Menschen vom Arbeitsmarkt zunächst zusätzlich bei einer Dienststelle einzusetzen und anschließend auf eine reguläre Stelle (bei der Dienststelle) zu vermitteln.**

Kennzahlen für
Zielerreichung: **Anzahl der integrierten schwerbehinderten Menschen**

Stellungnahme: **Aufgrund des Berichts des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2003 und 2004 sowie der Jahresabschlüsse 2005 bis 2009 kann die bisherige Praxis der überplanmäßigen Beschäftigung nicht mehr fortgeführt werden. Deshalb sollen im Umfang der bisherigen überplanmäßigen Beschäftigung entsprechende Stellen im Stellenplan ausgewiesen werden.**
Die in der Vergangenheit überplanmäßig zur Verfügung gestellten REHA-Arbeitsplätze verursachten Kosten in der gleichen Größenordnung wie die beantragten Stellen. Insofern entsteht durch die Verankerung der Stellen im Stellenplan keine tatsächlichen Mehrbelastung für den Haushalt. Die Schaffung der beantragten Stellen wird begutachtet.